

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

D-Mark

Werner Abelshauser
WUNDER GIBT ES IMMER
WIEDER. MYTHOS
WIRTSCHAFTSWUNDER

Anne Sudrow
KLEINE EREIGNISGESCHICHTE
DER WÄHRUNGSREFORM 1948

Ulrike Herrmann
HÜTERIN DER D-MARK.
ÜBER DIE BUNDESBANK UND
IHRE UNABHÄNGIGKEIT

Ralph Michael Wrobel
DEUTSCHE BUNDESBANK
ALS MODELL

André Steiner
WERDEN UND VERGEHEN
DER DDR-MARK

Malte Zierenberg
ORDNENDE KRAFT DES
GELDES. ZUR GESCHICHTE
DES SCHWARZMARKTS
VOR UND NACH DER
WÄHRUNGSREFORM

Sebastian Teupe
ÄNGSTE UND SEHNSUCHT.
VON DER D-MARK ZUM EURO

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

D-Mark

APuZ 27/2018

WERNER ABELSHAUSER

**WUNDER GIBT ES IMMER WIEDER.
MYTHOS WIRTSCHAFTSWUNDER**
Der Mythos mit seinen Komponenten „Stunde Null“, Währungsreform, Marshallplan und Soziale Marktwirtschaft hält sich zäh, obwohl der Forschungsstand eindeutig gegen ihn spricht. Die Dynamik der deutschen Rekonstruktion hatte andere Gründe.

Seite 04–10

ANNE SUDROW

**KLEINE EREIGNISGESCHICHTE
DER WÄHRUNGSREFORM 1948**
Die westdeutsche Währungsreform 1948 nahm auf wirtschaftlichem Gebiet die politische Teilung vorweg und schuf zwei Währungszonen in Deutschland. Damit trug sie wesentlich zur Eskalation des Kalten Krieges bei und mündete in die Teilung Deutschlands.

Seite 11–16

ULRIKE HERRMANN

**HÜTERIN DER D-MARK. ÜBER DIE BUNDESBANK
UND IHRE UNABHÄNGIGKEIT**
Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Demokratie, doch eine staatliche Institution ist dem Zugriff des Parlaments entzogen: die Bundesbank. Sie ist „eine Art Staat im Staat“, wie es der ehemalige Bundesbank-Chef Karl Otto Pöhl formulierte.

Seite 17–22

RALPH MICHAEL WROBEL

DEUTSCHE BUNDESBANK ALS MODELL
Die Unabhängigkeit der Zentralbank soll die Geldpolitik vor politischen Einflüssen schützen. Die Deutsche Bundesbank konnte die Inflationsrate in der Vergangenheit vergleichsweise geringhalten, weshalb sie als Modell für viele andere unabhängige Zentralbanken gilt.

Seite 23–27

ANDRÉ STEINER

WERDEN UND VERGEHEN DER DDR-MARK
Die DDR-Mark hatte ihre Ursprünge in der deutschen Teilung, die in den beiden Währungsreformen im Sommer 1948 ihren deutlichen Ausdruck fand. Zugleich sollte sie als Instrument der Planwirtschaft dienen, die als Alternative zur Marktwirtschaft verstanden wurde.

Seite 28–34

MALTE ZIERENBERG

**ORDNENDE KRAFT DES GELDES.
ZUR GESCHICHTE DES SCHWARZMARKTS
VOR UND NACH DER WÄHRUNGSREFORM**
Will man die Erfolgsgeschichte der D-Mark verstehen, dann reicht es nicht, die Meistererzählung des „Wirtschaftswunders“ zu übernehmen. Vielmehr muss man den Blick lenken auf die Vorgeschichte der Währungsreform, die geprägt war von der Schwarzmarktökonomie.

Seite 35–40

SEBASTIAN TEUPE

**ÄNGSTE UND SEHNSUCHT.
VON DER D-MARK ZUM EURO**
Der Euro war vor allem eine Antwort auf Probleme, mit denen wirtschaftlich verflochtene Staaten lange zu kämpfen hatten. In Deutschland sorgte die Einführung für eine Welle an Nostalgie. Kaum ein anderes Volk schien so sehr an der eigenen Währung zu hängen.

Seite 41–46

EDITORIAL

Vor 70 Jahren, am 20. Juni 1948, kamen in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands im Zuge der Währungsreform neue Geldscheine in Umlauf: Jeder Einwohner der Trizone erhielt im Tausch gegen 40 Reichsmark 40 Deutsche Mark. Die neue Währung löste die ruinierte Reichsmark als alleiniges Zahlungsmittel ab, wobei die Berliner Westsektoren davon vorerst ausgenommen wurden. Ladenbesitzer schmückten ihre Schaufenster tags darauf mit zuvor gehorteten Waren und vermittelten den Eindruck einer quasi über Nacht gewachsenen Vielfalt an Einkaufsmöglichkeiten. Die Sowjetische Militäradministration reagierte auf die westdeutsche Reform mit der Einführung einer eigenen Währung für ihre Besatzungszone: die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank, die im Volksmund auch als „Ostmark“ bezeichnet wurde.

Die gefüllten Auslagen sind als „Schaufenstereffekt“ ins kollektive Gedächtnis eingegangen, und in der Meistererzählung der Bundesrepublik bildet die Währungsreform den Startschuss für das sogenannte Wirtschaftswunder. Dabei wird häufig ignoriert, dass auf die Reform zunächst nicht Reichtum, sondern ein dramatischer Preisanstieg und eine hohe Arbeitslosenquote folgten. Zudem ist unter Historikern umstritten, ob der Wirtschaftsboom der 1950er Jahre tatsächlich so „wundersam“ war. Ungeachtet dessen steht die D-Mark für viele bis heute für Wirtschaftsaufschwung, ökonomische Stabilität und Wohlstand.

Vor diesem Hintergrund hatte der Euro in den ersten Jahren nach seiner Einführung einen schweren Stand in der deutschen Bevölkerung und wurde vom Boulevard als „Teuro“ gescholten. Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser spricht deshalb von der „Erblast des Euro“. Ab 2010 wurde die Sehnsucht vieler Menschen nach der D-Mark von der europäischen Staatsschuldenkrise verstärkt. Mit der „urdeutschen“ Angst vor der Inflation lässt sich die Nostalgie nicht ausreichend erklären. Historisch betrachtet, ist der Euro bislang die wertstabilere Währung. Die D-Mark war jedoch ein identitätsstiftendes nationales Symbol, das noch immer nicht nur mit ökonomischen, sondern auch mit politischen Erfolgen gleichgesetzt wird.

Lorenz Abu Ayyash

WUNDER GIBT ES IMMER WIEDER

Mythos Wirtschaftswunder

Werner Abelshauser

Der Mythos vom „Wirtschaftswunder“ lebt vom Kontrast mit der bitteren Realität, die der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1945 mit sich brachte. Vernichtung und Lähmung weiter Teile der wirtschaftlichen Infrastruktur und der augenscheinlich totale Stillstand der Produktion ließen keine Hoffnung aufkommen, Deutschland könne die Niederlage – wie nach dem Ersten Weltkrieg – in absehbarer Zeit wirtschaftlich verkraften. Die Siegermächte waren offenbar fest entschlossen, ihre eigene Wirtschaft und die ihrer Verbündeten zu Lasten Deutschlands zu stabilisieren, die potenziellen Märkte der besiegten wirtschaftlichen Großmacht unter sich aufzuteilen, vorhandene Produktionsanlagen zu demontieren und deutsche Produktion nur soweit zu erlauben, wie sie den Besatzungsmächten direkt zugutekam. Für die Bevölkerung der vom Bombenkrieg zerstörten Städte hieß dies Hunger, Not und Elend – und kein Ende war abzusehen.

Angesichts dieser scheinbar hoffnungslosen Ausgangslage musste den Zeitgenossen die schon 1948 einsetzende Reihe sichtbarer wirtschaftlicher Erfolge in den westlichen Besatzungszonen unerklärlich erscheinen, wenn man sie nicht in direkten Zusammenhang mit konkreten politischen Ereignissen brachte, denen bis dahin unbekanntere Wirkungen zugeschrieben wurden. Schon wenige Wochen nach der Währungsreform vom 20. Juni 1948 war es kein geringerer als der Oberdirektor des Wirtschaftsrates der Bizone, Hermann Josef Pünder, der ihre Folgen in die Nähe eines Wunders rückte.⁰¹ Das „Wirtschaftswunder“, das seitdem immer wieder beschworen wurde, war seit den 1930er Jahren nicht nur dem früheren Zentrumspolitiker ein vertrauter Begriff. Er stand für den im internationalen Vergleich verblüffenden Erfolg der keynesianischen Strategie des Deutschen Reiches gegen die Folgen der Weltwirtschaftskrise und nährte weit über Deutschland hinaus die Hoffnung auf Rückkehr zu einer nicht

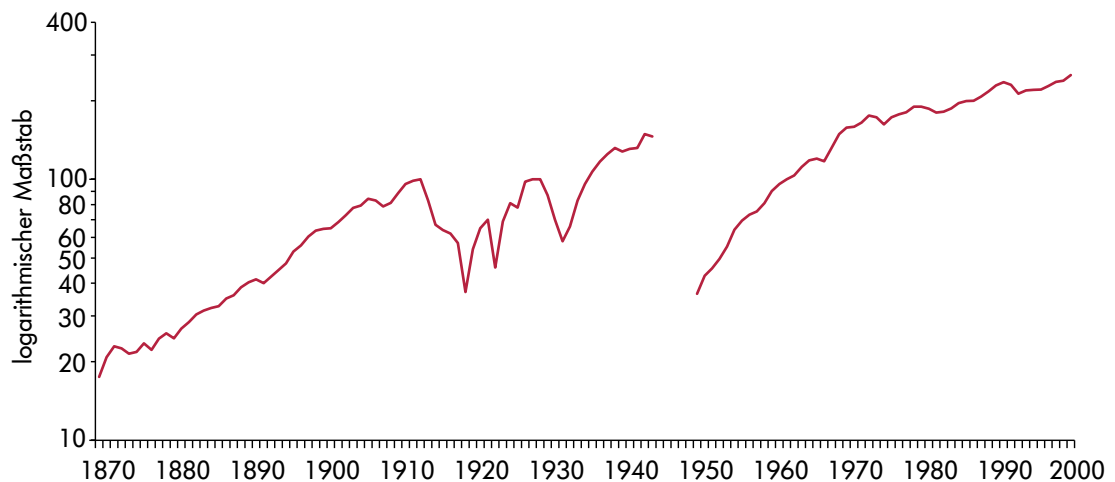
enden wollende Prosperität, wie sie in den USA der 1920er Jahre immer wieder als „Wunder“ apostrophiert worden war.⁰²

Selbst die SPD konnte 1936 im Prager Exil „das deutsche Wirtschaftswunder“ nicht ignorieren, sorgte es doch dafür, „daß das Regime gerade in der Arbeiterschaft noch auf die meisten Anhänger zählen könne“.⁰³ Sie führte es „auf einen starken Auftrieb“ zurück, „den bestimmte Industriezweige von zusätzlichem Rüstungs- und Kriegsbedarf erfahren haben“.⁰⁴ Dagegen ließ der Pate der Sozialen Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack, selbst noch nach Kriegsende diese bis heute beliebte Erklärung der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung nicht gelten. Obwohl er den keynesianischen „Lenkungsapparat“ des NS-Wirtschaftswunders für seine Vorstellung von Marktwirtschaft ablehnte, wollte er ihm seinen „äußeren Erfolg“ nicht absprechen, der ihm im In- und Ausland den Ruf als „überlegene Methode“ einbrachte – wohl wissend, dass der Rüstungsboom in Deutschland erst nach der Wahrnehmung des „Wunders“ einsetzte.⁰⁵

Auch wenn die Gründe für das „NS-Wunder“ umstritten und in der Ursachenforschung nicht im Geringsten mit der Nachkriegsentwicklung vergleichbar waren, so bot sich der vertraute Begriff doch an, um einer auf den ersten Blick unerklärlichen Entwicklung einen Namen zu geben. Tatsächlich gleichen sich die statistischen Ausprägungen der beiden Wirtschaftswunder weitgehend, wenn man sie als Rückweg auf den langen Wachstumspfad der deutschen Wirtschaft ansieht, der seine Kontinuität seit dem Kaiserreich entwickelt hat (*Abbildung*).

Als Ursachen eines Wirtschaftswunders, das die Hoffnungslosigkeit der deutschen Zusammenbruchsgesellschaft überwinden konnte, bot sich eine Reihe wirtschaftspolitischer Innovationen an, die – jede für sich – den Anspruch erhoben, der wirtschaftlichen Lähmung ein Ende zu

Abbildung: Wachstum der industriellen Nettoproduktion im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik (1936 = 100)



Quelle: Rolf Wagenführ, Die deutsche Industrierwirtschaft, Berlin 1933, S. 64; Dietmar Petzina et al., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III, München 1978, S. 61; Statistisches Bundesamt, Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung, verschiedene Jahrgänge.

setzen. Der Effekt der vollen Schaufenster, den die Währungsreform von heute auf morgen auslöste, gehörte sicher zu diesen Erklärungsanstößen, obwohl die Auswirkungen des neuen Geldes und der es begleitenden ersten Schritte in die Marktwirtschaft nicht allen Menschen zugutekamen und im November 1948 zum ersten und bis-her einzigen Generalstreik führten.

Das Wachstum beschleunigte die Währungsreform nicht wesentlich. Vielmehr ordnet sie sich in den Wirtschaftsaufschwung ein, der im Herbst 1947 begann und eine Voraussetzung für ihren Erfolg war.⁰⁶ Auch die Soziale Marktwirtschaft gehörte eher zu den späten Erklärungsmustern des Wirtschaftswunders. Das wirtschaftspolitische Programm der neuen Bundesregierung, das in Wirtschaftsminister Ludwig Erhard einen populären Verfechter fand, blieb lange Zeit ein von

Absichtserklärungen und Reformversuchen geprägtes Konzept, dessen Glaubwürdigkeit eher von der Dynamik des Nachkriegswachstums lebte, als dass es wesentlich zu diesem beigetragen hätte.

Anders verhielt es sich mit dem Marshallplan. Mit seiner „Milliarden-Dollarhilfe“ schien er die westdeutsche Wirtschaft zu beflügeln, noch ehe die ersten Hilfslieferungen überhaupt in Bremerhaven eingetroffen waren und ließ dies auch jedermann immer wieder wissen. Mehr noch: Er schuf einen Mythos, der nicht nur das deutsche Wirtschaftswunder erklären wollte, sondern bis heute wirksam ist, wenn es darum geht, überall auf der Welt entwicklungspolitische Wunder zu bewirken.

MYTHOS MARSHALLPLAN

Unter den Nachwirkungen des Morgenthau-Plans beschränkte sich der Wiederaufbau der deutschen Westzonen bis Frühjahr 1947 auf die Verwaltung des deutschen Zusammenbruchs.⁰⁷ Der Plan des einflussreichen US-Finanzministers, die deutsche Exportnation im eigenen und britischen Inte-

01 Vgl. „Es ist fast wie ein Wunder“, in: Allgemeine Kölnische Rundschau, 27.8.1948, S. 1.

02 Hans-Erich Priester, Das deutsche Wirtschaftswunder, Amsterdam 1936.

03 Aus den Betrieben (April 1937), in: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), 4. Jg. Nr. 3, April 1937, Prag, S. 315.

04 Das deutsche „Wirtschaftswunder“ und die Weltwirtschaft (April 1936), in: ebd., 3. Jg. Nr. 4, April 1936, Prag, S. 518–535, hier S. 535.

05 Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947, S. 137.

06 Siehe Werner Abelshausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, München 2011², Kap. I und II.

07 Vgl. zum Marshallplan ders., Deutsche Wirtschaftspolitik zwischen europäischer Integration und Weltmarktorientierung, in: ders. (Hrsg.), Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft. Der deutsche Weg der Wirtschaftspolitik, Berlin–Boston 2016, S. 484–497.

resse vom Weltmarkt auszuschließen, stieß freilich rasch auf den Widerstand einflussreicher Wirtschaftskreise und der zuständigen Ministerien, wie des Außenministeriums. So änderte sich allmählich die Zielsetzung der amerikanischen Europapolitik – und damit die Rolle, die das besiegte Deutschland in Europa spielen sollte.

Die Morgenthauseche Devise, Westeuropa zu lasten Deutschlands zu stabilisieren, erwies sich offensichtlich als unrealistisch. Zwei Jahre nach Kriegsende hatte die US-Regierung verstanden, dass noch so umfangreiche Demontagen und andere deutsche Reparationsleistungen nicht reichten, um schwache Industrieländer wie Großbritannien oder Frankreich zu Ausstattern des europäischen Wiederaufbaus zu machen. Hingegen war ihr seit Ende 1945 bis ins Detail bekannt, dass die deutsche Wirtschaft – ungeachtet der Bombenschäden – leistungsfähiger als vor dem Kriege sein konnte, wenn man sie nur ließe. Anfang 1947 zog die US-Regierung daraus die Konsequenzen, indem sie nunmehr nach der Devise verfuhr, Westeuropa nicht länger *zulasten*, sondern *mithilfe* des deutschen Wirtschaftspotenzials zu stabilisieren.

Für die deutschen Westzonen führte dieser Kurswechsel zu einem grundlegenden Wandel der Rekonstruktionsbedingungen. Zum einen verfuhr die Besatzungsmächte nun immer großzügiger bei der Erteilung von *permits*, das heißt, sie erlaubten den Betrieben, die vorhandenen Anlagen, Arbeitskräfte und Rohstoffe produktiv zu nutzen. Gleichzeitig senkten sie die Demontagelast bis 1949 auf 38 Prozent des ursprünglichen Ansatzes. Das am 3. April 1948 vom US-Kongress verabschiedete European Recovery Program (ERP), das bald nach dem federführenden Außenminister George C. Marshall benannt wurde, verkörperte die umfassendste Konzeptualisierung der neuen amerikanischen Strategie für Europa. In ihr sollte Westdeutschland – ob es wollte oder nicht – die aktive Rolle übernehmen, die seiner strategischen Bedeutung für die Stabilisierung Westeuropas entsprach.

Ludwig Erhard, der Leiter der deutschen Verwaltung für Wirtschaft, hatte im Vorfeld des Marshallplans für frei verfügbare Kapitalhilfe plädiert, deren gezielter Einsatz ermöglicht hätte, den westdeutschen Wiederaufbau zu beschleunigen und nach Wunsch zu gestalten. Tatsächlich floss aber kein einziger Dollar nach Deutschland, über den die Militärregierung, geschweige denn die deutsche Wirtschaftsverwaltung, hätten verfügen können. Der materielle Kern des ERP-

Programms für Westdeutschland bestand vielmehr neben der Fortsetzung der Nahrungsmittelhilfe vor allem aus amerikanischer Devisenhilfe, die es US-Exporteuren erlaubte, von der Marshallplan-Administration (ECA) dazu bestimmte Waren nach Deutschland zu liefern, während deutsche Importeure den Rechnungsbetrag in Landeswährung auf ein „Gegenwertkonto“ einzahlen konnten. Es handelte sich bei diesen Marshallplangütern auch nicht um Träger innovativer Technologien oder sonstiger aufbauspezifischer Importe. Die Lieferungen bestanden im Wesentlichen aus Rohbaumwolle und Tabak aus den Südstaaten der USA. Daran knüpften sich auf deutscher Seite Mutmaßungen, die USA würden den Marshallplan als Vorspann für die Verwertung heimischer Überschüsse nutzen. Tatsächlich betrug der Anteil an Maschinen und Fahrzeugen lediglich 2,3 Prozent der ERP-Einfuhren.

Während die im ERP-Vertrag vorgesehene Propagandamaschine schon auf Hochtouren lief, musste der deutsche „Berater für den Marshallplan“ in seinem vertraulichen Jahresbericht 1948 einräumen, dass das Programm bis Anfang 1949 nur „wenig unmittelbar greifbare wirtschaftliche Ergebnisse“ bewirkt hatte.⁰⁸ Nach außen hin wurde die Öffentlichkeit aber von Anfang an falsch über die Art und das Ausmaß der Hilfsleistungen unterrichtet. In der Bevölkerung entstand so der Eindruck, dass Fortschritte dem Marshallplan und nicht der eigenen Rekonstruktionsdynamik zuzuschreiben waren.

Auch der stellvertretende Militärgouverneur, General William H. Draper, musste früh einräumen, dass das Hilfsprogramm als Folge der „heillosen Bürokratie“ der Marshallplanverwaltung „vergleichsweise unwirksam“ war.⁰⁹ Im Frühjahr 1949 trafen zwar endlich Lieferungen in nennenswertem Umfang in Bremerhaven ein. Es häuften sich aber gleichzeitig die Klagen über nicht ausgenutzte Kontingente, weil deutsche Importeure Schwierigkeiten hatten, Marshallplangüter aufzunehmen – sei es, weil sie zu spät kamen, sei es, weil sie im Vergleich zum Weltmarktangebot zu teuer oder von schlechter Qualität waren, wie die in der deutschen Textilindustrie unbeliebte (low-grade) Rohbaumwolle.

⁰⁸ Bundesarchiv Koblenz (BAK), B 146/289, 27. 1. 1949, S. 2.

⁰⁹ National Archives and Records Administration (NARA), RG 286, Germany, Box 4, Confidential and Personal to Royal and Voorhees from Draper, 1.7. 1948.

Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft sah sich paradoxerweise vor die Aufgabe gestellt, anstatt Probleme mithilfe des Marshallplans zu lösen, das materielle ERP-Programm in Deutschland vor offenem Versagen zu bewahren. Er setzte die westdeutsche Wirtschaft solange unter Druck, bis sie schließlich „freiwillig“ einwilligte, den ECA-Kontingenten Priorität vor den aus deutschen Exporterlösen finanzierten und in der Regel wettbewerbsfähigeren gewerblichen Einfuhren zu geben. Die Bank deutscher Länder war ebenfalls zähneknirschend bereit, durch ein größeres kreditpolitisches Engagement die ERP-Lieferungen bis zu einem gewissen Grad zu subventionieren.

Der Marshallplan hatte aber auch noch eine andere, für die westdeutsche Wirtschaft sehr viel wichtigere Seite: Weil die USA das deutsche Wirtschaftspotenzial für den Wiederaufbau Westeuropas nunmehr aktiv nutzen wollten, stellten sie in den bilateralen ERP-Verträgen ein Junktim zwischen dem Bezug von Marshallplanhilfe und dem Verbot der Entnahme von Reparationen aus der laufenden deutschen Produktion her. Dies betraf vor allem die Besatzungsmächte Großbritannien und Frankreich. Aber auch den anderen Reparationsgläubigern wurde der ausgesprochene Verzicht auf den größten Teil der Demontagen durch ERP-Hilfe kompensiert. Der Vorteil für die deutsche Wirtschaft lag auf der Hand, aber auch die Wirtschaft der übrigen am Marshallplan teilnehmenden Staaten profitierte von der wachsenden Stärke eines politisch von seinen Fesseln befreiten Lieferanten von Wiederaufbaugütern in der Mitte Europas. Um diesen Effekt noch zu verstärken, ließ sich die ECA ab dem zweiten Marshallplanjahr eine Methode einfallen, wie sie im Rahmen des ERP die Wiederherstellung der innereuropäischen Marktbeziehungen weiter fördern könnte. Sie knüpfte einen wachsenden Teil der Devisenhilfe an die Bedingung (*conditional aid*), dass der Empfänger dafür anderen Mitgliedsstaaten Ziehungsrechte (*drawing rights*) auf die eigene Währung gewährte. Die Verteilung der Ziehungsrechte orientierte sich an der Einschätzung von ECA, ob das jeweilige Land künftig in der Lage sei, Zahlungsbilanzüberschüsse zu erzielen oder ob es Defizite verkraften müsste. Nach Lage der Dinge – und sehr zum Ärger der deutschen Wirtschaftsverwaltung – wurde die Bizone als potenzielles Überschussland eingestuft, so wie Großbritannien, Belgien oder Italien. Gewiss

wäre es 1949 auch politisch nicht gerade opportun gewesen, die Westzonen in den Genuss ERP-geförderter Devisenhilfe für Einkaufsmöglichkeiten in den europäischen Nachbarländern kommen zu lassen, wie dies für Frankreich, Österreich oder die Niederlande galt. Anders als für Großbritannien traf diese Einschätzung der wirtschaftlichen Stärke im deutschen Fall aber voll ins Schwarze.

Dieser „europäische“ Marshallplan hatte aus deutscher Perspektive einen ambivalenten Charakter. Die Westzonen verloren im zweiten Marshallplanjahr nicht nur überdurchschnittlich an Devisenhilfe aus dem Marshallplan, sondern mussten erst recht in Form von *conditional aid* am Gesamteffekt empfangener Auslandshilfe die höchsten Kürzungen zu Gunsten von Defizitländern hinnehmen. Es ist daher nicht überraschend, dass auch Erhard und seine Mitstreiter überzeugt waren, der Marshallplan habe „nicht das Geringste“ zum Aufschwung der Wirtschaft beigetragen.¹⁰ Tatsächlich zehrte die Unterstützung für Berlin nahezu die gesamte Auslandshilfe auf, sodass auch das US-Außenministerium davon überzeugt war, „that foreign aid is only a marginal factor in the recovery process“.¹¹ Es bestätigte damit Ludwig Erhards feste Überzeugung, die den wahren Kern der Wirtschaftswundermythen kritisch umschrieb: „Unter der Wirkung einer allmächtigen Propaganda, täuschender Statistik, gedankenlosen Wiederholung ungeprüfter und irriger Behauptungen (...) und vor allem völligen Verkennung der wirtschaftlichen Zusammenhänge unterblieb jede Richtigstellung nicht nur der öffentlichen Meinung, sondern auch der Ansichten der Minister und Volksvertreter, die die Verantwortung tragen.“¹²

Offensichtlich taugt der Marshallplan nicht als Erklärungsmuster für die Dynamik des westdeutschen Wirtschaftswachstums nach dem Zweiten Weltkrieg und schon gar nicht als Modell in Sachen Entwicklungshilfe. Der Marshallplan war in Westeuropa deshalb erfolgreich, weil er auf wirtschaftliche Substanz stieß. Er trug dazu bei, Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg zu stabilisieren, und gewährte potenziell starken Volkswirtschaften Hilfe zur Selbsthilfe. Vor al-

10 Zwei Jahre Wirtschaftsaufschwung, in: Währung und Wirtschaft 1949/50, hrsg. v. Ludwig Erhard et al., S. 521 f.

11 NARA, RG 213, NSC, State Department, US Policy Respecting Germany, 23.3.1949.

12 Dollar-Gift, in: Währung und Wirtschaft 1949/50, hrsg. v. Ludwig Erhard et al., S. 437.

lem aber war er eine grandiose Übung in Public Relations, die Entwicklungspolitiker bis heute in ihren Bann zieht.

MYTHOS „STUNDE NULL“

Ohne die Vorstellung einer „Stunde Null“ ist der Mythos vom Wirtschaftswunder nicht denkbar. Der Ende 1944 einsetzende Absturz der Wirtschaft, das weitgehende Versagen der Infrastruktur, der völlige Austausch der politischen Eliten, die totale Machtübernahme durch die Siegermächte und – nicht zuletzt – die weiten Trümmerlandschaften in den Großstädten suggerierten die Notwendigkeit eines völligen Neuanfangs in jeder Hinsicht. Auch noch vorhandene Ressourcen trugen das Brandzeichen der Reparationen oder unterlagen einem Produktionsverbot der Besatzer, soweit sie nicht für deren Bedarf bestimmt waren. Kein Wunder, dass die Finanzminister der Länder und Provinzen der britischen Besatzungszone Ende 1945 glaubten, vor einem Produktionsapparat zu stehen, „der nahezu auf die Anfangszeiten der Industrialisierung Deutschlands zurückgeworfen ist“.¹³

Es waren die USA, die relativ rasch gewahr wurden, dass dieser im In- und Ausland 1945 weitverbreitete Glaube täuschte. Westdeutschland war noch immer eines der am höchsten entwickelten Länder der Welt und nicht so stark zerstört, wie viele noch heute glauben. Dies war das Ergebnis der von der US-Luftwaffe im März 1945 eingesetzten Gruppe renommierter Wirtschaftsforscher, die unter der Leitung von John Kenneth Galbraith die Auswirkungen des strategischen Bombenkrieges auf die deutsche Kriegswirtschaft erforschten. Diese Information trug wesentlich dazu bei, die deutsche Wirtschaft im Rahmen des Marshallplans zur Stabilisierung Westeuropas einzusetzen. Es gelang Galbraiths Team, das Ausmaß der Verluste, die die deutsche Kriegswirtschaft im Bombenkrieg erlitten hatte, nicht nur statistisch zu erfassen, sondern sich auch durch eigene Anschauung ein realistisches Bild von der verbliebenen Substanz des wirtschaftlichen Kapitalstocks zu verschaffen. Die Ergebnisse blieben der internen Information der US-Regierung vorbehalten, denn der Bericht des United States Strategic Bombing Survey war in ers-

ter Linie eine Dokumentation der „katastrophalen Misserfolge des strategischen Bombardements“¹⁴. Während die Zerstörung von Hamburg, Köln, Frankfurt am Main und Berlin auf Galbraiths Team „absolut Grauen erregend“¹⁵ wirkte, fand es schnell heraus, dass die meisten Angriffe auf Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie nichts anderes als „kostspielige Fehlschläge“ waren.¹⁶ Es war offenbar schwierig, die Rüstungsindustrie aus der Luft zu treffen. So kosteten die Angriffe der 8. Airforce auf die Schweinfurter Kugellagerindustrie im Spätsommer 1943 fast ein Drittel der beteiligten Flugzeuge und setzten den Verband monatelang außer Gefecht. Die Wirkung dieser Angriffe blieb zudem außerordentlich schwach.¹⁷

Der Schwerpunkt der alliierten Bombenangriffe lag deshalb seit März 1942 bewusst nicht mehr auf der Rüstungsindustrie, sondern auf dem Transportsystem und den – vom Völkerrecht geächteten – Flächenbombardierungen von Wohngebieten deutscher Städte, um so die deutsche Kriegswirtschaft mittelbar zu schwächen. Auf die Zivilbevölkerung und auf Verkehrseinrichtungen fielen jeweils siebenmal mehr Bomben als auf die Rüstungsindustrie. Nur dort, wo Werk und Stadt im Gemenge lagen, wie Krupp in Essen oder die BASF im Raum Ludwigshafen/Mannheim, traf diese neue Strategie auch direkt die Kriegswirtschaft – als „Kollateralschäden“ der Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Für den seit Ende 1944 eintretenden Rückgang der wirtschaftlichen Erzeugung war daher nicht die Zerstörung des Anlagevermögens, sondern die Lähmung des Transportsystems verantwortlich. In Wirklichkeit war im Mai 1945 die Substanz des industriellen Anlagevermögens keineswegs entscheidend getroffen. Bezogen auf das „Wirtschaftswunderjahr“ 1936 war das Brutto-Anlagevermögen der Industrie sogar noch um rund 20 Prozent angewachsen.¹⁸

Diese auf den ersten Blick überraschende Bilanz hat im Wesentlichen zwei Gründe: Erstens war das Jahrzehnt zwischen dem Ende der Weltwirtschaftskrise und dem Beginn der strategischen

13 Detmolder Memorandum von 17. November 1945, in: Hans Möller (Hrsg.), *Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945–1948*, Tübingen 1961, S. 117.

14 USSBS, *The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy*. Overall Economic Effects Division, Washington D.C., 31.10.1945; siehe auch John K. Galbraith, *Leben in entscheidender Zeit*, München 1981, S. 227.

15 Ebd., S. 203.

16 Ebd., S. 227.

17 USSBS *Summery Report (European War)*, 30.9.1945, S. 5.

18 Siehe dazu und zu den folgenden Zahlen: W. Abelshäuser, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, Kap. II,1.

Luftkriegsoffensive der alliierten Bomberverbände eine Zeit beispielloser Investitionstätigkeit. Von Anfang 1935 bis Ende 1942 beschleunigte sich das Wachstum des Brutto-Anlagevermögens von Jahr zu Jahr stärker. Erst 1944 übertrafen die Bombenschäden den Wert der laufenden Investitionen. Die relativ günstige mengenmäßige Bilanz im Jahre 1945 lässt sich in qualitativer Hinsicht noch ergänzen. Der Gütegrad, das heißt die Relation von Netto- zu Brutto-Anlagevermögen, erreichte 1945 seinen höchsten Stand seit dem Ersten Weltkrieg. Dies ist angesichts des Investitionsbooms in den Jahren des „deutschen Wirtschaftswunders“ nicht weiter erstaunlich. Aus denselben Gründen ist auch der Altersaufbau des Brutto-Anlagevermögens der westdeutschen Industrie 1945 erheblich günstiger als in den 1930er Jahren. Die deutsche Wirtschaft ging also mit einem – angesichts extrem niedriger Produktionszahlen – bemerkenswert großen und neuen Kapitalstock in die Nachkriegszeit.

Zweitens war auch der für die deutsche Produktionsweise wichtigste Faktor – qualifizierte Arbeitskraft – keineswegs knapp. Gegenüber dem Stand von 1936 hatte das Arbeitskräftepotenzial 1948 in der Bizone um 17,7 Prozent zugenommen. In Westdeutschland erhöhte sich die Bevölkerungszahl bis 1950 um rund zehn Millionen – vor allem wegen des Zuzugs von Vertriebenen und Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten. Sie bildeten nicht nur quantitativ ein Reservoir für mögliches Wirtschaftswachstum, sondern entsprachen auch qualitativ den hohen Anforderungen, die das deutsche Produktionssystem an seine Arbeitskräfte stellte.

Allein diese Bilanz der Ressourcen verdeutlicht: Deutschland war am Ende des Zweiten Weltkrieges zwar arm, aber keineswegs unterentwickelt. Den Zeitgenossen blieben diese Zusammenhänge weitgehend verborgen, und so fiel den großen politischen Inszenierungen wie dem Marshallplan, der Währungsreform und dem neuen wirtschaftspolitischen Programm, der Sozialen Marktwirtschaft, die Rolle zu, das Unerklärliche begrifflich zu machen.

REKONSTRUKTION DER NACHINDUSTRIELLEN WIRTSCHAFT

Auch Mythen können ein reales Eigenleben entwickeln. Sie waren notwendig, um in den Rekonstruktionsprozess einzutreten, auch wenn sie nicht hinreichend sind, ihn zu erklären. Ohne den drama-

tischen Wandel der amerikanischen Europapolitik, in der die Westzonen eine Schlüsselrolle einnahmen, wäre es nicht erlaubt gewesen, die vorhandenen Ressourcen zu mobilisieren. Die Währungsreform gilt den Deutschen noch heute als die eigentliche Geburtsstunde der Bundesrepublik, ließ sich ihre politische Qualität doch nicht zuletzt mit der Stabilität ihres Geldes identifizieren. Mit der „harten“ D-Mark verbanden sich bald auch glänzende wirtschaftliche und politische Erfolge: die vorzeitige Tilgung der Vor- und Nachkriegsschulden, die „Wiedergutmachung“ gegenüber Israel und den NS-Opfern, die „Weltmeisterschaft“ im Außenhandel, eine – ungeachtet deutscher Souveränitätslücken – große außenpolitische Handlungsfreiheit, die Finanzierung des europäischen Integrationsprozesses und die Brechung der US-Hegemonie über das Weltwirtschaftssystem durch den Aufbau eines europäischen Währungssystems, dessen Anker die D-Mark war. Für die Dynamik der Rekonstruktion war die Stabilisierung der Währung zwar nicht hinreichend, aber doch notwendig. Ähnliches gilt für die „Ordnungspolitik der sichtbaren Hand“, die den deutschen Weg der Wirtschaftspolitik seit Beginn der 1950er Jahre im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft bestimmte.¹⁹

Seine Dynamik bezog das deutsche Wirtschaftswunder vielmehr aus dem gewaltigen Spannungsverhältnis zwischen dem Zusammenbruch von 1945 und der deutschen Rolle als einer der Pioniere der Zweiten wirtschaftlichen Revolution, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die von der Industriellen Revolution markierte materielle Wertschöpfung der „Alten Industrien“ ablöste.²⁰ Die Symbiose von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, die den Kern dieser für die heutigen Verhältnisse maßgebenden „wahren“ Revolution bildet, hatte Deutschland bis 1914 an die

¹⁹ Werner Abelshäuser/Christopher Kopper, Ordnungspolitik der sichtbaren Hand. Das Bundeswirtschaftsministerium und die Kunst der Wirtschaftspolitik, in: Werner Abelshäuser (Hrsg.), Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft, S. 22–94.

²⁰ Analytiker dieses Paradigmenwechsels waren Douglass C. North/Robert P. Thomas, *The Rise of the Western World. A New Economic History*, Cambridge 1973; Douglass C. North, *Structure and Change in Economic History*, New York 1981. Zu seinen Folgen für das wirtschaftliche Weltbild der Gegenwart siehe Werner Abelshäuser, *Von der Industriellen Revolution zur Neuen Wirtschaft. Der Paradigmenwechsel im wirtschaftlichen Weltbild der Gegenwart*, in: Jürgen Osterhammel/Dieter Langewiesche/Paul Nolte (Hrsg.), *Wege der Gesellschaftsgeschichte, Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 22*, Göttingen 2006, S. 201–218.

Spitze der Weltwirtschaft geführt. Sie konzentriert sich auf die Märkte für „diversifizierte“ Qualitätsprodukte. Damit ist jene nachindustrielle Maßschneiderei gemeint, die bis heute Deutschlands Ruf und nachhaltigen Erfolg auf dem Weltmarkt begründet: intelligente Maschinen mit individuellem Innenleben, komplexe Industrie- und Infrastrukturanlagen, anwendungstechnisch veredelte Produkte, Verfahrenstechnik auf allen Gebieten und auch hochwertige Fahrzeuge.

Diese damals wie heute auf nahezu der Hälfte der Weltmärkte unangefochtene Stellung war durch die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise weitgehend aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Ihre Voraussetzungen – hoher Stand des wissenschaftlich produzierten Wissens, produktive Ordnungspolitik des Staates, eine korporative Organisation der Wirtschaft und ein breit angelegtes, hoch qualifiziertes Arbeitskräftepotenzial vom Facharbeiter bis zum Unternehmer – waren aber nach wie vor in wachsendem Maße verfügbar. Hier konnte die westdeutsche Wirtschaft während der Rekonstruktionsperiode aus dem Vollen schöpfen, ohne an die Grenzen einer investiven Wachstumspolitik gehen zu müssen – zumal praktisch das gesamte soziale System der Produktion (Bankensystem, Arbeitsbeziehungen, Berufsausbildung, Interessenpolitik, Sozialstaat), das im Kaiserreich entstanden war, den Zusammenbruch von 1945 unbeschadet überlebt hatte. Die besonderen Nachfragebedingungen der Nachkriegszeit förderten freilich auch Anachronismen der materiellen Wertschöpfung und machten unter anderem die standardisierte Massenproduktion erstmals auch in Deutschland marktfähig. Am Ende der Rekonstruktionsperiode zeigte sich aber, dass die Stärke der deutschen Wirtschaft nach wie vor nicht in der Massenproduktion lag, sondern in der nachindustriellen Maßschneiderei von Maschinen und Anlagen, für die hoch qualifizierte Facharbeiter nötig waren. Deshalb stellte die Bundesregierung die Anwerbung von „Gastarbeitern“, die für die Tätigkeiten in der Massenproduktion vorgesehen waren, Anfang der 1970er Jahre wieder ein.

Es zeigte sich bald, dass deutsche Investitionsgüter in der Nachkriegszeit nicht nur in Europa, wie es dem Wunsch der USA entsprach, sondern auch auf dem Weltmarkt begehrt waren.

Dem Bundeswirtschaftsministerium war schon früh bewusst, dass der Überseehandel mit einem „bloßen Warenverkehr“ immer weniger gemein hatte. Galt zur Zeit der Industriellen Revolution noch die Devise *trade follows the flag* – und damit die Prerogative der Kolonialmächte –, war das Wirtschaftsministerium überzeugt, dass längst die Phase *trade follows the engineer* angebrochen war, in der den deutschen, von Anfang an weltmarktorientierten „Neuen Industrien“ komparative Wettbewerbsvorteile zuwuchsen.

Schon Anfang der 1950er Jahre, also lange bevor 1980 der Begriff „Schwellenländer“ aufkam, nahm der deutsche Export damit jene Länder ins Visier, die anstrebten, den Status von Agrar- und Industrieländern zu überwinden, um in den Club der nachindustriellen Wirtschaft einzutreten, den die Zweite wirtschaftliche Revolution geschaffen hatte. Deutschland war von Anfang an Partner dieses neuen „weltwirtschaftlichen Wachstumsgeschäfts“, das „große Aufgaben und verheißungsvollen Absatz“ versprach.²¹ Mit ihren „Neuen Industrien“ Großchemie, Elektrotechnik, Maschinen- und Fahrzeugbau, die seit dem späten 19. Jahrhundert zur nachindustriellen Maßschneiderei fähig waren, verfügte es über hohe Qualitäten als Ausstatter für Schwellenländer und musste von dieser Entwicklung des Weltmarktes profitieren. Die Rückkehr zur Strategie der ersten Phase der „Globalisierung“ vor 1914 wurde der deutschen Exportwirtschaft reichlich belohnt, als mit China (1978) und den Ostblockstaaten (1990) wichtige „alte“ Kunden wieder in den Weltmarkt eintraten und die Dynamik einer neuen Generation von Schwellenländern dafür sorgte, dass Deutschland seine seit 1952 bestehende Position als führendes und nachhaltiges Überschussland weiter ausbauen konnte.

Die Rolle Deutschlands auf dem Weltmarkt macht beispielhaft klar, dass es nicht die Rückkehr auf den alten Wachstumspfad allein war, die die Dynamik des Rekonstruktionsprozesses erklärt. Der nahtlose Anschluss an die nachindustrielle Verfassung der deutschen Wirtschaft, der sich dabei vollzog, war das eigentliche Wunder.

WERNER ABELSHAUSER

ist Forschungsprofessor für Historische Sozialwissenschaft an der Universität Bielefeld und Mitglied der unabhängigen Geschichtskommission des Bundeswirtschaftsministeriums.

werner.abelshauser@uni-bielefeld.de

²¹ Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftspolitik zwischen europäischer Integration und Weltmarktorientierung, in: ders. (Anm. 7), S. 482–582, hier S. 508f.

KLEINE EREIGNISGESCHICHTE DER WÄHRUNGSREFORM 1948

Anne Sudrow

Ab dem 20. Juni 1948 wurde in einem Teil Deutschlands die alte Reichsmark (RM) als Währung abgeschafft und die Deutsche Mark (DM) eingeführt. Dies geschah in den drei westlichen Besatzungszonen – der US-amerikanischen, der britischen und der französischen Zone –, nicht jedoch in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). In der Geschichte der Bundesrepublik gilt diese Währungsreform als der Zeitpunkt, mit dem in Westdeutschland die Marktwirtschaft (wieder)eingeführt wurde und das sogenannte Wirtschaftswunder begann. Gleichzeitig verschärfen sich anlässlich dieses Ereignisses jedoch die Auseinandersetzungen zwischen den vier Siegermächten um die politische Zukunft Deutschlands. Sie leistete einen wesentlichen Beitrag zum Beginn des Kalten Krieges und mündete letztlich in die Teilung Deutschlands.

WIRTSCHAFTLICHE AUSGANGSLAGE

Der Nationalsozialismus und sein „Drittes Reich“ hatten außer einem weithin zerstörten Land große Mengen Geld und eine geringe Güterproduktion hinterlassen. Die Produktion und die Güterverteilung waren ab 1936 staatlich kontrolliert und die Preise auf relativ niedrigem Niveau festgeschrieben worden. Am Ende des Krieges war sehr viel mehr Geld im Umlauf, als gebraucht wurde, um bei herkömmlicher Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die geringe Menge produzierter Güter zu den Festpreisen zu kaufen. Dieser enorme Geldüberhang als Ergebnis einer „gestauten Inflation“ hing auch mit der Frage der Verschuldung des deutschen Staates zusammen. Die straffe Preiskontrolle und Rationierung der Konsumgüter während des Zweiten Weltkrieges sorgte dafür, dass die privaten Einkommen nicht konsumiert wurden, sondern auf Sparkonten gelangten, die das NS-Regime wie-

derum zur „geräuschlosen Kriegsfinanzierung“ verwendete. Die Finanzierung des Krieges war zudem eng an das Wachstum der Geldmenge geknüpft: Waren 1939 noch knapp zwölf Milliarden RM als Banknoten im Umlauf, waren es 1945 56 Milliarden RM. Und die Reichverschuldung belief sich schon 1943/44 auf das Dreifache des im Deutschen Reich erwirtschafteten Sozialprodukts.⁰¹

Gleichzeitig erwiesen sich die Bewirtschaftungsmaßnahmen als Zwangskorsett für die Wirtschaft. Die alliierten Besatzungsbehörden übernahmen sowohl die Güterbewirtschaftung als auch die amtliche Preisbildung und die niedrigen Preise aus der NS-Zeit. Somit trat die amtliche Güterbewirtschaftung weiterhin an die Stelle des stillgelegten Preismechanismus auf freien Märkten. Eine Preisfreigabe kam für die Alliierten nicht infrage, da sonst die Preise enorm gestiegen wären. In der Folge entstanden schwarze Märkte mit horrenden Preisen für Konsumgüter,⁰² der Naturaltausch entfaltete sich jenseits der staatlichen Pläne und Lenkungsmaßnahmen, Rohstoffe und Zwischenprodukte wurden von den Unternehmen gehortet, und die Produktion blieb wegen der knappen Ressourcen gehemmt.⁰³

Angesichts dieser wirtschaftlichen Ausgangslage herrschte sowohl bei westdeutschen Ökonomen und Politikern wie bei den westlichen Besatzungsmächten weitgehende Einigkeit, dass eine Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Verfahren nötig sei und dass dies eine Beseitigung der Überliquidität voraussetze. Doch welche Maßnahmen hierzu ergriffen werden sollten, war umstritten. Wie zu zeigen sein wird, sollte die Währungsreform mit einer Wirtschaftsreform verbunden werden. Während erstere überwiegend von den alliierten Besatzungsmächten ins Werk gesetzt und organisiert wurde, war letztere auch auf deutsche Initiativen zurückzuführen.

AKTEURE UND FRÜHE KONZEPTE

Von deutscher Seite wurden teilweise schon im Verlauf des Krieges Pläne für eine als notwendig erachtete Währungsreform in der Nachkriegszeit entwickelt. Hier sind eine von Ludwig Erhard und Günter Keiser im Frühjahr 1944 vorgelegte Denkschrift und das „Detmolder Memorandum“ von November 1945 zu nennen. Beide schlugen eine Stilllegung von Kaufkraft, einen Währungsschnitt mittels der Vernichtung oder Blockierung eines großen Teils der Geldmenge sowie eine Reduzierung der Reichsschuld vor.⁰⁴

Die französische und die sowjetische Besatzungsmacht zeigten anfangs wenig Interesse an einer Währungsreform. Die Franzosen und Russen hatten einen hohen Geldbedarf für die Versorgung ihrer Truppen aus ihrer jeweiligen Zone. Daher wurde von ihnen in großem Umfang alliierte Militärmark, die der RM gesetzlich gleichgestellt war, in Umlauf gesetzt. Die Verknappung des Geldumlaufs lag nicht in ihrem Interesse.

Die US-Amerikaner lebten andererseits in viel geringerem Ausmaß von den Ressourcen ihres Besatzungsgebietes und waren seit 1947 an einer Stärkung der deutschen Wirtschaft und der Verbreitung des Konzepts der freien Marktwirtschaft interessiert. Sie entwickelten 1945 den ersten und 1946 den zweiten alliierten Plan für eine Währungsreform, die sie jeweils im Alliierten Kontrollrat vorlegten. Letzterer wurde als „Colm-Dodge-Goldsmith-Plan“ maßgeblich für die weiteren gemeinsamen Planungen aller vier Besatzungsmächte. Dabei argumentierte der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, Lucius Clay, eine Reform sei nötig, um ein Klima zu schaffen, das der Demokratie und einem freien Unternehmertum förderlich sei. Die Briten sahen ein Gleichgewicht der öffentlichen Haushalte aller Regionen als Vorbedingung einer Währungsreform. Ein solches war zu diesem Zeitpunkt längst nicht erreicht. Trotz der unterschied-

lichen Auffassungen und Problemlagen in den Zonen kamen die Alliierten überein, dass durch die Währungsreform 70 Prozent des Geldumlaufs gestrichen, 20 Prozent blockiert – also erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung zu stehen habe – und zehn Prozent in neues Geld umgetauscht werden sollten.

Stein des Anstoßes wurde allerdings die Frage, wo die neuen Banknoten herzustellen waren. Die Sowjetunion plädierte für Leipzig als Druckort, während die Vereinigten Staaten Berlin präferierten, da diese Stadt als einzige unter der Kontrolle aller vier Besatzungsmächte stand. Nachdem diese Frage wegen zunehmender ideologischer Bedenken der USA gegenüber der Sowjetunion lange nicht gelöst werden konnte, entschieden sich die US-Behörden eigenmächtig und ohne Rücksprache mit den Briten oder der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), das Geld in den USA herstellen zu lassen. Dort wurden sie im Auftrag des US-Außenministeriums von der American Bank Note Company Ende 1947 bis März 1948 gedruckt. Deshalb sahen die ersten Banknoten der D-Mark Dollarscheine viel ähnlicher als den vorherigen Reichsmarkscheine – auch wenn sie blau und nicht grün gefärbt waren. Sie waren aus einfachem Papier, ohne Wasserzeichen. Als Motive dienten provisorisch Gravurplatten von Eisenbahn-Pfandbriefen und Ölquellen-Anteilen.

Im Frühjahr 1948 verschiffte die amerikanische Militärverwaltung die insgesamt 5,7 Milliarden DM in 23 000 nicht gekennzeichneten Stahlkisten nach Bremerhaven, von wo aus sie nach Frankfurt am Main in den Keller des alten Reichsbankgebäudes gebracht und dort für den „Tag X“ verwahrt wurden.⁰⁵ Nachdem am 18. Juni 1948 der Beginn der Währungsreform auf den 20. Juni festgelegt und dieses Datum nach langer Geheimhaltung nun öffentlich verkündet worden war, begann die Verteilung des Geldes an die Landeszentralbanken und von dort an die Umtauschstellen. Als solche wurden die Kartenstellen der Ernährungsämter in den drei Westzonen benutzt, die zu Kontrollzwecken die Karten zur Lebensmittelrationierung aller Verbraucherinnen und Verbraucher heranzogen.⁰⁶

01 Vgl. Christoph Buchheim, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2/1988, S. 189–231, hier S. 198.

02 Siehe hierzu auch den Beitrag von Malte Zierenberg in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

03 Siehe Buchheim (Anm. 1.); Volker Hentschel, Die Währungsreform: Ludwig Erhard und das Wirtschaftswunder, in: Thomas Neumann (Hrsg.), „Da ist der Aufschwung hochgekommen.“ 50 Jahre Deutsche Mark, Lüdenscheidt 1998, S. 93–101.

04 Vgl. hier und im Folgenden Buchheim (Anm. 1), S. 199–208.

05 Vgl. Helmut Vogt, Die Währungsreform von 1948 in der späteren Bundeshauptstadt Bonn, in: Manfred van Rey (Hrsg.), Bonn von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder, Bonn 1998, S. 7–62, hier S. 20.

06 Vgl. ebd., S. 25 ff.

Auch bei den übrigen Fragen erwiesen sich die amerikanischen Vorstellungen für eine Währungsreform als ausschlaggebend für die spätere Umsetzung. Als zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt, Ende April 1948, auch deutsche Sachverständige, unter ihnen Erhard, auf dem Konklave von Rothwesten bei Kassel in die konkrete Vorbereitung der Währungsreform miteinbezogen wurden, blieben die wichtigsten Punkte des Colm-Dodge-Goldsmith-Plan letztlich Kernbereiche, obwohl die Deutschen im sogenannten Homburger Plan von April 1948 zum Teil abweichende Ziele formuliert hatten. Ziel waren nun neben der bereits genannten Umwandlung der alten in die neue Währung im Verhältnis 10:1 vor allem die Annullierung der Reichsschuld, die Umstellung privater Schulden im Verhältnis 1:1 und die Übertragung der Zuständigkeit für Gesetze über den Lastenausgleich in deutsche Hände.⁰⁷ So lässt sich festhalten, dass deutsche Ökonomen und Politiker zwar Vorschläge zu einer Währungsreform gemacht hatten. Doch letztlich waren unter den Besatzungsmächten vor allem die US-Amerikaner die treibende Kraft dahinter und bestimmten den Zeitpunkt und die eigentlichen Kernmaßnahmen der Währungsreform.

Im westdeutschen Gründungsmythos hat Ludwig Erhard zwar die Rolle als „Vater des Wirtschaftswunders“ eingenommen. Doch der Anteil des deutschen Politikers und Wirtschaftsexperten bei der Konzeption der Währungsreform war eher gering. Tatsächlich war der Sonderfinanzberater in Lucius Clays Wirtschaftsabteilung, Edward Tenenbaum, der Hauptverantwortliche für deren Gestaltung und Umsetzung in Westdeutschland.⁰⁸ Als solcher hat er in Deutschland allerdings nie offiziell eine Würdigung erfahren.

Im März 1948 war Erhard zum neuen Direktor der Verwaltung für Wirtschaft ernannt worden. Er plädierte für eine Freigabe der Preise zeitgleich mit der Währungsreform und vertrat damit die Position, dass mit ihr auch eine Wirtschaftsreform einhergehen müsse. Diese setzte er auch durch. Erhard war im Juni 1948 für die unmittelbare Abschaffung der Bewirtschaftungsmaßnahmen verantwortlich; und zwar durchaus gegen die Richtlinien der Amerikaner. Doch konnte

er sich der Zustimmung von Militärgouverneur Clay sicher sein, die er im Nachhinein einholte.⁰⁹ Im sogenannten LeitsätzeGesetz vom 18. Juni 1948, also unmittelbar vor der Währungsreform, wurde als Grundsatz der künftigen Wirtschaftspolitik in der Bizone – der zusammengelegten britischen und amerikanischen Besatzungszone – festgelegt, dass der Preisfreigabe vor der weiteren Preisbindung der Vorzug zu geben sei.¹⁰ Gleichzeitig legte das Gesetz Bereiche fest, in denen die Preise „zum Schutz der wirtschaftlich Schwächeren“ weiter gebunden sein sollten. Dies waren die Bereiche Ernährung, Rohstoffe, Mieten und Verkehr. Bereits am Tag der Währungsreform ließ Erhard im Rundfunk öffentlich die Freigabe eines Großteils der Preise verkünden. Danach galten Höchstpreise nur noch für einige Grundnahrungsmittel sowie für Kohle, Elektrizität, Gas und Wasser. Neben dem Verbraucherschutz zielten diese Maßnahmen auch darauf, die Löhne zu stabilisieren und die Produktion anzukurbeln.¹¹

MAßNAHMEN DER WÄHRUNGSREFORM

Nachdem seit 1924 im Deutschen Reich die RM offizielles Zahlungsmittel gewesen war, wurde sie ab dem 21. Juni 1948 durch die D-Mark als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel der drei Westzonen abgelöst. Tags zuvor, am 20. Juni, erhielt jede Bewohnerin und jeder Bewohner der drei westlichen Besatzungszonen als sogenannte Kopfquote 40 DM im Umtausch gegen 40 RM. Neben den alten Reichsmarkscheinen wurden in dieser Höhe auch die älteren und alternativen Währungen (Rentenmark, Goldmark, alliierte Militärmark) im Verhältnis 1:1 in DM umgetauscht. Ein zweiter Teil der Kopfquote in Höhe von 20 DM für 20 RM war im September einlösbar. Alle Löhne und Gehälter wurden frühestens am nächsten Monatsanfang in DM ausbezahlt. Die Mieten waren im Verhältnis 1:1 umzustellen und der Mietpreisstopp von 1936 wurde verlängert. Die Preise für Verkehrsmittel ließ Erhard im Juli 1948 senken.

⁰⁹ Siehe Volker Laitenberger, Ludwig Erhard, Göttingen 1986, S. 72 ff.

¹⁰ Vgl. Buchheim (Anm. 1), S. 220; Irmgard Zündorf, Staatliche Verbraucherpreispolitik und Soziale Marktwirtschaft in Westdeutschland 1948–1963, in: André Steiner (Hrsg.), Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln–Weimar–Wien 2006, S. 129–169, hier S. 135.

¹¹ Vgl. hier und im Folgenden Zündorf (Anm. 10), S. 136 ff.

⁰⁷ Vgl. Buchheim (Anm. 1), S. 212; Helmut Kahnt et al., Die Geschichte der Deutschen Mark in Ost und West, Regensburg 2003, S. 47–52.

⁰⁸ Vgl. ebd., S. 47 f.

Zum 20. Juni fand zudem ein Währungsschnitt von Sparguthaben statt: Aus 10 RM, ob in Form von Bargeld, Sparguthaben oder Schulden, wurden 1 DM. Die auf ein Zehntel zusammengeschnittenen DM-Guthaben waren zu einer Hälfte zum sofortigen Gebrauch freigegeben, die andere Hälfte wurde auf einem Festkonto eingefroren, von dem am 4. Oktober 1948 sieben Zehntel gestrichen, zwei Zehntel freigegeben sowie ein Zehntel zum Sparen oder zum Kauf von Wertpapieren festgelegt werden musste. Am Ende wurden also aus 1000 RM 65 DM. Aber die Bewirtschaftung für viele Güter war aufgehoben. Viele Hersteller und Händler verkauften nun ihre vorher gehorteten Waren. Dies führte am Tag nach dem Umtausch zu einer ungewohnten Warenvielfalt in Schaufenstern, die als prägende Erfahrung vieler Deutscher lange die Erinnerung an die Währungsreform dominierte.

FOLGEN DER WÄHRUNGSREFORM

Die Zeit von 1948 bis etwa 1952 galt als Bewährungsprobe der Marktwirtschaft in den Westsektoren, wo die Währungsreform umgesetzt worden war. Dabei war sie anfangs alles andere als sozial: Die Lebenshaltungskosten erhöhten sich im zweiten Halbjahr 1948 um 17 Prozent. Der Währungsschnitt fiel erheblich schärfer aus, als geplant war, und bedeutete eine große soziale Ungerechtigkeit, da er einseitig die Sparer traf und die Sachwertbesitzer schonte. Ein entsprechendes Lastenausgleichsgesetz kam erst 1952 zustande und zeigte die Schwierigkeit, hier eine angemessene Lösung zu finden.¹²

Die Preisentwicklung war in dieser Zeit von starken Schwankungen bestimmt: Ab Juni 1948 stiegen die Preise dramatisch, wobei die Preissteigerungen die ärmeren Teile der Bevölkerung besonders hart trafen. Teilweise konnten sie von ihrem Einkommen nicht einmal ihre gesamten Lebensmittelrationen erwerben. Die Zuteilungen von Fleisch, Fett und Brot stiegen in der zweiten Jahreshälfte 1948 zwar an, doch schien die „Rationierung durch den Preis“ die Rationierung der Waren ersetzt zu haben.

Insgesamt wich die erste Begeisterung über die Warenfülle in den Schaufenstern der Enttäuschung

¹² Vgl. Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1991, S. 189ff.

über die nun hohen Preise. Die allgemeine Stimmungslage entwickelte sich daher nach der Währungsreform alles andere als optimistisch.¹³ Zwar verschwanden bald die schwarzen Märkte. Doch die Löhne der Arbeitnehmer blieben bis November 1948 eingefroren, und gleichzeitig waren die Sparrücklagen der arbeitenden Bevölkerung auf ein Minimum geschrumpft. Zudem stieg die Arbeitslosigkeit: Bis Jahresende verdoppelte sie sich auf eine Million Erwerbstätige, im Herbst 1949 waren schließlich erstmals wieder über zehn Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung erwerbslos. Anfang 1950 waren dies über zwei Millionen Menschen.¹⁴ Noch im April 1948 hatten bei Meinungsumfragen in der amerikanischen Zone 54 Prozent der Befragten angegeben, die Ernährung sei eine ihrer Hauptsorgen. 40 Prozent nannten Kleidung und Schuhe. Nur zwölf Prozent führten das Fehlen finanzieller Mittel, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, an. Im August 1948 waren es nur noch weniger als zehn Prozent der Befragten, die als Hauptsorge die Grundversorgung nannten. 59 Prozent dagegen plagten nun Geldsorgen.¹⁵

Angesichts der massiven Teuerungen hielten viele das Experiment mit der Marktwirtschaft für gescheitert. Sogar der bizonale Länderrat stellte am 18. November 1948 fest, dass eine Änderung der Preispolitik unbedingt nötig sei: „Der Versuch, eine funktionierende Marktwirtschaft bei kritischen Mangelwaren einzuführen, ist gescheitert“, ließ er verlautbaren.¹⁶ Erhard beteuerte zwar, dass die Preise bald eine normale, ausgeglichene Entwicklung nehmen würden, doch die Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen verschlechterten sich weiter. Die Gewerkschaften forderten eine Totalrevision von Erhards Wirtschaftspolitik und kämpften außerdem darum, ihre wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen im Grundgesetz zu verankern, dessen Beratung in vollem Gange war. Sie riefen am 12. November 1948 zu einem

¹³ Paul Erker hat am Beispiel Bayerns die Folgen der Währungsreform für die sozialen Gruppen der Bauern sowie Arbeiterinnen und Arbeiter untersucht. Vgl. Paul Erker, *Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953*, Stuttgart 1990; für Berlin und Bonn siehe Michael Wolff, *Die Währungsreform in Berlin 1948/49*, Berlin-New York 1991.

¹⁴ Vgl. Arne Andersen, *Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute*, Frankfurt/M. 1997, S. 12; Kleßmann (Anm. 12), S. 191.

¹⁵ Vgl. Buchheim (Anm. 1), S. 222f.

¹⁶ Zit. nach Erker (Anm. 13) S. 311.

auf 24 Stunden befristeten Generalstreik gegen die „Wirtschaftspolitik der Volksausbeutung“ auf. Sie forderten unter anderem die Wiedereinführung von Preiskontrollen und eines Bewirtschaftungssystems im Nahrungsbereich sowie die Sozialisierung und Mitbestimmung in den Grundstoffindustrien.¹⁷ Tatsächlich legten in der Bizone am festgesetzten Tag 9,25 Millionen Beschäftigte die Arbeit nieder. Man verlangte eine gerechtere Verteilung der Kriegsfolgelasten und einen gerechteren Anteil an den produzierten Gütern; sei es über niedrigere Preise oder höhere Löhne. Erhard und die Wirtschaftsverwaltung jedoch hielten weiter an ihrem Kurs fest, und auch im Parlamentarischen Rat wurden die gewerkschaftlichen Positionen allenfalls taktisch zeitweilig aufgegriffen. Der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes forderte jedoch von der Wirtschaftsverwaltung Maßnahmen gegen den weiteren Preisauftrieb.

Als Wirtschaftspolitiker, der seine Berufskarriere in den 1930er Jahren in der gerade entstehenden Konsumforschung begonnen hatte, war Erhard in Fragen des Zusammenhangs von Lebensstandard, Warenqualität und Konsumgüterversorgung für seine Zeit ungewöhnlich aufgeschlossen. Er griff zu einer spezifischen Maßnahme der Standardisierung von Konsumgütern, um die Versorgung zu verbessern und gleichzeitig auf marktwirtschaftlichem Wege die Preise zu senken: dem sogenannten Jedermann-Programm nach britischem Vorbild. Viele Unternehmer sahen aber selbst diese staatlichen Regulierungsmaßnahmen als Eingriff in ihre Entscheidungsautonomie. Der Staat sollte auf solche autoritären Methoden endgültig verzichten und die Eingriffe in die Wirtschaft möglichst begrenzen. Ab Anfang 1949 begann sich jedoch die wirtschaftliche Lage generell zu stabilisieren.

BLOCKADE UND LUFTBRÜCKE

Neben den unmittelbar wirtschaftlichen Auswirkungen hatte die Währungsreform jedoch auch weitreichende politische Folgen. Dies zeigte sich in der deutschen Hauptstadt Berlin, wo die Machtblöcke des beginnenden Kalten Krieges zu dieser Zeit so direkt aufeinandertrafen wie nirgends sonst. Die westlichen Besatzungsmächte und die Sowjetunion verfolgten mit der Politik in ihren jeweiligen Besatzungssektoren der Stadt strategische Ziele, die von

ihrer Bedeutung her weit über die Stadt und über Deutschland hinausreichten. Auslöser der internationalen Spannungen, die als die erste Berlinkrise bezeichnet wird, war der Beschluss der Westalliierten, in ihren Besatzungszonen die Währungsreform allein und nicht gesamtdeutsch durchzusetzen, wie dies immer noch die SMAD anstrebte.

In den ersten Nachkriegsjahren hatte Berlin noch eine gemeinsame Stadtverwaltung – trotz Einteilung in vier Sektoren unter Kontrolle der vier Siegermächte. Groß-Berlin war eine offene Stadt, in der sich die Bewohner frei zwischen den Sektoren bewegen konnten. Dort galten die neuen Währungsvorschriften zunächst nicht. Das Stadtgebiet war unter Hinweis auf den Vier-Mächte-Status der Stadt von der Währungsumstellung ausgenommen. Am 18. Juni 1948 gaben die Westmächte die bevorstehende Währungsreform in ihren Besatzungszonen bekannt. Am folgenden Tag deklarierte die Sowjetische Militäradministration, das neue Geld sei in der SBZ und in Groß-Berlin nicht zugelassen. Diese Maßnahme wurde als notwendig angesehen, um die SBZ vor einer Flut entwerteten Geldes aus den Westzonen zu schützen.¹⁸ Es setzten scharfe Kontrollen ein. Am 22. Juni kündigte der Leiter der Sowjetischen Militäradministration, Wassilij Sokolowski, den Westmächten an, die Sowjetunion sei gezwungen, aufgrund der schwierigen Lage jetzt in ihrer Zone und in Groß-Berlin auch eine Währungsreform durchzuführen.¹⁹ Am gleichen Tag erörterten Finanzexperten der vier Mächte die Auswirkungen getrennter Währungen auf Berlin. Mit dem sowjetischen Vorschlag, die Ost-Währung in ganz Berlin einzuführen, erklärte sich nur der französische Vertreter einverstanden, während er von den angelsächsischen Mächten abgelehnt wurde. Als es zu keiner Einigung kam, verfügten die Sowjets die Gültigkeit ihrer Währung auch in den Westsektoren.²⁰

Am 24. Juni 1948 fand schließlich auch in der SBZ eine Währungsreform statt. Da der Befehl Sokolowskis sich nicht nur auf die SBZ erstreckte, sondern Berlin mit einschloss, und hier die Sowjetunion hoheitliche Rechte in einem Gebiet in Anspruch nahm, das der obersten Gewalt

¹⁸ Vgl. Wolff (Anm. 13), S. 82 ff.

¹⁹ Zunächst standen dort noch keine neuen Geldscheine zur Verfügung, sodass auf die alten Reichsmarkscheine Spezialcoupons zur weiteren Gültigkeit geklebt wurden („Kuponmark“). Siehe hierzu auch den Beitrag von André Steiner in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

²⁰ Vgl. Kleßmann (Anm. 12), S. 191 f.; Wolff (Anm. 13).

¹⁷ Vgl. ebd., S. 311 ff.

der vier Mächte gemeinsam unterstand, erklärten die Westmächte daraufhin den sowjetischen Währungsbefehl in ihrem Gebiet für aufgehoben und ordneten ihrerseits am 24. Juni 1948 für den nächsten Tag die Einführung der D-Mark in den Westsektoren der Stadt an. Diesen Schritt nahm wiederum die Sowjetunion zum Anlass, über die gelegentlichen Beschränkungen des Verkehrs von und nach Berlin hinauszugehen und die Westsektoren und ihre Bewohner mit einer ausgedehnten Blockade zu belegen.

Neben Sperrungen des Straßenverkehrs unterbrach die sowjetische Seite allmählich alle Land-, Schienen- und Wasserwege zwischen West-Berlin und den drei westlichen Zonen. Die Stromlieferungen nach West-Berlin wurden gestoppt. Lediglich die Luftkorridore, die 1945/46 im Air Agreement zum gemeinsamen Hoheitsgebiet erklärt worden waren, waren nicht betroffen. Deshalb starteten die drei Westmächte eine Luftbrücke nach Berlin. Diese sollte die Stadt und ihre rund zwei Millionen Bewohner aus der Luft versorgen. Ein ehrgeiziger Plan, der in dieser Größenordnung noch nie unternommen worden war und von dem unklar war, ob er überhaupt funktionieren würde.²¹

Die Blockade bestand vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949. Mehr als zwei Millionen Menschen mussten in dieser Zeit mit Lebensmitteln und Energie, also Kohle, versorgt werden. Dies geschah in einer gemeinsamen, militärischen Aktion der amerikanischen und britischen Luftstreitkräfte wie auch privater Luftfrachtgesellschaften. Mit Großbritannien unternahm ein Land, das selbst bis 1954 noch seine Lebensmittel und andere Konsumgüter rationieren musste, größte Anstrengungen, um Berlin, die Hauptstadt des ehemaligen Kriegsgegners, zu versorgen. Die Luftbrücke umfasste schließlich insgesamt rund 213 000 Flüge und 175 Millionen zurückgelegte Flugkilometer. Die Maschinen transportierten insgesamt rund 1,7 Millionen Tonnen Material, darunter auch ei-

nige Maschinenteile für den Bau von Kraftwerken in West-Berlin. Diese sollten den Versorgungsengpass mit Elektrizität beseitigen, der seit Beginn der Blockade ebenfalls in den Westsektoren bestand. Dabei wurden an manchen Tagen bis zu 40 000 Starts durchgeführt.²² Um neben den bereits bestehenden Flughäfen Tempelhof und Gatow mehr Start- und Landekapazitäten zu schaffen, wurde im französischen Sektor ab Oktober 1948 der Flughafen Berlin-Tegel neu gebaut.

Die Blockade traf die einfachen Menschen in Berlin ganz existenziell: Lebensmittel sowie Heiz- und Kochenergie waren nur eingeschränkt erhältlich. Die Stromlieferung an Privathaushalte wurde rationiert und zeitlich begrenzt auf zwei Stunden am Tag und manchmal zwei in der Nacht. Am 5. Mai 1949 wurde schließlich von den Vereinten Nationen in New York von allen vier Besatzungsmächten ein Kommuniqué zur Aufhebung der Blockade verabschiedet. Sie endete am 12. Mai.

SPALTUNG BESIEGELT

Im Frühjahr 1949 einigten sich die drei Westmächte auch auf eine Bereinigung der überaus schwierigen Währungsverhältnisse. Am 20. März 1949 erklärten die drei Westmächte die D-Mark zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel der drei Berliner Westsektoren. Dieses Datum markierte einen Wendepunkt in der Berliner Nachkriegsgeschichte. Westsektoren und Westzonen waren fortan durch eine gemeinsame Währung fest miteinander verbunden. Somit wurde noch vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit der Verabschiedung des Grundgesetzes im Mai 1949 die Eingliederung der Berliner Westsektoren in das politische und wirtschaftliche System der späteren Bundesrepublik eingeleitet. Die Währungsreform in den drei Westsektoren Berlins vom 20. März 1949 muss somit auch als der Tag angesehen werden, an dem die Spaltung der Stadt besiegelt wurde.²³ Diese Teilung der ehemaligen Hauptstadt leitete die Teilung Deutschlands ein und mündete schließlich in die „doppelte Staatsgründung“ der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

ANNE SUDROW

war bis 2018 Projektleiterin im Bereich Wirtschaftsgeschichte am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam.
sudrow@posteo.de

21 Wer die Luftbrücke anfangs initiierte, ist bis heute umstritten. In Erinnerungen nahm Lucius Clay für sich in Anspruch, am 25. Juni 1948 mit General Curtis LeMay telefoniert und erste Maschinen für die Luftbrücke mobilisiert zu haben. Sicher ist aber, dass die Briten die ersten Staffeln der Royal Air Force bereits am 19. Juni in Bereitschaft versetzten, um von Bückeburg aus einen Pendelverkehr nach Berlin einzurichten. Siehe hierzu Gerhard Keiderling, *Währungsreform, Blockade, Luftbrücke, Teilung*, Berlin 1998, S. 109–113.

22 Vgl. Jan Helbig, *Auftrag Luftbrücke*. Katalog zur Ausstellung, Dt. Technikmuseum, Berlin 1998, S. 18.

23 Vgl. Wolff (Anm. 13), S. 3.

ESSAY

HÜTERIN DER D-MARK

Über die Bundesbank und ihre Unabhängigkeit

Ulrike Herrmann

Deutschland ist eine Demokratie, doch eine staatliche Institution ist dem Zugriff des Parlaments entzogen: die Bundesbank. Sie ist „eine Art Staat im Staat“, wie es der ehemalige Bundesbank-Chef Karl Otto Pöhl formulierte.⁰¹

Die Bundesbank hatte eine ungeheure Macht, bevor 1999 der Euro als Buchgeld eingeführt wurde: Ihre Zinsentscheidungen haben nicht nur die Wirtschaftskrisen in Deutschland verschärft, sondern auch Nachbarländer in die Krise getrieben – sei es Frankreich, England oder Italien. Der britische Finanzjournalist David Marsh urteilte 1992 provokant: „Die Bundesbank hat die Wehrmacht als Deutschlands bekannteste und gefürchtetste Institution ersetzt“. Sie „kontrolliert einen größeren Teil Europas als je ein deutsches Reich in der Geschichte“.⁰²

Die Bundesbank entstand erst 1957, doch ihr Vorläufer, die Bank deutscher Länder, wurde bereits im März 1948 von den Alliierten gegründet. Die Briten hätten die neue Notenbank gern in Hamburg gesehen – also in ihrer Besatzungszone. Doch die USA setzten sich durch, und die Bank deutscher Länder wurde in Frankfurt angesiedelt, das in der amerikanischen Besatzungszone lag. Diese Entscheidung prägt Europa auch 70 Jahre später: In Frankfurt sitzt jetzt die Europäische Zentralbank.

EIN ZIEL: PREISSTABILITÄT

Die Bank deutscher Länder war von Anfang an unabhängig. Die Alliierten übten zwar eine gewisse Kontrolle aus, aber die deutsche Politik hatte keinen Einfluss. Als 1957 die Bundesbank gegründet wurde, blieb es bei dieser politischen Unabhängigkeit. Der damalige Kanzler Konrad Adenauer konnte nur durchsetzen, dass seither die Bundesregierung den Präsidenten der Bundesbank sowie das Direktorium ernannt.⁰³

In den meisten Industrieländern wäre völlig undenkbar, dass eine Zentralbank unabhängig ist. Das Federal Reserve System der USA muss regelmäßig im Kongress erscheinen und Auskunft über seine Geldpolitik geben; auch die Bank of England muss bei ihren Beschlüssen auf das Schatzamt hören. Dies war in Frankreich und Italien nicht anders, als die beiden Länder noch nicht der Eurozone angehörten. In Frankreich operierte die Banque de France faktisch als eine Abteilung des Pariser Finanzministeriums, und in Italien musste die Banca d'Italia die Vorgaben ihrer Regierung umsetzen.

Die Bank deutscher Länder und später die Bundesbank hingegen waren nicht nur unabhängig – sie hatten zudem nur einen einzigen gesetzlichen Auftrag: Sie sollten die Währungsstabilität sichern und Inflationen vermeiden. Denn die Deutschen waren traumatisiert, weil sie durch die beiden Weltkriege jeweils ihr gesamtes Finanzvermögen verloren hatten.

Diese ausschließliche Konzentration auf die Währungsstabilität war jedoch höchst ungewöhnlich für ein großes Industrieland. So ist es für das Federal Reserve System in den USA mindestens genauso wichtig, das Wachstum zu fördern und Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Inflationsbekämpfung ist nur ein Ziel – und oft ein nachrangiges.

So mächtig die Bundesbank war – ihre obersten Repräsentanten waren in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Denn die Geschicke der Bundesbank lenkte nicht ein Einzelner; die wichtigen Beschlüsse fällte der Zentralbankrat per Mehrheitsentscheid. In diesem obersten Gremium versammelten sich die Präsidenten der elf Landeszentralbanken sowie das Direktorium der Bundesbank, das bis zu acht Mitglieder zählen konnte.

Die Politik hat stets versucht, ihr genehme Bundesbanker zu ernennen – doch selbst treue Parteisoldaten entfalteteten sofort ein Eigenleben, sobald sie im Zentralbankrat Platz genommen hatten. Denn sie waren auf acht Jahre bestellt,

faktisch unkündbar und erhielten lebenslang ihr stattliches Gehalt.

Bereits Adenauer musste erleben, dass die deutsche Notenbank seine Wirtschaftspolitik konterkarierte, indem sie die Leitzinsen hochsetzte und Kredite verteuerte. Im Juni 1956 hielt Adenauer daher eine wütende Rede, die als „Fallbeil-Rede“ in die Geschichte der Notenbanken eingegangen ist. In Köln hatte sich der Bundesverband der deutschen Industrie versammelt, und Gastredner Adenauer ließ seiner Empörung über die Notenbank freien Lauf: „Es ist der deutschen Konjunktur ein schwerer Schlag versetzt worden; und auf der Strecke bleiben werden die Kleinen; und zwar gilt das sowohl für die kleineren Industrien wie für die kleineren Landwirte, wie für die kleineren Handwerker. Kurz und gut, das Fallbeil trifft die kleinen Leute und deswegen bin ich sehr betrübt.“⁰⁴

Der damalige Notenbankchef Wilhelm Vocke mokierte sich, dass der Kanzler „in Währungssachen ein Laie war“.⁰⁵ Doch tatsächlich behielt Adenauer Recht: Es entpuppte sich als Fehler, dass die Notenbank zwischen 1955 und 1956 die Zinsen fast verdoppelt hatte. Kredite wurden zu teuer; das Wachstum halbierte sich.⁰⁶

Auch das Timing stimmte nicht: Just als die Notenbank die Konjunktur in Deutschland strangulierte, begann das Wachstum in den USA zu schwächeln. Die weltweite „Konjunkturlokomotive“ fiel zeitweise aus, was auch die deutsche Exportindustrie traf. Schnell und still rückte die Notenbank von ihrer drastischen Geldpolitik ab: Schon ab September 1956 senkte sie ihre Zinsen wieder. Die Wirtschaft erholte sich sofort – und damals blieb die Intervention der Notenbank nur Episode. Doch das Grundproblem zeigte sich schon 1956 und wurde von Adenauer genau erkannt: Die Notenbank nahm in Kauf, dass die Wirtschaft lahmte – solange nur die D-Mark stabil blieb.

01 Zit. nach David Marsh, *The Bank that Rules Europe*, London 1992, S. 169.

02 Vgl. ebd., S. 10.

03 Vgl. Wilhelm Vocke, *Memoiren. Die Erinnerungen des früheren Bundesbankpräsidenten*, Stuttgart 1973, S. 151.

04 Zit. nach Daniel Koerfer, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 117.

05 Vgl. Vocke (Anm. 3), S. 155.

06 Angaben zu Zinsen stammen aus: Deutsche Bundesbank, Zeitreihe BBK01.SU0112: Diskontsatz der Deutschen Bundesbank/Stand am Monatsende. Alle weiteren genannten statistischen Daten sind Angaben vom Statistischen Bundesamt.

In der Bundesbank herrschte ein elitärer Dünkel, und für die Politik hatte sie oft nur Verachtung übrig. Eine prägende Gestalt war Otmar Emminger, der ab 1953 im Direktorium saß und von 1977 bis 1979 Präsident der Bundesbank war. Seine Memoiren sind eine einzigartige Quelle, um das Innenleben der frühen Bundesbank zu verstehen. Autoritär heißt es dort: „Eine pluralistische Massengesellschaft ist immer in Versuchung, in eine ‚Gefälligkeits-Demokratie‘ abzugleiten.“⁰⁷

Was Emminger nicht erwähnt: Ab 1937 war er Mitglied der NSDAP gewesen. Damit war er kein Einzelfall. Von 1948 bis 1980 bestand die Führungsebene der Landeszentralbanken und der Bundesbank zu 39 Prozent aus ehemaligen Nationalsozialisten.⁰⁸

UNANTASTBARE NOTENBANKER

Bereits in ihren Anfängen schien die Notenbank überaus erfolgreich zu sein: Zwischen 1950 und 1960 betrug die Inflation in Deutschland insgesamt nur 22 Prozent – während Frankreich in der gleichen Zeit auf stattliche 72 Prozent kam. Großbritannien verzeichnete eine kumulierte Inflation von 49 Prozent.

Die geringe Inflation in Deutschland hatte jedoch nichts mit der Geldpolitik der Bundesbank zu tun, sondern war eine indirekte Kriegsfolge: Von 1949 bis 1961 strömten rund 14 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten und der DDR nach Westdeutschland. Sie alle waren zunächst arbeitslos und bereit, auch für wenig Geld zu arbeiten. Die Gehälter in der Bundesrepublik stiegen daher nicht so stark wie in den anderen westlichen Ländern.

Dank der geringeren Inflation waren die deutschen Waren im weltweiten Vergleich billiger, sodass die ausländischen Kunden beherzt zugriffen. Ab 1952 führte die Bundesrepublik weit mehr aus, als sie importierte, und begann, Milliardenüberschüsse anzuhäufen. Die Wirkung zeigte sich sofort: Bereits Mitte der 1950er Jahre galt die D-Mark als die „stärkste Währung Europas“.⁰⁹

Normalerweise hätte die D-Mark jetzt teurer werden müssen, weil sie weltweit so gefragt war. Doch die Weltwährungsordnung von Bretton

07 Otmar Emminger, *D-Mark, Dollar, Währungskrisen*, Stuttgart 1986, S. 25.

08 Vgl. Marsh (Anm. 1), S. 155f.

09 Emminger (Anm. 7), S. 20.

Woods sah feste Wechselkurse vor. Zwar wurde die D-Mark zwischendurch leicht aufgewertet, blieb aber dennoch international viel zu billig.

Als „Hüterin der D-Mark“ hat die Bundesbank vom Nimbus der neuen Währung profitiert, obwohl die Stärke der D-Mark nur ein Produkt der Umstände war. Die Notenbanker galten schnell als allwissend und unantastbar. Bundesbankier Emminger konstatierte: „Man kann wohl sagen, dass die deutsche Notenbank (...) die am wenigsten angefochtene Institution unserer Republik ist.“¹⁰

Lange begnügte sich die Bundesbank mit kleinen Schritten, doch ab 1965 griff sie massiv in die Wirtschaft ein. Damals herrschte nicht nur Vollbeschäftigung, sondern sogar „Überbeschäftigung“: Nur noch 147352 Menschen suchten einen Job – während es drei Mal so viele offene Stellen gab.

Da Arbeitskräfte begehrte waren, stiegen die Löhne um rund neun Prozent. Die Preise blieben dennoch moderat und legten um nur etwa drei Prozent zu. Trotzdem war die Bundesbank alarmiert und erhöhte ab Mitte 1965 die Zinsen, um Kredite zu verteuern und die „überhitzte“ Wirtschaft abzuwürgen.

Die Vollbremsung gelang: Das Wachstum halbierte sich – und war 1967 mit minus 0,3 Prozent sogar negativ. Plötzlich gab es keine „Überbeschäftigung“ mehr, sondern 500000 Arbeitslose. Die Deutschen waren schockiert, dass mitten im „Wirtschaftswunder“ die Armut zurückkehrte. Doch nicht etwa die Bundesbank wurde kritisiert, sondern CDU-Kanzler Ludwig Erhard.

Allen außer Erhard war deutlich, dass die CDU die nächste Bundestagswahl verlieren würde, falls er Kanzler bliebe. Also wurde Erhard von seiner eigenen Partei im Herbst 1966 zum Rücktritt gezwungen. Gleichzeitig verließen auch die Liberalen das Kabinett, während die Union eine große Koalition mit der SPD einging. Das sozialdemokratische Zeitalter begann.

Die Wucht dieser Ereignisse war der Bundesbank offenbar peinlich, denn in Emmingers 480-Seiten-Memoiren wurden die Jahre 1965 bis 1967 mit nur einem einzigen Absatz abgehandelt. Wolkig wurde dort eine „Gewinnkompression“ bei den Unternehmen erwähnt.¹¹ Über den Kanzler hieß es abfällig: „Dass Erhard kein

Organisationstalent besaß und im Herbst 1966 ohne Rückhalt in seiner eigenen Partei dastand, war seine persönliche Tragik.“¹²

ENDE VON BRETTON WOODS

Erhards Sturz markierte eine Zeitenwende, denn gleichzeitig ging der Nachkriegsboom langsam zu Ende. Zudem begann das Weltwährungssystem von Bretton Woods zu wackeln. Ab 1965 engagierten sich die USA massiv im Vietnamkrieg, und um die Kosten zu decken, erhöhte die US-Regierung ihre Schulden – sie „druckte“ also Dollars.

Die D-Mark wurde zunehmend zur Fluchtwährung, denn Investoren und Spekulanten wetteten darauf, dass das Währungsregime von Bretton Woods kollabieren und der Dollar dramatisch abwerten würde. Also wollten sie ihr Geld in Sicherheit bringen – und tauschten ihre Dollars in D-Mark um. Die deutsche Währung wertete daher permanent auf, was wiederum die Bundesbank zwang, Dollar zu erwerben, um den Kurs der D-Mark nach unten zu drücken.

Der 1. März 1973 sollte die Welt der Währungen für immer verändern: „Plötzlich brach eine neue Spekulationswelle gegenüber dem Dollar aus“, erinnert sich Emminger. „Die Bundesbank musste an diesem einen Tag fast acht Milliarden D-Mark Notenbankgeld neu ausgeben. Das war fast so viel wie die damalige Zunahme an Zentralbankgeld für ein ganzes Jahr! Da zogen wir die Notbremse.“¹³

Die Bundesbank trat in den Streik und weigerte sich, noch weitere Dollars aufzukaufen. Dieser Schritt war unvermeidlich, denn allein konnte sich die Bundesbank nicht auf Dauer gegen die Finanzmärkte stemmen. Allerdings verstieß die Bundesbank gegen einen völkerrechtlichen Vertrag, indem sie Bretton Woods aufkündigte. Das konnte sie nicht allein entscheiden, sondern benötigte den Segen der Bundesregierung. Doch der damalige SPD-Finanzminister Helmut Schmidt lag mit einer Schilddrüsenerkrankung im Krankenhaus, sein Staatssekretär Karl Otto Pöhl war unerreikbaar im Ski-Urlaub, und auch das restliche Bonn war lahmgelegt, weil ausgerechnet an diesem 1. März Weiberfastnacht gefeiert wurde.

Schließlich suchten die Notenbanker nachmittags Kanzler Willy Brandt in seiner Privatvil-

¹⁰ Ebd., S. 28.

¹¹ Ebd., S. 137.

¹² Ebd., S. 23.

¹³ Emminger (Anm. 7), S. 240.

la auf; im Schlepptau hatten sie nur FDP-Wirtschaftsminister Hans Friderichs. Brandt verstand nichts von Ökonomie, wie er selbst freimütig zugab. Daher soll er laut Emminger nur gesagt haben: „Wenn das Wirtschaftsministerium und die Bundesbank einer Meinung sind, dann wird es wohl so richtig sein.“¹⁴

Die Ära der festen Wechselkurse war damit vorbei. Der Dollar rauschte in die Tiefe und verlor bis 1979 die Hälfte seines Wertes gegenüber der D-Mark. Dieser Absturz wurde zunächst achselzuckend zur Kenntnis genommen. Politiker und Notenbanker erwarteten, dass sich die Devisenkurse auf einem stabilen Niveau einpendeln würden, sobald der Dollarkurs einmal korrigiert wäre. Neoliberale Vordenker wie Milton Friedman versprachen immenses Wachstum: „Eine freie Marktwirtschaft für Wechselkurse wird auch ein ‚Wirtschaftswunder‘ hervorbringen.“¹⁵

Dies erwies sich als Irrtum: Kaum wurden die Devisenkurse freigegeben, stürzten die Industrieländer in eine tiefe Rezession. Es kam zur „Ölkrise“ von 1973, da die Scheichs nicht bereit waren, tatenlos zuzusehen, dass sie durch den fallenden Dollar faktisch enteignet wurden. 1971 kostete das Barrel Öl nur knapp zwei Dollar. Da die US-Währung nun auch noch an Wert verlor, war das Öl fast kostenlos. Also setzten die Ölstaaten ihre gesamte Kartellmacht ein, um den Barrelpreis nach oben zu treiben – bis er 1980 ein Rekordhoch von 38 Dollar erreichte.¹⁶

Alle westlichen Länder steckten in einer fatalen Lohn-Preis-Spirale fest, weil die Gewerkschaften eine falsche Politik verfolgten. Sie sahen nicht, dass sich gegen die Inflation nichts unternehmen ließ, weil die Ölstaaten ihren knappen Rohstoff verteuerten. Stattdessen schalteten die Gewerkschaften auf Klassenkampf und wollten den Preisauftrieb kompensieren, indem sie hohe Lohnabschlüsse durchsetzten. Es kam zu einer „Stagflation“ – also zu einer Inflation mitten in der Rezession.

Berühmt-berüchtigt wurde der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker, der 1974 ein Lohnplus von elf Prozent für den öffentlichen Dienst erkämpfte, indem er die Müllabfuhr drei Tage lang streiken

ließ. Allerdings ging es in der deutschen Privatwirtschaft sogar noch üppiger zu: Im Durchschnitt wurden dort 13 Prozent mehr Gehalt herausgeholt. Zum Teil schmälerten diese hohen Löhne die Gewinne der Unternehmen – zum Teil wurden die Kosten auf die Preise aufgeschlagen. 1974 stieg die Inflation in Deutschland auf 7,2 Prozent.

Die Bundesbank trat sofort auf die Bremse und begann mit einer „Schocktherapie“, von der auch Emminger zugab, dass sie „brutal“ war.¹⁷ Die Kreditzinsen erreichten ein bis dato unbekanntes Niveau: Wer ein Haus baute, musste für eine Hypothek plötzlich über zehn Prozent Zinsen zahlen, und wer sein Konto überzog, musste sogar 14 Prozent aufbringen.

Da Kredite unerschwinglich wurden, brach die Konjunktur ein. 1974 rutschten mehr als 8000 Firmen in die Pleite, und 1975 kam es zur schwersten Krise in der alten Bundesrepublik: Die Wirtschaft schrumpfte um 0,9 Prozent. Plötzlich waren über eine Million Menschen arbeitslos, und weitere 900 000 Angestellte mussten kurzarbeiten.

Trotzdem konzedieren selbst keynesianische Ökonomen wie Heiner Flassbeck, dass es damals keine Alternative gab und die Bundesbank die Zinsen nach oben treiben musste: „Der erste Anstieg der Arbeitslosigkeit war unvermeidbar, weil sonst die Gewerkschaften in der Welt und in Deutschland niemals begriffen hätten, dass es Zeit war, zur Vernunft zurückzukehren.“¹⁸

Die Gewerkschaften lernten sofort: Seither haben sie nie wieder Löhne durchgesetzt, die jenseits des Wachstums lagen und zur Inflation geführt hätten. Dennoch hat die Bundesbank immer wieder die Zinsen nach oben geschraubt: bei der zweiten Ölpreiskrise 1979 genauso wie nach der Wiedervereinigung 1990.

Die Ölkrise ab 1979 war für Deutschland deutlich schwieriger zu verkraften als der erste Preisschock 1973, weil diesmal nicht nur Energie teurer wurde, sondern gleichzeitig auch der Kurs des Dollars stieg, in dem alle Rohstoffe abgerechnet werden. Die Importpreise legten in Deutschland bis 1981 jährlich um zwölf bis 15 Prozent zu.

Dennoch hielt sich die Inflation in Grenzen und lag bei durchschnittlich 5,5 Prozent. „Das ist erstaunlich“, konstatiert Emminger in seinen Memoi-

¹⁴ Zit. nach ebd., S. 240f.

¹⁵ Milton Friedman, *Kapitalismus und Freiheit*, Frankfurt/M. 2002, S. 23.

¹⁶ Vgl. Herman van der Wee, *Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945–1980*, München 1984, S. 144ff. Der Jom-Kippur-Krieg 1973 war nur der Anlass, nicht die Ursache für den Ölboykott der OPEC-Staaten.

¹⁷ Emminger (Anm. 7), S. 260.

¹⁸ Heiner Flassbeck/Friederike Spieker, *Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen*, Frankfurt/M. 2007, S. 176.

ren.¹⁹ Trotzdem schaltete die Bundesbank auf rabiate Prophylaxe. Die Zinsen wurden in astronomische Höhen geschraubt, denn Emminger war der Meinung: „Inflationen muss man, ebenso wie Diktaturen, bekämpfen, bevor sie sich etabliert haben.“²⁰

Die Folgen waren desaströs: War 1979 die deutsche Wirtschaft noch um vier Prozent gewachsen, setzte bald darauf der Abschwung ein. 1983 waren schon mehr als zwei Millionen Menschen arbeitslos – und so sollte es bis zur Wende 1989 bleiben. Denn für die Unternehmen lohnte es sich nicht mehr zu investieren. Für sie war es rentabler, ihr Geld bei der Bank zu parken, wo es mindestens zwölf Prozent Zinsen gab. Nichtstun wurde prämiert: Die Betriebe mutierten zu Finanzunternehmen und kassierten hohe Zinsrenditen bei null Risiko.

Helmut Schmidt versuchte mehrfach, auf die Bundesbank einzuwirken. Genüsslich erinnerte sich Emminger, dass der Kanzler „fast bei jedem Treffen mit Nachdruck sagte: ‚Sie werden doch nicht schon wieder die Zinsen erhöhen!‘ Doch die Bundesbank blieb bei ihrem Kurs.“²¹

Schmidt war keineswegs der Einzige, der sich bei der Bundesbank beschwerte. Selbst konservative Ökonomen waren frappiert und sprachen von „Zinsterror“, „Hysterie in Frankfurt“, „Überreaktion“ und „übertriebener Schocktherapie“.²²

Doch die Bundesbank wollte allen deutlich machen, dass sie allein entscheidet. Oder wie es Emminger ausdrückte: „auf den Tisch hauen, damit die Ohren gespitzt werden“.²³ Dieses Bild sagt alles: Für den Bundesbankier waren demokratisch gewählte Kanzler nur Schuljungen, die Oberlehrer Emminger nach Belieben maßregeln darf.

TEUFEL IN GESTALT DER INFLATION

Durch die Wirtschaftskrise ab 1979 sanken die Steuereinnahmen des Staates, während gleichzeitig die Ausgaben stiegen, unter anderem für zwei Millionen Arbeitslose. Im Bundeshaushalt tauchten immer neue Löcher auf; die Koalition von SPD und FDP wurde brüchig. Am 1. Oktober 1982 war es so weit: Wie einst Ludwig Erhard wurde nun

auch Helmut Schmidt durch ein Misstrauensvotum gestürzt. Die Liberalen waren zur Union gewechselt und wählten Helmut Kohl zum Kanzler.

Öffentliche Kritik an der Bundesbank gab es kaum, denn die allgemeine Angst vor der Inflation war noch immer groß – und wurde von der Notenbank geschürt. Über die Reden des Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer (Amtszeit 1993 bis 1999) schrieb „Der Spiegel“: „Wo Tietmeyer öffentlich auftritt, redet er nicht, er predigt. Die Bühne weitet sich zum Altarraum, das Rednerpult wird zur Kanzel. Seine Vorträge folgen einer schlichten Dramaturgie: Der Teufel erscheint in Gestalt der Inflation, die Erlösung aus den Fängen des großen Geldvernichters verspricht allein eine unabhängige Notenbank. Und natürlich darf auch die mythologische Höllenfahrt nicht fehlen: das deutsche Trauma von 1923, die Erinnerung an eine Zeit, als eine Schachtel Zigaretten so viel kostete wie zuvor ganze Industriegelände.“²⁴

Doch es war nicht nur die Angst vor Inflation, die vor allem wohlhabende Deutsche zu treuen Verehrern der Bundesbank machte. Geldbesitzer profitieren, wenn die Zinsen hoch sind. Für Arbeitnehmer hingegen sind niedrige Zinsen gut, weil dies die Wirtschaft ankurbelt und Arbeitsplätze schafft.

Für diesen Konflikt gibt es keine optimale Lösung, daher ist es in England oder den USA selbstverständlich, dass er demokratisch ausgetragen und ausgehandelt wird. Die Notenbanken sollen nicht nur auf die Inflation achten, sondern auch auf Vollbeschäftigung, und sind zudem verpflichtet, sich mit ihren Regierungen und Parlamenten zu verständigen.

Die deutsche Einheit 1990 hat die Bundesbank erneut überfordert, denn für die Wiedervereinigung gab es keine ökonomisch „saubere“ Lösung. Die Ostdeutschen erwarteten zu Recht, dass sie nun ebenfalls am Reichtum der Bundesrepublik partizipieren würden. Ganz Deutschland hatte den Zweiten Weltkrieg begonnen – aber vor allem die östlichen Gebiete hatten hinterher ökonomisch gelitten. Die Ostdeutschen skandierten daher: „Kommt die Mark, bleiben wir – kommt sie nicht, geh’n wir zu ihr.“

Die Bundesregierung entschied das Unvermeidliche: Am Tag der Währungsunion, am 1. Juli 1990, wurden die ostdeutschen Löhne

¹⁹ Emminger (Anm. 7), S. 420f.

²⁰ Ebd., S. 450.

²¹ Ebd., S. 446.

²² Eine unhaltbare Strangulierung. Professor Norbert Walter zum Kurs der Bundesbank, in: Der Spiegel, 2.3.1981, S. 105.

²³ Emminger (Anm. 7), S. 451.

²⁴ Der Erzbischof aus Frankfurt, in: Der Spiegel, 2.6.1997, S. 40ff.

und Renten 1:1 auf die Westmark umgestellt; für Sparguthaben gab es die Hälfte. Dieser großzügige Umtauschkurs war nötig, weil die allermeisten Ostdeutschen sonst in Armut versunken wären.²⁵

Die Geldmenge vergrößerte sich daher schlagartig um 180 Milliarden D-Mark. Zudem wurde das frische Geld kaum gespart, sondern sogleich in Umlauf gebracht, denn die Ostdeutschen wollten sich lang gehegte Konsumträume erfüllen. Diese zusätzliche Nachfrage ließ die Inflation zeitweise auf fünf Prozent schnellen – allerdings verpuffte der Kaufrausch wieder, als das Geld ausgegeben war.

Die Bundesbank hätte also gelassen abwarten können, doch stattdessen setzte sie die Zinsen drakonisch nach oben und würgte die Wirtschaft ab. Am Ende waren die Kredite sogar noch teurer als 1974, obwohl die Inflation diesmal deutlich niedriger lag. Das erste Opfer war der Staatshaushalt: Die Bundesregierung musste jährlich etwa 150 Milliarden D-Mark in den Osten investieren, um marode Straßen und Häuser zu sanieren, um Industrieanlagen zu modernisieren, um Arbeitslose und Rentner zu versorgen. Zwangsweise stiegen also die Staatsschulden, die nun aber doppelt so teuer wurden, weil die Bundesbank die Zinsen nach oben trieb. Bissig kommentierte Altkanzler Helmut Schmidt: „Ein derartiges Gegenüber von Geldpolitik und Fiskalpolitik hat es bei uns seit 1949 noch nie gegeben.“²⁶

Zudem war erneut das Timing schlecht: Just als die Bundesbank die Zinsen nach oben setzte, begann die Weltkonjunktur zu schwächeln. Von Tokio bis Washington brach das Wachstum ein. Auch die deutschen Unternehmen hatten zu kämpfen, aber sie hatten noch eine zusätzliche Last zu tragen: Der Kurs der D-Mark stieg, weil Finanzanleger aus der ganzen Welt nach Deutschland drängten, um von den hohen Zinsen zu profitieren. Die Exporte brachen ein, denn die teure D-Mark machte die deutschen Waren im Ausland kostspieliger. US-Investmentbanken rechneten damals aus, dass der hohe D-Mark-Kurs einen ganzen Pro-

zentpunkt beim Wachstum gekostet habe, was umgerechnet 30 Milliarden Mark pro Jahr waren.

VON DER BUNDESBANK ZUR EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

Auch im Ausland wirkte die deutsche Zinspolitik verheerend: Ob britisches und irisches Pfund, französischer Franc, italienische Lira, spanische Peseta, portugiesischer Escudo, dänische oder schwedische Krone – sie alle fielen ins Bodenlose. Denn in diesen Ländern waren die Zinsen niedriger als in Deutschland. Also zogen die Spekulanten ihr Geld dort ab und schoben es nach Deutschland.

Der Extremfall war Schweden: Um die eigene Krone zu stützen, wurden Zinsen von 500 Prozent geboten. Aber auch in Italien stiegen die Zinsen auf 18 Prozent, in Frankreich und Großbritannien waren es zehn Prozent. Alle Europäer mussten ihre Kredite verteuern, obwohl sich die weltweite Rezession bemerkbar machte – nur weil die Bundesbank ihre Zinsen erhöhte. Bitter kommentierte Giacomo Vacilologo, Wirtschaftsberater des damaligen italienischen Ministerpräsidenten Giuliano Amato: „Europa muss die Zeche für die deutsche Einheit zahlen.“²⁷

Auch die Briten haben diese Episode nie vergessen. Kürzlich schrieb Ex-Botschafter Paul Lever, der lange in Berlin stationiert war: „Die Brutalität, mit der die Bundesregierung und die Bundesbank auf die flehenden Bitten des britischen Premiers John Major reagierten, war frappierend. Kanzler Kohl war nicht bereit, einzuschreiten, und der Präsident der Bundesbank, Helmut Schlesinger, weigerte sich knallhart, entweder Pfund zu kaufen oder die Zinsen um mehr als 0,25 Prozent zu senken (...). Er ließ sich sogar am Telefon verleugnen, als der britische Premier anrief.“²⁸

Dieser Macht der Bundesbank wollten sich viele Europäer nicht länger unterwerfen. Deswegen gibt es den Euro.²⁹ Doch um der Bundesbank zu entkommen, mussten sie genau diese Bundesbank zufriedenstellen. Die Europäer mussten einwilligen, dass auch die Europäische Zentralbank gänzlich unabhängig ist und wieder nur ein einziges Ziel verfolgt: eine stabile Währung.

ULRIKE HERRMANN

ist Wirtschaftskorrespondentin der „Taz. Die Tageszeitung“ und Buchautorin. Zuletzt erschien von ihr „Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung“ (2016).

²⁵ Vgl. Richard Schröder, Irrtümer über die deutsche Einheit, Freiburg/Br. 2014, S. 139ff.

²⁶ Zit. nach Hat die Rezession begonnen?, in: Der Spiegel, 19.10.1992, S. 21.

²⁷ Zit. nach ebd.

²⁸ Paul Lever, Berlin Rules. Europe and the German Way, London 2017, S. 149f.

²⁹ Siehe hierzu auch den Beitrag von Sebastian Teupe in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

ESSAY

DEUTSCHE BUNDESBANK ALS MODELL

Ralph Michael Wrobel

Die Unabhängigkeit einer Zentralbank gilt gewöhnlich als Grundlage für eine erfolgreiche stabilitätsorientierte Geldpolitik. Die Deutsche Bundesbank ist das beste Beispiel dafür. Insbesondere die junge Europäische Zentralbank (EZB) erhielt ihre Unabhängigkeit nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank. Vorteil einer unabhängigen Zentralbank ist, dass sie ihre geldpolitischen Entscheidungen frei von Beschränkungen und Einmischungen sowie ohne den Einfluss von Regierungen, des Parlaments oder anderen Institutionen oder Interessengruppen treffen kann.⁰¹ Sie unterliegt somit keinem Einfluss durch Politiker eines Landes, sondern ist nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet.

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 hat sich jedoch eine Diskussion in Politik und Wissenschaft entwickelt, in der die Unabhängigkeit der Zentralbanken zunehmend infrage gestellt wurde.⁰² Im Folgenden soll untersucht werden, was die Vorteile einer unabhängigen Zentralbank sind, wie dieses Konzept im Fall der Deutschen Bundesbank umgesetzt wurde und welche Erfolge diese damit erzielte. Dazu gehören eine relativ geringe Inflationsrate in Deutschland und die Modellwirkung der Deutschen Bundesbank für andere Zentralbanken. Abschließend wird diskutiert, welche Kritikpunkte an der Unabhängigkeit einer Zentralbank angebracht werden können.

KONZEPT DER UNABHÄNGIGKEIT

Im Gegensatz zu Zeiten vollwertiger Münzen oder des Goldstandards kann „Geld“ heute in jeder beliebigen Höhe als Giralgeld geschaffen werden. Deshalb ist gerade im 20. Jahrhundert das Thema Inflation infolge unverhältnismäßiger Ausweitung der Geldmenge besonders wich-

tig geworden. Deutschland hatte zweimal die fast vollständige Entwertung seines Geldes – ausgelöst durch maßlose Geldschöpfung zur Finanzierung eines Krieges – zu erleiden.⁰³ Jedoch auch in Friedenszeiten haben Regierungen ein andauerndes Interesse daran, die Geldpolitik zur leichten Umsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele zu nutzen. Die Unabhängigkeit der Zentralbank soll dies erschweren.

Grundlegender Gedanke des Konzeptes der unabhängigen Zentralbank ist, dass sich alle beteiligten politisch-ökonomischen Akteure vorab auf eine langfristig orientierte Stabilitätspolitik einigen. Dadurch erhöhen sich sowohl die Glaubwürdigkeit der Zentralbank als auch das Vertrauen in ihre Geldpolitik, denn den Politikern wird damit das entscheidende Instrument zur Verfolgung von eigenen politischen Zielen aus der Hand genommen. Dazu gehören etwa die Inflationspolitik zur Beschäftigungsstabilisierung oder das „Weginflationieren“ von Staatsschulden. Durch die Existenz einer unabhängigen Zentralbank wird das Ziel der Preisniveaustabilität hingegen dauerhaft gefördert, denn im Gegensatz zu Politikern, die von ihrer Wiederwahl abhängig sind, ist für Zentralbanker vor allem steigendes Ansehen bei einer erfolgreichen Geldpolitik von Bedeutung.⁰⁴

Bereits in den 1990er Jahren ist diese These empirisch untersucht worden. Zum Beispiel haben die Wirtschaftswissenschaftler Alberto Alesina und Lawrence Summers 1993 dargestellt, dass Staaten mit autonomen Zentralbanken eine geringere durchschnittliche Inflationsrate aufweisen, ohne dafür mit einem schwächeren oder volatileren Wachstum zu bezahlen.⁰⁵ Solche empirischen Messungen wurden selbstverständlich wegen ihrer statistischen Ungenauigkeit kritisiert.⁰⁶ Dennoch ist auffällig, dass in der Vergangenheit solche Gesellschaften, die der Geldwertstabilität einen höheren Wert beimessen, die Geldpoli-

tik in die Hände einer unabhängigen Zentralbank übergeben haben. Neuere Studien bestätigen zudem die Thesen der empirischen Forschung aus den 1990er Jahren bei einer deutlichen Weiterentwicklung der statistischen Methoden.⁰⁷ Entscheidend für die Zentralbank ist nach diesen neuen Untersuchungen, dass sie nicht nur de jure, sondern auch de facto unabhängig ist.⁰⁸

Die Bundesbank selbst unterscheidet vier Ebenen der Unabhängigkeit einer Zentralbank: institutionelle, funktionale, finanzielle und personelle Unabhängigkeit.⁰⁹ Die institutionelle Unabhängigkeit ist vor allem durch ein umfassendes Verbot für nationale oder supranationale Institutionen wie Regierungen und Parlamente, der Zentralbank Weisungen zu erteilen, gekennzeichnet. Funktional unabhängig ist eine Zentralbank, wenn gewährleistet ist, dass sie selbst über die Maßnahmen zur Umsetzung ihrer Ziele entscheidet. Als finanziell unabhängig gilt sie, wenn sie frei über ihre finanziellen Mittel verfügen und in keiner Weise gezwungen werden kann, das Staatsdefizit der Regierung zu finanzieren. Dies wird insbesondere durch ein Verbot der Staatsausgabenfinanzierung gewährleistet. Personelle

Unabhängigkeit betrifft alle Regelungen, die sich auf Personen in der Zentralbank beziehen, die an den geldpolitischen Entscheidungen beteiligt sind. Dazu gehören alle Bedingungen zur Berufung oder Ernennung und Entlassung der Zentralbanker sowie die Festlegung ihrer Amtszeiten. Trotz eines weitgehenden Konsenses in der Wissenschaft – zumindest vor der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 – ist die praktische Ausgestaltung der Unabhängigkeit von Zentralbanken bis heute weltweit allerdings sehr unterschiedlich.

VON DER BANK DEUTSCHER LÄNDER ZUR BUNDESBANK

Die Stabilitätsorientierung der Deutschen Bundesbank geht bereits auf die Geldpolitik der Reichsbank im ausgehenden 19. Jahrhundert zurück. Die Regelungen zur Unabhängigkeit der deutschen Zentralbank ist hingegen ein Produkt der Zwischenkriegszeit.¹⁰ Als dann 1948 mit der Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands die D-Mark als neue Währung eingeführt wurde, entstand die Bank deutscher Länder (BdL), die auf amerikanischen Wunsch hin föderativ strukturiert war. Nach Artikel 1 des Gesetzes zur Errichtung der Bank deutscher Länder vom 1. März 1948 war die Bank „nicht den Anweisungen irgendwelcher politischen Körperschaften oder öffentlichen Stellen außer Gerichtsbehörden unterworfen“.¹¹ Sie unterstand aber bis zum Überleitungsgesetz vom 10. August 1951 dem Weisungsrecht der Alliierten Militärbehörden. Auf Drängen des Zentralbankrates verzichtete der deutsche Gesetzgeber 1951 darauf, dieses Weisungsrecht durch ein ebensolches der Bundesregierung zu ersetzen.¹² Die BdL wurde somit nach dem Vorbild des Federal Reserve System der USA, dezentral und von Weisungsbefugnissen der Politik unabhängig, gestaltet.¹³

Mit dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank wurde 1957 nach einem achtjährigen Diskussionsprozess der zweistufige Aufbau des

01 Vgl. etwa Finn E. Kydland/Edward C. Prescott, Rules Rather than Discretion: The Inconsistency of Optimal Plans, in: *Journal of Political Economy* 3/1977, S. 473–490.

02 Vgl. Ed Balls/James Howat/Anna Stansbury, Central Bank Independence Revisited: After the Financial Crisis, What Should a Model Central Bank Look Like?, Mossavar-Rahmani Center for Business and Government, M-RCBG Associate Working Paper Series 67/2016.

03 Vgl. Christoph Buchheim, Die Unabhängigkeit der Bundesbank, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 1/2001, S. 1–30.

04 Vgl. Ralph Wrobel, Geldpolitik und Finanzmarktkrise: Das Konzept der „unabhängigen Zentralbank“ auf dem ordnungspolitischen Prüfstand, in: Bernhard Seliger/Juri Sepp/Ralph Wrobel (Hrsg.), *Die Soziale Marktwirtschaft als Vorbild in internationalen Krisen*, Frankfurt/M. 2012, S. 27–44, hier S. 32 f.

05 Vgl. Alberto Alesina/Lawrence H. Summers, Central Bank Independence and Macroeconomic Performance: Some Comparative Evidence, in: *Journal of Money, Credit and Banking* 2/1993, S. 151–162.

06 Vgl. Thomas Cargill, A Critical Assessment of Measures of Central Bank Independence, in: *Economic Inquiry* 1/2013, S. 260–272.

07 Vgl. Alberto Posso/George Tawadros, Does Greater Central Bank Independence Really Lead to Lower Inflation? Evidence from Panel Data, in: *Economic Modelling* 4/2013, S. 244–247.

08 Vgl. Stefan Schäfer, Sollten Zentralbanken unabhängig sein? Neue Diskussionen über ein altes Dogma, in: *Wirtschaftsdienst* 1/2014, S. 69–75.

09 Vgl. Deutsche Bundesbank, o.D., www.bundesbank.de/Navigation/DE/Service/Glossar/_functions/glossar.html?lv2=32056&lv3=61734.

10 Vgl. Deutsche Bundesbank, *Die Deutsche Bundesbank: Notenbank für Deutschland*, Frankfurt/M. 2016, S. 16–28.

11 Gesetz Nr. 60/Verordnung Nr. 129 der Militärregierung Deutschland über die Errichtung der Bank deutscher Länder, 1. März 1948, www.verfassungen.ch/de/de45-49/bizone-gesetz48-1.htm.

12 Vgl. Deutsche Bundesbank (Anm. 10), S. 30 f.

13 Vgl. Max Bank, *Stunde der Neoliberalen? Politikberatung und Wirtschaftspolitik in der Ära Adenauer*, Köln 2013, S. 180.

Zentralbanksystems der BdL beseitigt und die Zuständigkeit für die Geldpolitik der neu gegründeten Deutschen Bundesbank übertragen. Ihre Unabhängigkeit erlangte die neue deutsche Zentralbank dabei gegen den Widerstand des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer und anderer deutscher Politiker.¹⁴ Eine Unabhängigkeit von der Regierung hielt Adenauer für falsch. Die Bundesbank solle kein „Staat im Staate“ werden.¹⁵ Ludwig Erhard, damals Wirtschaftsminister, unterstützte die Idee der Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank zusammen mit der Leitung der BdL hingegen im weiteren Verlauf immer deutlicher.¹⁶ Da das Bundeswirtschaftsministerium in der zweiten Legislaturperiode für das Geld- und Kreditwesen zuständig war, kam 1955 bereits eine erste Gesetzesvorlage zur Abstimmung, die keinerlei Beschränkungen der Unabhängigkeit der Bundesbank mehr vorsah.¹⁷

Als vornehmliches Ziel ist der Bundesbank nach dem Gesetz von 1957 die Geldwertstabilität vorgegeben. Während es im Originaltext des Bundesbankgesetzes von 1957 jedoch noch in Paragraph 3 heißt, die Bundesbank habe das „Ziel, die Währung zu sichern“, ist seit 1997 die Rede vom Ziel, „die Preisstabilität zu gewährleisten“. Die Bundesbank ist von Beginn an gesetzlich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unabhängig, das heißt nicht an Weisungen des Staates, des Parlaments oder einer anderen Stelle gebunden.¹⁸ Im Fall der Deutschen Bundesbank liegt also ein hoher Grad an institutioneller wie auch funktionaler Unabhängigkeit vor. Durch einen von der Bundesrepublik Deutschland klar getrennten Haushalt ist die Deutsche Bundesbank zudem finanziell unabhängig von der Bundesregierung. Außerdem verfügt sie durch die langen Amtszeiten der Führung auch über einen hohen Grad personeller Unabhängigkeit. Diese Unabhängigkeit wurde in den 1990er Jahren sogar noch präzisiert, sodass die Deutsche Bundesbank bis heute als das Modell einer unabhängigen Zentralbank schlechthin fungiert.

14 Vgl. Deutsche Bundesbank (Anm. 10), S. 31 f.

15 Vgl. Buchheim (Anm. 3), S. 18.

16 Vgl. Bank (Anm. 13), S. 228 ff.

17 Vgl. Buchheim (Anm. 3), S. 28.

18 Vgl. Gesetz über die Deutsche Bundesbank, in: Bundesgesetzblatt vom 30. Juli 1957 (Nr. 33), S. 754–765; Gesetz über die Deutsche Bundesbank in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1782), das zuletzt durch Artikel 23 des Gesetzes vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981) geändert worden ist.

INFLATIONSBEKÄMPFUNG

Insbesondere während der 1970er Jahre geriet die Deutsche Bundesbank häufig in Konflikt mit der Bundesregierung, die gemäß dem keynesianischen Ansatz über niedrige Zinsen Konjunktur und Beschäftigung anregen wollte. Symptomatisch dafür ist der Spruch von Bundeskanzler Helmut Schmidt von 1972: „Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit.“¹⁹ Die Bundesbank konstatierte hingegen, Geldwertstabilität sei das Beste für Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Beschäftigungsentwicklung.²⁰

Verglichen mit anderen Industrieländern wies die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit der D-Mark deshalb im Durchschnitt eine sehr geringe Inflationsrate auf. Zwischen 1948 und 1998 lag der Kaufkraftverlust der D-Mark mit durchschnittlich 2,8 Prozent pro Jahr deutlich unter dem in den meisten anderen Industrieländern.²¹ So gelang es der Deutschen Bundesbank insbesondere in der Phase der „Stagflation“ zwischen 1973 und 1979, die auf die erste Ölkrise folgte,²² die Inflation in Deutschland vergleichsweise gering zu halten. Ein Grund dafür kann in der Konzentration der Bundesbank auf die Geldmengensteuerung gesehen werden. Hingegen kam es in den USA, Großbritannien oder Frankreich teilweise sogar zu zweistelligen Inflationsraten. Die Inflation wurde insbesondere durch eine Überproduktion von Zentralbankgeld verursacht.²³ Seit Mitte der 1980er Jahre sind die Inflationsraten in den meisten Industrienationen wieder stark zurückgegangen. Dieser Trend, der auch unter dem Begriff *great moderation* bekannt ist, kann unter anderem auch auf die zunehmende Unabhängigkeit von Zentralbanken zurückgeführt werden.²⁴

19 Wolfgang Kaden, Altkanzler Helmut Schmidt: Unser Weltökonom, 11.11.2015, www.spiegel.de/wirtschaft/a-1062143.html.

20 Vgl. Deutsche Bundesbank (Anm. 10), S. 32.

21 Vgl. ebd.

22 Als Stagflation bezeichnet man das gleichzeitige Auftreten von geringen Wachstumsraten (Stagnation) und Inflation.

23 Vgl. Hermann Francke, Wirkungen ungleichgewichtiger Zentralbankgeldproduktion auf die globalen Finanzmärkte als Ursachen der Immobilien- und Finanzkrise: Marktversagen und/oder Politikversagen?, in: Risikomanagement und kapitalmarktorientierte Finanzierung, Frankfurt/M. 2009, S. 55–66, hier S. 59 f.

24 Vgl. dazu z. B. Peter M. Summers, What Caused The Great Moderation? Some Cross-Country Evidence, in: Federal Reserve Bank of Kansas City Economic Review 3/2005, S. 5–32.

VORBILD DEUTSCHE BUNDESBANK?

Dank dieser Erfolge in der Bekämpfung von Inflation gilt die Deutsche Bundesbank seit 1957 als das Modell einer unabhängigen Zentralbank schlechthin. In verschiedenen empirischen Untersuchungen wurde ihr häufig der höchste Grad an Unabhängigkeit zuerkannt.²⁵ In den späten 1970er und in den 1980er Jahren kam es in der Geldpolitik zudem zu einem Paradigmenwechsel. Nachdem lange Zeit der nachfrageorientierte Ansatz gemäß John Maynard Keynes in der Makropolitik vorgeherrscht hatte, erlebte jetzt der auf liberale Strömungen zurückgehende Monetarismus seinen Durchbruch. Weltweit wurden Politiker nicht mehr als Problemlöser, sondern als Verursacher wirtschaftspolitischer Probleme gesehen.²⁶

Insbesondere in den 1990er Jahren wurden dann weltweit neue Zentralbankgesetze erlassen, in denen der jeweiligen Zentralbank ein höherer Grad an Unabhängigkeit zugesprochen wurde. Ein Beispiel dafür ist die Bank of England, die kurz nach der Regierungsübernahme der Labour Party 1997 ihre Unabhängigkeit erhielt.²⁷ Andere Länder folgten diesem Beispiel, etwa Südkorea und Japan 1998, sodass heute ein Großteil der Zentralbanken in den Industrienationen als unabhängig gilt.

Um den Euro zu einer möglichst stabilen Währung zu machen, wurde auch die EZB 1998 nach dem Modell der Deutschen Bundesbank gestaltet. Ihre formelle Unabhängigkeit ist sogar noch stärker abgesichert als die der Deutschen Bundesbank.²⁸ Die EZB ist gemäß Artikel 127 des Vertrages über die Europäische Union an das Ziel gebunden, „die Preisstabilität zu gewährleisten“. Parallel hat sie eine Pflicht zur Unterstützung der „allgemeinen Wirtschaftspolitik in der Union“. Zudem heißt es in Artikel 130, dass „weder

die Europäische Zentralbank noch eine nationale Zentralbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane Weisungen von Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union, Regierungen der Mitgliedsstaaten oder anderen stellen einholen oder entgegennehmen“ darf.²⁹ Die Mitglieder des Direktoriums der EZB werden einstimmig von den Staats- und Regierungschefs der Euroländer bestimmt. Ihre Ernennung erfolgt – wie im Fall der Deutschen Bundesbank – auf acht Jahre und kann nicht verlängert werden. Die EZB gilt deshalb nicht umsonst als eine der unabhängigen Zentralbanken der Welt.

KRITIK AN DER UNABHÄNGIGKEIT

Bislang hat sich das Konzept der Unabhängigkeit der Zentralbank weltweit als erfolgreich erwiesen. Allgemeiner Konsens war bis vor wenigen Jahren, dass eine ideale Zentralbank unabhängig sein muss und sich nur am Ziel der Geldwertstabilität orientieren soll. Seit der Finanz- und Verschuldungskrise ab 2007 votieren verschiedene Autoren jedoch wieder für eine Abschaffung der Unabhängigkeit der Zentralbanken. Sie argumentieren, dass das Prinzip gleichmäßiger Interessenvertretung in einer Demokratie durch die Unabhängigkeit der Zentralbank verletzt wird. Deshalb sollten sich die Zentralbanken einer demokratischen Kontrolle unterwerfen. Erst dann bestünde eine Verflechtung von Zentralbank- und Finanzpolitik, die eine effektive Wirtschaftspolitik ermöglichen würde.³⁰ Dieses Argument gilt aber nur dann, wenn die Zentralbank mehrere mögliche Ziele hat. Dann hat sie nämlich Entscheidungen zu fällen, die eigentlich der Legislative in einer Demokratie zustehen. Besteht eine solche Wahlmöglichkeit jedoch nicht, da die Zentralbank nur auf ein konkretes Ziel verpflichtet ist, gibt es keinen Konflikt mit dem Demokratieprinzip.³¹

Der Gedanke einer Regelbindung der Zentralbank setzte sich hingegen bereits mit dem Aufkommen des Monetarismus durch. Dessen Begründer, Milton Friedman, hatte 1962 in einem

25 Vgl. etwa Alex Cukierman/Steven B. Webb/Bilin Neyapti, *Measuring the Independence of Central Banks and Its Effect on Policy Outcomes*, in: *The World Bank Economic Review* 3/1992, S. 353–398.

26 Vgl. dazu z. B. Sebastian Heidebrecht, *Central Bank Independence: Economic Common Sense and Economic Device*, in: *Economic Sociology: The European Economic Newsletter* 2/2018, S. 25–31.

27 Vgl. Gerald Hosp, *Ist die Ära unabhängiger Zentralbanken zu Ende?*, 1. 10. 2017, www.nzz.ch/ld.1318867.

28 Vgl. Buchheim (Anm. 3), S. 2.

29 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (konsolidierte Fassung), in: *Amtsblatt der Europäischen Union* vom 7. Juni 2016 (2016/C 202/01), S. 47–200, Art. 127.

30 Vgl. Gerald Epstein, *Financialization and Federal Reserve Policy in the Crisis: Central Bank Accountability for Financial Stability and Economic Reconstruction*, in: *Kurswechsel* 2/2009, S. 68–79.

31 Vgl. Schäfer (Anm. 8), S. 71.

weit beachteten Aufsatz die Unabhängigkeit von Zentralbanken diskutiert, ihr jedoch eine Regelbindung der Geldpolitik („Geldmengenmodell“) vorgezogen. Durch eine vorher festgelegte jährliche Wachstumsrate der Geldmenge würde ein Missbrauch der Geldpolitik durch den Staat beziehungsweise die Politiker und die Zentralbank verhindert.³² Wie Friedman an anderer Stelle deutlich macht, kann der „Faktor Mensch“ im Falle einer unabhängigen Zentralbank durchaus zu einem Problem werden. Dies manifestiert sich in seiner Aussage: „To paraphrase Clemenceau, money is much too serious a matter to be left to the Central Bankers.“³³ Allerdings kann die Zentralbank dann auch auf keine äußeren Erschütterungen wie zum Beispiel Ölpreisschocks reagieren.

Wie das Verhalten der EZB in der Finanz- und Schuldenkrise gezeigt hat, ist auch die Stabilitätskultur in einem Land beziehungsweise einem Währungsgebiet von besonderer Bedeutung für die Geldpolitik einer unabhängigen Zentralbank. So ist gerade in der Europäischen Union eine Vielzahl unterschiedlichster Stabilitätskulturen zu finden. Dass sich diese zumindest zum Teil von der dogmatisch strengen deutschen Stabilitätskultur unterscheiden, ist unbestreitbar. Formelle Unabhängigkeit der Zentralbank ist daher kein Garant für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik, gerade dann, wenn die Zentralbank neben der Geldwertstabilität auch auf eine Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik verpflichtet ist.³⁴ Wie der amerikanische Ökonom John Taylor meint, ist daher vielleicht nicht die Unabhängigkeit einer Zentralbank verantwortlich für deren Erfolg, sondern der Politikstil der Zentralbanker, der entweder diskretionär (nach eigenem Ermessen) oder regelorientiert sein kann.³⁵

FAZIT

Die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank geht zwar auf ein Oktroi der alliierten Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, hat

sich aber zu einem Markenzeichen deutscher Stabilitätspolitik entwickelt. So konnte die Deutsche Bundesbank die Inflationsraten in Deutschland während der Stagflation in den 1970er Jahren deutlich geringer halten als die Zentralbanken anderer Industrienationen. Im Verlauf der *great moderation* am Ende des 20. Jahrhunderts wurde die Deutsche Bundesbank daher immer mehr zum Vorbild für andere Zentralbanken. Trotz zahlreicher Rückschläge hat sich das Konzept der Unabhängigkeit der Zentralbank für die meisten Industrienationen bislang so weit bewährt, dass es nicht aufgegeben werden sollte.

Allerdings ist über institutionelle Änderungen bei allen unabhängigen Zentralbanken nachzudenken. Aus ordnungspolitischer Sicht scheint eine stärkere Regelbindung heute wünschenswert, denn je mehr sich eine Zentralbank an eine Regel bindet, desto besser ist die Vorhersagbarkeit ihrer geldpolitischen Interventionen. Insbesondere in der Eurozone mit ihren sehr heterogenen Stabilitätsvorstellungen wäre eine stärkere Regelbindung der EZB notwendig, um neben der formellen Unabhängigkeit auch eine De-facto-Unabhängigkeit zu erreichen. Andererseits wird es kaum möglich sein, völlig auf den „Faktor Mensch“ zu verzichten und die Geldpolitik komplett aus dem Handlungsbereich der verantwortlichen Personen in den Zentralbanken herauszulösen. Eine Regelbindung erfordert immer ein gewisses Maß an Flexibilität und menschlicher Intuition sowie Ermessensspielräume. Um den Erfolg der Geldpolitik zu gewährleisten, ist die Unabhängigkeit der Zentralbank daher auch weiterhin notwendig.

RALPH MICHAEL WROBEL

ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Westsächsischen Hochschule in Zwickau. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Soziale Marktwirtschaft, Wirtschaftssysteme in Ostasien sowie Wirtschaftsgeschichte.
ralph.wrobel@fh-zwickau.de

³² Vgl. Milton Friedman, *Should There Be an Independent Monetary Authority?* in: Leland B. Yeager (Hrsg.), *In Search of a Monetary Constitution*, Cambridge MA 1962, S. 219–243.

³³ Ders., *Capitalism and Freedom*, Chicago 1962, S. 58.

³⁴ Vgl. Wrobel (Anm. 4), S. 35.

³⁵ Vgl. John Taylor, *The Effectiveness of Central Bank Independence Versus Policy Rules*, Hoover Institution, Economics Working Paper 131/2013, S. 17 f.

WERDEN UND VERGEHEN DER DDR-MARK

André Steiner

Die DDR-Mark hatte ihre Ursprünge in der deutschen Teilung, die in den beiden Währungsreformen im Sommer 1948 ihren deutlichen Ausdruck fand. Zugleich sollte sie als Instrument der als Alternative zur Marktwirtschaft verstandenen Planwirtschaft dienen und war mit deren Schicksal eng verknüpft. Im Folgenden wird auf den Entstehungszusammenhang der ostdeutschen Währung und ihre Entwicklung bis zum Untergang der DDR eingegangen.

WÄHRUNGSREFORM IN DER SBZ

Bei Kriegsende im Frühjahr 1945 war durch die Kriegsfinanzierung des „Dritten Reiches“ die Geldmenge gegenüber 1939 auf das Siebenfache gestiegen; dieser Anstieg entsprach nicht im Ansatz dem realen Sozialprodukt, das drastisch geschrumpft war.⁰¹ Um einen Run der Anleger auf die in den Banken verbliebenen Kassenbestände zu verhindern, die Geldmittel einzufrieren und die Inflation einzudämmen, die mit dem aus der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft übernommenen Preisstopp allein nicht zu bannen war, befahlen noch in den letzten Kriegstagen die einrückenden sowjetischen Kommandanten in Berlin und anderenorts in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), alle Bankgeschäfte einzustellen und die bestehenden Konten zu sperren. Zudem verhängte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) Ende Juli 1945 ein Auszahlungsverbot. Zugleich wurden bis auf wenige Ausnahmen alle Banken in der SBZ geschlossen und angeordnet, in den Ländern und Provinzen je eine Landes- oder Provinzialbank zu errichten.

Mit ihnen entstanden Universalbanken, die an Gewerbe und Handel Kredite vergeben und deren Einlagen aufnehmen sowie den Zahlungs- und Verrechnungsverkehr abwickeln sollten. Sie durften aber keine Banknoten emittieren, was aufgrund des aufgeblähten Geldumlaufs auch nicht notwendig erschien. Mit diesen Maßnahmen reagierte die

sowjetische Besatzungsmacht zuerst auf dringende finanzpolitische Erfordernisse. Außerdem war entscheidend, dass die Rote Armee beim Einmarsch alle greifbaren Kassenbestände beschlagnahmt hatte, was einen radikalen Neuanfang der Geldinstitute erforderlich machte. Ein Sozialisierungsimpetus stand zu diesem Zeitpunkt eher noch nicht dahinter, wenngleich die Folgen in diese Richtung gingen.⁰² Schließlich wurde im Herbst 1946 das Vermögen der geschlossenen privaten Banken an die neu gegründeten Landes- und Provinzialbanken übertragen.⁰³

Im Februar 1947 verfügte die SMAD, in den fünf Ländern der SBZ Emissions- und Girobanken zu gründen. Sie sollten den Geldumlauf regeln und den Zahlungsverkehr in den Ländern organisieren. Die Landes- und Provinzialbanken wurden in Landes- und Provinzialkreditbanken umgewandelt und übernahmen die Aufgaben bei der Finanzierung der Wirtschaft. Darüber hinaus hatten die Emissions- und Girobanken die Banken und Sparkassen der betreffenden Länder zu refinanzieren. Damit übernahmen erstere auch Zentralbankfunktionen in den Ländern. Aufgrund des bestehenden hohen Geldüberhangs hatten die neuen Institute jedoch kaum Einfluss auf den Geldumlauf, und ihre Bedeutung blieb zunächst gering. Diese quasi Landeszentralbanken erschienen daher dem bestehenden System „künstlich aufgepfropft“ und konnten die ihnen zur Verfügung gestellten geld- und kreditpolitischen Instrumente erst nach einer Währungsreform erfolgreich einsetzen. Es ist vermutet worden, dass die Sowjets damit ihrem Interesse an einer Währungsreform und der Schaffung einer deutschen Zentralbank Ausdruck geben wollten, nachdem in der US-amerikanischen und französischen Zone bereits Landeszentralbanken gegründet worden waren.⁰⁴

Nachdem wenige Monate später im Juni 1947 die SMAD der Bildung einer auf die gesamte SBZ bezogenen Wirtschaftsinstanz, der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), zugestimmt hatte, waren auch im Finanzsektor ähnliche Entwick-

lungen zu beobachten: Schon im Herbst 1945 hatte die Deutsche Zentralfinanzverwaltung (DZfV) mit der SMAD über die Bildung einer zentralen Bank als Refinanzierungsquelle für die anderen Kreditinstitute verhandelt.⁰⁵ Dergleichen lehnte die SMAD jedoch bis 1947 mit Verweis auf notwendige gesamtdeutsche Regelungen ab. Erst im Dezember 1947 – als sich die separate westliche Währungsreform abzeichnete – bestätigte der Ministerrat der UdSSR eine Verordnung, nach der in der SBZ eine Emissionsbank zu bilden sei. Daraufhin beauftragte die SMAD die DZfV, einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten.⁰⁶ Im Februar 1948 berieten führende Offiziere der Finanzverwaltung der SMAD mit der DZfV – anwesend waren auch die Präsidenten der Emissions- und Girobanken der ostdeutschen Länder – über die Gründung einer zonalen Bank.⁰⁷

Zu diesem Zeitpunkt deutete sich hinter den Kulissen schon an, dass es keine einheitliche Währungsreform für Gesamtdeutschland geben würde. Für die Währungsreformen waren aber Zentralbanken mit Emissionsrecht erforderlich. Zudem war vermutlich bekannt, dass in den Westzonen die Gründung der Bank deutscher Länder vorbereitet wurde, weshalb man in der Ostzone ein ähnliches Ziel verfolgte.⁰⁸

01 Vgl. Frank Zschaler, Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2/1997, S. 191–224, hier S. 193 f.

02 Vgl. André Steiner, Die Errichtung der deutschen Emissions- und Girobank in der Sowjetischen Besatzungszone 1948, in: Dieter Lindenlaub/Carsten Burhop/Joachim Scholtyseck (Hrsg.), Schlüsselereignisse der deutschen Bankengeschichte, Stuttgart 2013, S. 320–333, hier 321.

03 Vgl. Ralf Ahrens, Transformation als Diktaturdurchsetzung. Die Sächsische Landesbank und die Reorganisation des Bankwesens in der SBZ, in: Geld und Kapital. Jahrbuch der Gesellschaft für mitteleuropäische Banken- und Sparkassengeschichte 2005/06, S. 121–144, hier S. 130–135.

04 Vgl. Josef Deckers, Die Transformation des Bankwesens in der SBZ/DDR von 1945–1952, Berlin (West) 1974, S. 71 ff.

05 Vgl. Ahrens (Anm. 3), S. 140.

06 Vgl. Jochen Laufer, Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage 1944–1948, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3/1998, S. 455–485, hier S. 476 f.

07 Vgl. Frank Zschaler, Von der Emissions- und Girobank zur Deutschen Notenbank, in: Bankhistorisches Archiv 1992, S. 59–68, hier S. 59 ff.

08 Vgl. Zschaler (Anm. 1), S. 204 f.; Laufer (Anm. 6), S. 479 f.; Christoph Buchheim, Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark, München 1998, S. 91–138, hier S. 111 f., 127 f.

Auf der Grundlage des Entwurfs der DZfV ordnete der Oberste Chef der SMAD am 21. Mai 1948 an, die Deutsche Emissions- und Girobank zu gründen, um die Tätigkeit der Emissions- und Girobanken der Länder zu koordinieren sowie den Geldumlauf und den Kredit- und Zahlungsverkehr zu regeln. Allerdings hatte diese Bank nur eingeschränkt die Funktionen einer Zentralbank: Anders als ihr Name vermuten lässt, erhielt sie nicht das Recht, Banknoten zu emittieren.⁰⁹ Vermutlich wollte die sowjetische Seite (noch) nicht enthüllen, wie weit ihre Vorbereitungen für die Währungsreform gediehen waren. Zunächst hatten sowohl die Westalliierten als auch die Sowjetunion angestrebt, die währungspolitische Einheit Deutschlands beizubehalten, aber beide Seiten verfolgten eine Doppelstrategie, mit der „auf Basis der eigenen Vorstellungen auch die Kompromissfähigkeit der jeweils anderen auszuloten“ war und wollten „im Fall des Scheiterns der Viermächteverhandlungen die Schuld für die mit separaten Währungsreformen einhergehende endgültige Spaltung Deutschlands von sich selbst abwälzen“, so der Wirtschaftshistoriker Christoph Buchheim.¹⁰

Anscheinend hatten sich beide Seiten bereits Anfang 1948 auf separate Währungsreformen festgelegt. Als schließlich die Westalliierten am 18. Juni 1948 für den 20. Juni die Währungsreform in den Westzonen ankündigten, verboten die Sowjets, das neue Westgeld in der SBZ zirkulieren zu lassen. Zugleich mussten im Osten rasch ähnliche, längst vorbereitete Maßnahmen ergriffen werden, da ansonsten die im Westen wertlosen Reichsmarknoten nach Ostdeutschland fließen würden.

Wegen fehlender neuer Banknoten wurde der Währungsschnitt in der SBZ in zwei Stufen durchgeführt. Zunächst beklebte man die alten Reichsmarkbanknoten mit vorbereiteten Spezialkupons. Diese lösten sich aber infolge des schlechten Leims oft von den Banknoten, weshalb die „Kuponmark“ im Volksmund „Tapeetenmark“ hieß. Ab dem 24. Juni erhielten die Einwohner der SBZ und Berlins (einschließlich der Westsektoren) 70 „Kuponmark“ zum Kurs von 1:1 gegen die alte Währung. Weiteres Bargeld sollte auf Konten eingezahlt und 10:1 umgetauscht werden, aber erst später verfügbar sein.

09 Steiner (Anm. 2), S. 323.

10 Buchheim (Anm. 8), S. 127; Laufer (Anm. 6), S. 479 f.

Preise, Löhne, Gehälter, Pensionen, Renten und Stipendien sowie Steuern wurden 1:1 umgestellt. Zwischen dem 25. und 28. Juli erfolgte dann ein zweiter Bargeldumtausch, bei dem die Kuponmark 1:1 von der „Deutschen Mark der Deutschen Notenbank“ ersetzt wurde. Diese war nun das ausschließliche gesetzliche Zahlungsmittel in der SBZ, der späteren DDR. Zugleich wurde die Deutsche Emissions- und Girobank in Deutsche Notenbank (DNB) umbenannt und ihr das ausschließliche Emissionsrecht verliehen.¹¹

Allerdings blieb die Währungsreform im Osten – vor allem aufgrund politisch motivierter Ausnahmeregelungen – unzureichend und hinter den Ergebnissen im Westen zurück. Beim Bargeldumtausch wurde lediglich in einem Verhältnis von 6,8:1 abgewertet; die umlaufende Menge an Bargeld je Kopf der Bevölkerung war danach in der SBZ anderthalbmal so hoch wie in den Westzonen. Ungenügend blieb auch die Umbewertung der Einlagen bei den Kreditinstituten. Von den im Mai 1945 durch die Sowjets mit der Kontensperre blockierten Guthaben wurde im Rahmen der Währungsreform nur ein unbedeutender Teil umgewertet, da bei diesen „Uralkonten“ der „rechtmäßige Erwerb“ nachzuweisen war. Die seit dem 8. Mai 1945 entstandenen Spareinlagen stellte man nach differenzierten Sätzen um, um Kleinsparer zu begünstigen: Bis 100 Reichsmark waren sie 1:1, bis 1000 Reichsmark 2:1, bis 5000 Reichsmark 5:1 und ab 5000 Reichsmark 10:1 umzutauschen. Alle anderen Einlagen, also Nicht-Spareinlagen, sollten im Prinzip 10:1 abgewertet werden. Die laufenden öffentlichen Haushalte und das Eigenkapital der Banken wurden jedoch gesondert 1:1 umbewertet. Konten von NS-Aktivistinnen und Kriegsverbrechern annullierte man. Die innere Reichsschuld, also die Forderungen der privaten Haushalte und Unternehmen an das Reich, wurde gestrichen.

Gravierend waren die Ausnahmeregelungen: Staatliche Betriebe, politische Parteien und Verbände sowie Gewerkschaften (auch sowjetische Institutionen) konnten ihre Einlagen 1:1 umstellen. Derweil hatten private Unternehmer all ihre Einlagen 10:1 abzuwerten. Damit sollten den staatlichen Betrieben bessere Startchancen gewährt werden. Im Resultat lagen auch die Pro-Kopf-Einlagen im Bankensystem nach der Währungsreform in der SBZ höher als im Westen. Die ge-

samte Geldmenge je Kopf der Bevölkerung war im Osten schließlich doppelt so groß wie die der Westzonen.¹²

Die westliche Währungsreform hatte einen gänzlich anderen Charakter, weil mit ihr zugleich die staatliche Preisregulierung und Bewirtschaftung im Grundsatz aufgehoben und damit wieder eine Marktwirtschaft etabliert wurde. In der SBZ stand die Währungsreform im Zusammenhang mit einer Reihe von Schritten, die den Weg zu einer zentralgeleiteten Planwirtschaft nach sowjetischem Muster markierten: Die DWK wurde 1948 mit weitgehenden Weisungsrechten als zentrale Lenkungsinstitution neu konstituiert und man begann, längerfristige Pläne wie den Zweijahrplan auszuarbeiten. Die DNB wurde der DWK nachgeordnet und hatte nunmehr „die Wirtschaftsplanung mit allen Mitteln der Geld- und Kreditpolitik aktiv zu unterstützen“.¹³ Das Zusammentreffen dieser ordnungspolitischen Schritte bestätigte den Eindruck der Zeitgenossen, dass mit den separaten Währungsreformen in West und Ost die Spaltung Deutschlands immer offener zutage trat. Mit den Veränderungen 1948 begab man sich auf den Weg, auf dem auch der Geld- und Finanzsektor zu einem Instrument zur Durchsetzung der zentralistischen, staatlich bestimmten Planwirtschaft und schließlich zu einem Teil von ihr wurde.

WÄHRUNGSSYSTEM ALS TEIL DER PLANWIRTSCHAFT

Der DNB wurden nach der Gründung der DDR die Emissions- und Girobanken und Landesbanken eingegliedert und damit das Bankensystem weiter zentralisiert. Die Notenbank unterstand nun de facto der Aufsicht des Finanzministeriums und war somit nicht unabhängig. Als „Hausbank des Staates“ und als „Bank der Banken“¹⁴ durfte die DNB laut Satzung vom Sommer 1948 zur Notendeckung Wechsel, Anleihen und Schatzanweisungen von „Organen staatlichen Charakters, Gebietskörperschaften oder sonstigen öffentlichen Institutionen“ heranziehen, was die politisch intendierte Geldemission ermöglichte.¹⁵ Neben dem alleinigen Recht zur Emission

¹² Vgl. André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Berlin 2007, S. 62.

¹³ Zschaler (Anm. 7), S. 65.

¹⁴ H. Jörg Thieme, *Notenbank und Währung in der DDR*, in: *Deutsche Bundesbank* (Anm. 8), S. 609–653, hier S. 612.

¹⁵ Vgl. Zschaler (Anm. 7), S. 65.

¹¹ Laufer (Anm. 6), S. 479f.; Zschaler (Anm. 1), S. 207f.

von Banknoten war die DNB für das kurzfristige Kreditgeschäft zuständig, und Anfang 1949 wurde ihr ebenso die finanzielle Abwicklung der Außenhandelsgeschäfte übertragen.¹⁶

Um die finanzielle Seite des Wirtschaftsprozesses in die Planwirtschaft einzubeziehen, mussten das Währungs- und Bankensystem in diese integriert und als deren Instrument eingesetzt werden. Zum einen wollte man mit seiner Hilfe den Zahlungsverkehr der Wirtschaft kontrollieren: Zu diesem Zweck wurden die Betriebe bereits 1948 verpflichtet, Konten zu führen, Zahlungen – bis auf Lohnzahlungen und Kleinhandelsumsätze – nur noch bargeldlos zu tätigen und Bargeldeingänge unverzüglich auf Konten einzuzahlen. Nur private (natürliche) Personen waren fortan berechtigt, Bargeld abzuheben. Damit hatte man starke Reglementierungsmittel gegenüber den Betrieben geschaffen und den Bargeldumlauf im Wesentlichen auf den Bereich des privaten Verbrauchs beschränkt.¹⁷ Zum anderen sollten die Kreditvergabe und -planung zur Plankontrolle genutzt werden, und die Bank hatte ab 1952 die Finanzpläne der Betriebe zu kontrollieren, was etwas verschleiern als „Kontrolle durch die Mark“ bezeichnet wurde. Damit wurde die DNB zum „Finanzierungs- und Verrechnungszentrum der gesamten Volkswirtschaft sowie oberste Kontrollinstanz der zentral geplanten monetären und realwirtschaftlichen Prozesse“.¹⁸

Die DDR-Mark stand von Anfang an in Konkurrenz mit der D-Mark des Westens, insbesondere in Berlin, wo die beiden Währungen nicht nur bei der DDR-Bevölkerung, sondern ebenfalls im Propagandakrieg beider Seiten direkt aufeinandertrafen. Die Medien beider Seiten versuchten wechselseitig, die andere Währung abzuqualifizieren. Das Vertrauen der ostdeutschen Bevölkerung in ihre Währung war begrenzt, und sie fürchtete einen neuen Währungsschnitt. So konnte die Festsetzung einer (überzogenen) Goldparität für die DDR-Währung nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 das Vertrauen der Bevölkerung in diese ebenfalls nicht heben; noch dazu waren ihre Münzen aus dem leichten Aluminium hergestellt, was zwar günstiger war, aber eben nicht vermochte, die „respektheischende und vertrauensfördernde Anmutungen zu evozieren“, die

mit hartem, schweren Münzgeld verbunden werden.¹⁹ Entsprechend wurde die Ostmark auch als „Alu-Chip“ oder „Spielgeld“ bezeichnet.

Dabei hatte die DDR-Mark im Prinzip eine Warendeckung. Sie stellte Kreditgeld dar, da – wie es offiziös hieß – „die Geldemission in Form der Kreditgewährung planmäßig in Übereinstimmung mit der Entwicklung der Warenproduktion und -zirkulation erfolgt“. Mit der DDR-Mark sollte der Wirtschaftsprozess einerseits geldmäßig gesichert und andererseits aktiv gestaltet werden. Die gewünschte Planmäßigkeit erforderte Währungsstabilität. Diese sollte zum einen von außen durch das staatliche Außenhandelsmonopol und Valutamopol garantiert werden, weil damit „direkte Einflüsse der krisenhaften und inflationistischen Entwicklung des kapitalistischen Währungssystems auf die sozialistischen [Währungssysteme] bzw. ein direktes Einwirken auf den sozialistischen Reproduktionsprozess vermieden“ werde.²⁰ Damit war die DDR-Mark eine Binnenwährung, die nur im nichtkommerziellen Bereich in begrenztem Umfang in andere Währungen umtauschbar war und die nicht als Zahlungsmittel im internationalen Handel genutzt und auf dem Devisenmarkt offiziell nicht gehandelt wurde. Auf diese Weise schirmte man die Betriebe gegenüber dem Weltmarkt ab, was aber erhebliche Probleme für ihre Innovationsbereitschaft und -fähigkeit aufwarf. Zudem entstehen aus diesen Umständen bis heute erhebliche Probleme für die Bewertung der Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft, da die Wechselkurse staatlich administriert wurden.

Zum anderen meinte die SED-Spitze die Stabilität der Währung durch die eigene Wirtschaftspolitik und das damit garantierte Wirtschaftswachstum und einer ihm entsprechenden Geldschöpfung sichern zu können. Die Geldemission sollte in enger Beziehung zum geschaffenen Nationaleinkommen stehen und so die materielle Deckung der DDR-Mark gewährleisten.²¹ Jedoch erwuchs daraus das Problem, dass bei der praktizierten staatlichen Preissetzung – also keiner Preisbildung über den Markt – Ungleichgewichte zwischen Geldschöpfung und Güterangebot nicht aus dem Wirtschaftsprozess selbst heraus ausgeglichen werden konnten. Dem wollte

¹⁶ Vgl. Thieme (Anm. 14), S. 613.

¹⁷ Steiner (Anm. 2), S. 326.

¹⁸ Thieme (Anm. 14), S. 613.

¹⁹ Rainer Gries, Die Mark der DDR, in: Deutschland Archiv 4/2002, S. 578–594, hier S. 581 f.

²⁰ Ökonomisches Lexikon Q-Z, Berlin (Ost) 1980, S. 550.

²¹ Vgl. ebd.

man mit der erwähnten umfassenden Reglementierung des Bargeldverkehrs, des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Kreditverkehrs begegneten. Trotzdem traten solche Ungleichgewichte immer wieder auf, da die Steuerungsaufgabe zu komplex war. Insbesondere führten die weiche Budgetbeschränkung der Betriebe – also deren gemeinhin unbegrenzte Finanzierung durch den Staat – sowie das quantitativ und qualitativ unzureichende Warenangebot zu einem Kaufkraftüberhang bei der Bevölkerung, der sich in einer hohen Sparquote und aufgrund der festgeschriebenen Preise beispielsweise auch in Schwarzmärkten niederschlug.

PROBLEME DER GELDENTWICKLUNG

Gerade in solchen Situationen zeigte sich aber der begrenzte Spielraum der DNB. Gegenüber der Regierung wies sie zwar immer wieder auf den ausufernden Geldumlauf hin, konnte diesen ebenso wie die zugrunde liegenden wirtschaftlichen Entscheidungen aber nicht selbst konsequent beeinflussen, weil ihr dazu die Kompetenzen fehlten.²² 1956/57 eskalierte die Situation, und Notenbankpräsidentin Greta Kuckhoff bezeichnete gegenüber dem Regierungschef die Währungssituation als ernst. Der Geldumlauf, insbesondere der des Bargeldes, war stark angestiegen. Kurzfristige Kredite – auch zur Finanzierung des Staatshaushaltes – waren überwiegend zulasten der Geldemission ausgegeben worden. Für langfristige Kredite wurden auf Anweisung des Finanzministeriums jederzeit kündbare Spareinlagen der Bevölkerung herangezogen. In den Fällen ungenügender Liquidität bei den Sparkassen musste wiederum die Notenbank zulasten der Emission eingreifen. Das Hauptproblem aus der Sicht der Verantwortlichen bestand aber darin, dass der bei der Bevölkerung vorhandenen Kaufkraft kein entsprechendes Warenangebot gegenüberstand, was dazu führte, wie die Notenbankpräsidentin ausführte, „dass viele Bürger bedeutende Geldbeträge in der Tasche mit sich herumtragen, um bei sich bietender Gelegenheit schwer erhältliche Waren kaufen zu können“. Außerdem werde mehr und mehr DDR-Geld illegal in die Bundesrepublik und Westberlin ge-

bracht.²³ All das schuf in den Augen der Verantwortlichen Momente des Unkalkulierbaren und Nichtgeplanten.

Daraufhin bereitete das Finanzministerium einen Umtausch der alten gegen neue Banknoten vor, der am 13. Oktober 1957 ohne Vorankündigung umgesetzt wurde. Offiziell sollte damit das nach Westberlin und in die Bundesrepublik abgeflossene Geld entwertet werden, weshalb man den Vorgang auch als „Aktion Schiebertod“ propagierte. Getroffen wurden aber auch jene DDR-Bürger, die – wie Einzelbauern, Privatunternehmer und Selbstständige – größere Bargeldmengen besaßen und nun deren rechtmäßigen Erwerb nachweisen mussten. Ein beträchtlicher Teil des Bargeldes wurde daraufhin nicht zum Umtausch eingereicht; sei es, weil es sich im Westen befand, oder sei es, weil die Besitzer der Überprüfung aus dem Weg gehen wollten. Jedoch erklärte man nur einen geringen Teil des Bargeldes im Zuge des Überprüfungsverfahrens als wertlos. Im Ergebnis wurde die gesamte Geldmenge nur um etwa ein Zehntel verringert.

Der Geldumlauf stieg jedoch bereits 1958 wieder an.²⁴ Das war nicht überraschend; schließlich wurden die systemimmanenten Ursachen des Geldüberhangs nicht beseitigt, die an erster Stelle in der weichen Budgetbeschränkung der Betriebe zu suchen waren. Darüber hinaus begünstigte das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft strukturell das Entstehen eines Geldüberhangs, weil Ersteres im Interesse der Machtsicherung bereit war, Zugeständnisse über die wirtschaftlichen Möglichkeiten hinaus zu finanzieren. Bezeichnend für den Stellenwert der DNB innerhalb des Institutionengefüges war, dass dieser Geldschnitt an der Spitze der Notenbank vorbei organisiert und diese vor vollendete Tatsachen gestellt wurde.²⁵

Die in diesem Vorgang zutage getretenen Defizite blieben aber auch für die weitere DDR-Geschichte kennzeichnend. Daran änderte auch die neue Währungsbezeichnung nichts: Seit Juli 1964 lautete ihr Namen „Mark der Deutschen Notenbank“, was mit einem längerfristigen

²² Vgl. Kuckhoff an Grotewohl, 8.7. 1954, SAPMO-BA NY4090/336, Bl. 36 f.

²³ Kuckhoff an Grotewohl, 6.6. 1957, SAPMO-BA NY4090/336, Bl. 67–73.

²⁴ Teils berechnet nach Matthias Ermer, Von der Reichsmark zur Deutschen Mark der Deutschen Notenbank. Zum Binnenwährungsumtausch in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Juni/ Juli 1948), Stuttgart 2000, S. 188–200.

²⁵ Vgl. Zschaler (Anm. 7), S. 67; Ermer (Anm. 24), S. 194 ff.

Banknotenumtausch verbunden war. Die damit eingeführten Geldscheine trugen erstmalig das Emblem der DDR und repräsentierten damit nun auch ikonografisch den ostdeutschen Staat. Mit der Aufgabe der „Deutschen Mark“ fiel eine noch bestehende Gemeinsamkeit mit dem Westen weg, was dort auch so registriert wurde. Seit Dezember 1967 bezeichnete man schließlich die ostdeutsche Währung als „Mark der Deutschen Demokratischen Republik“, womit nun – wie es offiziös hieß – „der prinzipielle Unterschied zu der in der BRD umlaufenden Deutschen Mark der Bundesbank (DM) sichtbar gemacht“ werden sollte.²⁶

Aber in welchem Maße konnte die Währung nun tatsächlich stabil gehalten werden? Der Geldumlauf bei der Bevölkerung nahm in den 1950er und 1960er Jahren nahezu doppelt so schnell wie das erwirtschaftete Produkt zu. Hingegen konnte der private Geldumlauf in den 1970er und 1980er Jahren deutlich stärker begrenzt werden, sodass er nur noch etwa 10 Prozent schneller wuchs als das erwirtschaftete Nationaleinkommen.²⁷ Das lag wohl auch an der zunehmenden Bedeutung der D-Mark des Westens, die sich als Nebenwährung fest etablierte. Wenn man allerdings die gesamte Geldmenge – also einschließlich des Buchgeldes der Wirtschaft, das zu einem großen Teil über Kredite geschöpft wurde – betrachtet, ändert sich das Bild etwas: In den 1950er Jahren konnte das Bar- und Buchgeld insgesamt in Relation zum Wirtschaftsergebnis noch am besten in Zaum gehalten werden. In den 1960er Jahren entwickelte es sich fast doppelt so schnell wie die Bezugsgröße, was wohl mit der gewachsenen Bedeutung des Kredits im Rahmen der Wirtschaftsreformen zusammenhing. In den 1970er Jahren wuchs die Geldmenge insgesamt nur noch 40 Prozent schneller als das Produkt. Die 1980er Jahre zerfallen in zwei deutlich unterschiedliche Abschnitte: In ihrer ersten Hälfte wurde im Zuge der allgemeinen Sparbemühungen und der Investitionsreduzierungen offenbar auch die Geldschöpfung stark beschränkt, sodass die Zunahme der Geldmenge etwa dem Wirtschaftswachstum entsprach. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre (insbesondere 1987) nahm sie wieder deutlich

schneller zu.²⁸ Dies war letztlich Ausdruck dessen, dass die Staatsausgaben zunehmend nur noch über die Geldschöpfung zu finanzieren waren, und es war Spiegelbild der zunehmenden wirtschaftlichen Auszehrung des Landes.

Die Bevölkerung betrachtete zunächst einmal die Preisentwicklung als Indikator für die Währungsstabilität. Die SED-Spitze erachtete stabile (oder sinkende) Preise von Anfang an als Vorzug der Planwirtschaft und als einen Ausweis des sozialen Charakters des eigenen Systems. Mit der seit Anfang der 1970er Jahre verfolgten verstärkten Konsum- und Sozialpolitik erhielt dieses Dogma stabiler Preise eine neue Qualität. Der offizielle Index für die von der Bevölkerung zu tragenden Lebenshaltungskosten lieferte aus vielerlei Gründen ein unzureichendes Bild der Preisentwicklung, was auch mehrfach intern eingeräumt wurde. Deshalb kann für deren Abbildung nur auf mit vielfachen Unsicherheiten belastete Schätzungen zurückgegriffen werden: Danach nahmen diese Preise in den 1950er Jahren im jährlichen Durchschnitt um 0,5 Prozent zu, wohin-ter sich aber außerordentlich differenzierte Entwicklungen versteckten.²⁹ In den 1960er Jahren stiegen die Lebenshaltungskosten im Mittel jährlich maximal um 1,0 Prozent. In der Ära Erich Honeckers hat die Inflationsrate wohl bei etwa 1,5 Prozent pro Jahr gelegen. In den einzelnen Warengruppen fiel dieser Preiszuwachs allerdings höchst unterschiedlich aus. Zudem stiegen die durchschnittlichen Verbraucherpreise Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre deutlich schneller als vorher und nachher.³⁰

NEBENWÄHRUNG D-MARK

Diese Werte erscheinen auch vor dem Hintergrund der Inflationsraten anderer Länder zur gleichen Zeit moderat, und in den Augen der

26 Ökonomisches Lexikon H-P, Berlin (Ost) 1979, S. 464. Zur Ikonografie und Reaktion im Westen siehe Gries (Anm. 19), S. 587f.

27 Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin (Ost) 1990, S. 13f., S. 52.

28 Berechnet nach Kreditanstalt für Wiederaufbau (Hrsg.), Materialien. Anhang zur Dokumentation „Mit der DM zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und zur deutschen Einheit“, Frankfurt/M. 1996.

29 Vgl. André Steiner, Preispolitik und ihre Folgen unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie in Deutschland im Vergleich, in: ders. (Hrsg.), Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln 2006, S. 171–203, hier S. 197; Jennifer Schevarado, Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre, Stuttgart 2006.

30 Steiner (Anm. 12), S. 179f. und S. 247.

Wirtschaftsverantwortlichen waren diese Preissteigerungen durchaus sinnvoll, da auf diesem Wege der Kaufkraftüberhang eingedämmt werden konnte und die Staatseinnahmen stiegen. Aber politisch war die Teuerung für die SED-Spitze ein Debakel, weil sie von der Bevölkerung als Bruch des Versprechens stabiler Preise wahrgenommen wurde.

Dazu kam – mehr oder weniger staatlich sanktioniert – die Nebenwährung D-Mark. Die Existenz und der Ausbau der als Devisenquelle genutzten Intershops belegten, dass sich die SED-Spitze mit der (harten) Nebenwährung arrangiert hatte. Seit 1974 konnte die DDR-Bevölkerung offiziell in den Intershops einkaufen, und damit war der Besitz von Westgeld nicht mehr kriminalisiert. Die daraus resultierende Zweiklassengesellschaft wurde aufgrund der wirtschaftlichen Zwänge sehenden Auges in Kauf genommen. Darüber hinaus erwuchsen aus der Versorgungslage zunehmend schwarze Märkte für Mangelwaren, was weitere soziale Differenzen nach sich zog. Auch Korruption und Nepotismus spielten eine wachsende Rolle, um knappe Konsumgüter zu erlangen.³¹ Schwarzer Markt, „Zwangssparen“ und Preissteigerungen für Güter des gehobenen Bedarfs führten schließlich dazu, dass die DDR-Währung nur noch eingeschränkt alle Geldfunktionen wahrnehmen konnte.

Die Nebenwährung D-Mark wurde immer wichtiger. Bei Bezahlung mit D-Mark gab es weder Warenmangel noch überhöhte Preise. Der Verfall der DDR-Mark zeigte sich im seit Mitte der 1970er Jahre fast ständig steigenden Schwarzmarktkurs der D-Mark. Es wurde geschätzt, dass

sich der Anteil der innerhalb der DDR umlaufenden D-Mark (umgerechnet zum Schwarzmarktkurs) am gesamten Geldvolumen in der DDR von mehr als einem Prozent im 1974 auf über 13 Prozent 1988 erhöhte. Die in der DDR gehaltenen D-Mark-Barbestände (die vielfach als Wertaufbewahrungsmittel dienten und daher nicht vollständig umlaufwirksam wurden) erreichten 1988 einen Anteil von 62 Prozent am insgesamt umlaufenden Bargeld.³² Gleich ob diese Schätzung im Detail zutrifft, sie verdeutlicht den Verlust an Vertrauen in die DDR-Währung und zeigt auch, dass das System in den Augen der Bevölkerung ökonomisch, ideologisch und moralisch versagt hatte.

Selbst in der SED-Zentrale wurde in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eingeräumt, dass die Stabilität der eigenen Währung gefährdet sei. Die Ursachen wurden vor allem darin gesehen, dass mehr verbraucht als produziert wurde, die Auslandsverbindlichkeiten und Kreditkosten angewachsen waren, die Weltmarktpreise für Rohstoffe gestiegen waren, die Staatsausgaben zunehmend über Kredite finanziert wurden sowie der Außenwert der DDR-Mark gegenüber den westlichen Währungen zurückgegangen war.³³ Nach dem Fall der Berliner Mauer kam auch die DDR-Regierung unter Hans Modrow an diesem Befund nicht vorbei, aber sie hielt eine Währungsreform zu diesem Zeitpunkt – eine Währungsunion mit der Bundesrepublik wurde in der DDR noch nicht in Betracht gezogen – für „politisch und ökonomisch unvertretbar“.³⁴ Letztlich waren es einerseits die wirtschaftlichen Zwänge und andererseits die Forderungen auf den Demonstrationen ab dem Winter 1989/90 und das Ergebnis der ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990, die den Weg zur Währungsunion mit der Bundesrepublik und der damit erfolgten Einführung der D-Mark und gleichzeitigen Aufgabe der DDR-Mark im Juli 1990 ebneten.³⁵

31 Vgl. André Steiner, *Bolsche Vita in der DDR? Überlegungen zur Korruption im Staatssozialismus*, in: Jens Ivo Engels/Andreas Fahrmeir/Alexander Nützenadel (Hrsg.), *Korruption im neuzeitlichen Europa*, München 2009, S. 249–274.

32 Vgl. Bodo von Rügen, *Die Rolle der D-Mark in der DDR. Von der Nebenwährung zur Währungsunion*, Baden-Baden 1991, S. 98–101.

33 Zusammengefasste Darstellung über Faktoren, die die Entwicklung der Kaufkraft und der Stabilität der Währung der DDR positiv und negativ beeinflussen, 5.9.1988, SAPMO-BA DY 3023/1601.

34 Ministerrat, *Beschluss über die Einschätzung zur Stabilität der Währung der DDR*, 4.1.1990, BArch DC 20-I/3-2887, Bl. 43 ff.

35 Vgl. Dieter Grosser, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln*, Stuttgart 1998; André Steiner, *Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990*, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90*, München 2009, S. 441–455.

ANDRÉ STEINER

ist Projektleiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und außerplanmäßiger Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Potsdam. Er forscht unter anderem zur Wirtschaftsgeschichte der DDR.
steiner@zzf-potsdam.de

ORDNENDE KRAFT DES GELDES

Zur Geschichte des Schwarzmarkts vor und nach der Währungsreform

Malte Zierenberg

Die Erleichterung war groß, als der Spuk vorbei war. Die Währungsreform schied, so betonte die bald formulierte Meistererzählung der Bundesrepublik, eine Zeit des Chaos und der Knappheit von einer neuen Zeit des Aufstiegs und „ordentlicher“ Verhältnisse. Sie beendete die gespensterhaften Erscheinungen der illegalen und gefährlichen Schwarzmarktökonomie und legte die Grundlagen für den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik.

Ein Gutteil der historischen Forschung hat sich mit der ökonomischen Seite dieser Deutung, mit dem „Wirtschaftswunder“, der Stichhaltigkeit des Begriffs und den Auswirkungen des ökonomischen Aufschwungs in der Nachkriegszeit und den Boomjahren beschäftigt.⁰¹ Versteht man das neue Geld, die D-Mark, aber auch alle anderen Währungen, nicht alleine als wirtschaftspolitisches Mittel und Indikator volkswirtschaftlicher Entwicklung, sondern auch als alltägliches Medium sozialer Beziehungen, dann fällt der Blick gewissermaßen auf die andere Seite der Münze, dann rückt das neue Geld als Medium wie als Ausdruck einer sich neu konstituierenden und sich selbst neu beschreibenden Nachkriegsgesellschaft in den Blick.

Geld strukturiert unseren Umgang mit anderen. Im Rekurs auf das Geld organisieren und bewerten wir Dinge, biografische Daten, soziale Räume und unsere Zeitvorstellungen. Die Erfolgsgeschichte der Währungsreform und der D-Mark wird – wenn man solche Aspekte der Geldbedeutung in den Mittelpunkt stellt – erkennbar als die Geschichte von Erfahrungen im Umgang mit einer illegalen Tauschwirtschaft und im Umgang mit dem neuen Geld; und als eine der Deutungen dieser Erfahrungen, denen sowohl die Rückkehr zu „normalen“ Verhältnissen als auch neue Zukunftsaussichten und damit ein gewisses Maß an Erwartungssicherheit zugesprochen wurden.

Will man die Erfolgsgeschichte der D-Mark verstehen, dann reicht es nicht, sie als Symbol für wirtschaftliches Wachstum zu begreifen und die gängige und vorherrschende Erzählung vom „Wirtschaftswunder“ zu übernehmen. Vielmehr muss man den Blick lenken auf die Episode vor der Währungsreform als eine Erfahrungsgeschichte mit den ökonomischen und sozialen Verwerfungen seit dem Zweiten Weltkrieg.

SCHWARZMARKT ALS NEGATIVFOLIE

Einen der wichtigsten Erfahrungsräume alltäglichen ökonomischen Handelns und den mit Sicherheit wichtigsten Referenzpunkt für die erregten Debatten über ökonomisch-moralisches Verhalten bildete spätestens ab 1939 der Schwarzmarkt. Als Ort permanenter Übervorteilung, krimineller Machenschaften, unsicherer Handelspartner, gefälschter Waren, dubioser Praktiken und anrüchlicher Verbindungen bildete er in vielem so etwas wie die Negativfolie, vor deren Hintergrund sich die neue bundesrepublikanische Ordnung in den schönsten Farben ausmalen ließ. Dass hier ein gehöriges Maß an Verdrängungsarbeit am Werke war, ließ sich nicht zuletzt daran erkennen, dass der illegale Markt samt seinem halbseidenen Personal die Fantasie von Literaten und Filmschaffenden, aber natürlich auch des Publikums weiterhin beschäftigte. Mit wohligem Schauer mochten manche KinobesucherInnen Marlene Dietrich in Billy Wilders Film „A Foreign Affair“ („Eine auswärtige Affäre“, USA 1948) dabei zusehen, wie sie über käufliche Liebe sang, oder den Machenschaften im Film „The Third Man“ („Der dritte Mann“, Großbritannien 1949) folgen. Diese und andere Bearbeitungen des Themas malten mit an dem Bild vom Schwarzmarkt als Ort von Unmoral, Raffgier und anrüchigen sozialen Beziehungen.

Für die meisten ZeitgenossInnen wurden damit aber wohl eher Randphänomene ihrer eigenen Erfahrung angesprochen. Für sie bedeutete der Schwarzmarkt – sei es als TeilnehmerInnen oder lediglich als BeobachterInnen – zunächst die Erfahrung von Unsicherheit und Not. Er war ein Ort, dem die meisten mit Misstrauen und Ablehnung gegenüberstanden. Zu einem guten Teil hing das damit zusammen, dass auf dem Schwarzmarkt zwar Regeln galten, diese aber schwer zu durchschauen waren und zudem mit den etablierten Regeln öffentlicher und privater Kommunikation brachen. Zu den beherrschenden Themen gehörten dabei das neue Verhältnis zwischen den MarktteilnehmerInnen, die Unsicherheit im Umgang mit Waren und Währungen auf dem Schwarzmarkt und insgesamt die Verschiebung klarer Grenzen zwischen Räumen, Waren und Personen.

Auf Plakaten erschien der Schwarzmarkt in der Nachkriegszeit als Gespenst. Unheimlich war er bei Kriegsende scheinbar plötzlich aus dem Nichts aufgetaucht. Die Währungsreform von 1948 machte diesem Spuk angeblich ein Ende. Doch drückten diese Darstellungen auch eine Wahrnehmung aus, in der Ängste und Abwehrlagen mindestens eine genauso große Rolle spielten wie die tatsächlich – allerdings langsamer – wirkenden Erfolge, die die Währungsreform bei der Bekämpfung des illegalen Handels erzielte. So griffen etwa in Berlin PolizistInnen kleine und große „Schieber“ bis in die frühen 1950er Jahre hinein regelmäßig in den Straßen auf. In der Stadt ließ wie im Rest der entstehenden Bundesrepublik erst die verbesserte Versorgungslage gepaart mit der Aufhebung der wichtigsten Rationierungsmaßnahmen die Schwarzmärkte weitgehend verschwinden. Im Osten blieben Formen des „Organisierens“ vielen BürgerInnen bis 1989 vertraut.

Auf der anderen Seite war der schwarze Markt auch keineswegs einfach so und erst mit dem Kriegsende entstanden. Am Beginn der „Schwarzmarktzeit“ stand zunächst eine staatliche Neudefinition des legalen Marktes: Erst die positive Beschreibung legaler Konsumpraktiken, wie sie mit der organisierten Verteilung durch das Rationierungssystem formuliert wurde, eröffne-

te den Raum für die Umgehung dieser Vorgaben. Schwarzmärkte gehörten und gehören sozusagen zum Hintergrundrauschen rechtlich geregelter Wirtschaften: Erst wo etwas verboten wird, kann überhaupt ein Schwarzmarkt entstehen.

Der Schwarzmarkt war aus dieser Perspektive das Produkt der 1939 bei Kriegsbeginn eingeführten Rationierung von Waren aller Art. Die sogenannte Kriegswirtschaftsverordnung hatte für das Beiseiteschaffen und den Handel mit solchen „lebensnotwendigen“ Dingen empfindliche Strafen angedroht. Trotzdem umging eine erhebliche Zahl von KonsumentInnen die einschlägigen Vorschriften. Das ist insbesondere für einzelne Städte gezeigt worden.⁰² Geld- und Gefängnisstrafen waren die Folge – wenn man denn erwischt wurde. Zum Teil wurden „Schieber“ im nationalsozialistischen Deutschland sogar zum Tode verurteilt.

Ökonomische Theorien erklären das Auftreten von Schwarzmärkten kurz und plausibel als Folge staatlicher Preisstopps, die eine Reduzierung des Angebots und in letzter Konsequenz einen Nachfrageüberschuss und die Bildung von Schwarzmarktpreisen auf illegalen Märkten bewirken.⁰³ Diese ökonomischen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Schwarzmärkte zu berücksichtigen, erklärt aber gewissermaßen nur die Hälfte. Denn den Schwarzmarkt lediglich so zu beschreiben, hieße zu übersehen, dass der Markt als soziales Phänomen alltäglich produziert wurde. Erst die AkteurInnen realisierten permanent und in komplexen, soziale Gefüge neu austarierenden Handlungen den Markt als Markt. Die Perspektive auf die Mikroebene unzähliger Aushandlungsprozesse öffnet den Blick für den Markt als „eingebettetes“ Phänomen, in dem ökonomische und soziale, kulturelle und politische Ebenen des alltäglichen Lebens miteinander verwoben waren.

Der Umgang mit Geld und Waren nahm hier neue Formen an und bewirkte zugleich, dass auf den illegalen Märkten neue soziale Scheidelinien entstanden: Der Markt als ein „Markt der Gelegenheiten“ unterschied zwar weiterhin zwischen

01 Vgl. Werner Abelshäuser, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2011². Siehe hierzu auch den Beitrag von Werner Abelshäuser in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*)

02 Vgl. Stefan Mörchen, *Schwarzer Markt. Kriminalität, Ordnung und Moral in Bremen 1939–1949*, Frankfurt/M. 2011; Malte Zierenberg, *Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939–1950*, Göttingen 2008.

03 Vgl. etwa Wilhelm Henrichsmeyer/Oskar Gans/Ingo Evers, *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*, Stuttgart 1991⁹, S. 202ff.

denjenigen, die über begehrte Waren und Dienstleistungen verfügten, und denen, die das nicht taten. Er unterschied aber auch nach der Fähigkeit, die neuen Marktbedingungen zu erkennen, sich die Regeln aneignen und umsetzen zu können. Die sozialen Ungerechtigkeiten, die die neue Schwarzmarktökonomie hervorbrachte, wurden zu einem der wichtigsten Themen empörter Stellungnahmen eines zeitgenössischen Diskurses über raffigieriger SchieberInnen oder SpekulantInnen und die notleidenden Anderen. Dieser Diskurs rief die Inflationszeit der 1920er Jahre in Erinnerung, konnte sich aber auf aktuell beobachtbare Formen einer neuen illegalen Tauschkultur beziehen.

NETZWERKE UND ÖFFENTLICHE SCHWARZMARKTPLÄTZE

Wegen der intensiven, wenngleich auch zunehmend wirkungslosen Verfolgung des illegalen Handels durch die Polizei, Gewerbeaufsichtsämter, aber auch denunzierende „Volksgenossen“ selbst, blieb der illegale Handel für die längste Zeit des Zweiten Weltkrieges eine Praxis, die vor allem in Tauschnetzwerken und in semi-öffentlichen oder privaten Räumen stattfand. Hier trafen sich NachbarInnen, ArbeitskollegInnen, hier tauschten Familienmitglieder untereinander oder aber auch Fremde, die sich etwa in einem Restaurant mit anderen KundInnen oder aber den dort arbeitenden KellnerInnen über Tauschgeschäfte verständigten. Angehörige jener Berufe, die mit dem Verkauf oder der Verteilung von nachgefragten Waren beschäftigt waren, spielten auf dem Markt eine große Rolle, weil sie Zugang zu den beliebten Tauschmitteln hatten. Das Kernproblem des illegalen Handels, Vertrauen herzustellen und aufrechtzuerhalten, konnte dadurch gelöst werden, dass man entweder miteinander bereits vertraut war; oder aber dadurch, dass man die Regeln des neuen Marktes lernte und anzuwenden verstand. Dazu gehörten Vertraulichkeit, das Anbieten oder Zurschaustellen von Produkten durch deren demonstrativen Konsum, aber auch zum Beispiel Preisaushandlungsregeln, wonach man gemachte Angebote nicht zurücknehmen konnte. Diese illegalen Tauschgeschäfte wirkten nur an der Oberfläche spontan und ungeregelt. In Wirklichkeit bildeten sich bald relativ stabile Marktordnungen aus, die sowohl die be-

nutzten Räume als auch das Verhalten in ihnen regelten – und damit ein Mindestmaß an Erwartungssicherheit herstellten.

Bereits gegen Ende des Krieges begann der illegale Markt, sein Gesicht zu verändern. Aus klandestinen Treffen in Bars, Cafés oder der eigenen Wohnung wurde jetzt zusehends ein öffentliches Markttreiben, das die Obrigkeit vor erhebliche Probleme stellte. Die Märkte wurden damit einerseits bald zu regelmäßig stattfindenden, im Stadtbild sichtbaren Einrichtungen, die man im Grunde besuchen konnte wie einen Wochenmarkt. Andererseits blieben Unsicherheiten bestehen: Mit wem konnte man gefahrlos tauschen? Wie sollte man sich bei Razzien durch die Polizei verhalten? Was war, wenn man gefälschte oder gepanschte Produkte erworben hatte? Aus diesem Grund avancierten die öffentlichen Marktplätze in den zeitgenössischen Schilderungen zu aufregenden und auch das öffentliche Leben nach dem Krieg zelebrierenden, aber auch gefährlichen Orten, die paradigmatisch für die Paradoxien einer Nachkriegsgesellschaft standen.

Ganz gleich, welche Strategie die Alliierten bei der Bekämpfung der Märkte auch verfolgten – von der kriminalistischen Verfolgung organisierter „Schieberbanden“ über großflächige Razzien bis hin zur teilweisen Legalisierung –, der Schwarzmarkt blieb bestehen, teilweise bis über die Zeit der Währungsreformen im Juni 1948 hinaus. Neben den oft in Geschichten über die Nachkriegszeit wieder aufgerufenen Plätzen, wie vor dem Reichstag oder dem Brandenburger Tor in Berlin, war er bald an fast allen Orten vorzufinden, an denen Menschen sich auch sonst trafen: an Bahnhöfen, in oder vor Restaurants und Geschäften, aber auch in den Wärmehallen oder im Klassenzimmer.

Die Währungsreform war eine währungs- und wirtschaftspolitische Weichenstellung, die auf westlicher Seite auf eine grundsätzliche Abkehr von der Rationierungs- und Verwaltungswirtschaft abzielte und mit der langsamen Aufhebung der Bewirtschaftung die illegalen Märkte ins Abseits drängte. Das ist die Makro- und Ex-post-Perspektive. Doch für die ZeitgenossInnen waren die Wochen und Monate vor und nach der Reform wiederum vor allem eine Phase der Unsicherheit: Erwartungen an einen Währungsschnitt verbanden sich mit Fragen nach der weiteren Entwicklung auf der großen politischen Bühne. Und besonders dringlich stellten sich diese Fragen in Berlin. Denn

hier hingen Währungspolitik und die Zugehörigkeit zu einer der beiden Seiten im beginnenden Kalten Krieg unmittelbar miteinander zusammen.

WÄHRUNGSREFORM UND SCHWARZHANDEL IN BERLIN

Den Kriegsverlauf und die politische Großwetterlage zu beobachten, war für die meisten BewohnerInnen der Stadt bereits während des Krieges zur Normalität geworden.⁰⁴ Dazu gehörten auch Planungen für ein etwaiges Kriegsende. Mit der (militärischen) Wende 1943 setzten erste MarktteilnehmerInnen darauf, Waren im illegalen Handel zu erwerben, um Vorräte anzulegen. Ein Schwarzhändler gab in seiner Vernehmung zu Protokoll, er habe sich einen solchen Vorrat für die Nachkriegszeit anlegen wollen, ein anderer berichtet, er habe damit gerechnet, dass „der Gaskrieg“ bald kommen würde. Immer wieder wurde bei den Vernehmungen durch die Polizei erkennbar, dass viele sich an die Inflationszeit erinnerten und deshalb etwas zurücklegten. Einige professionellere HändlerInnen antizipierten kommende Gewinnspannen und suchten auf dem schwarzen Markt zum Beispiel gezielt nach Seifen und Toilettenartikeln, weil sie mit einer entsprechenden Nachfrage in diesem Handelssektor rechneten. Mit der drohenden Niederlage hatte sich eine unsichere Zukunftsperspektive als bestimmender Zeithorizont in den Vordergrund geschoben.

Zunehmend rückten nach dem Kriegsende die internationale Politik und das Verhalten der Siegermächte auf die Tagesordnung. Berlin wurde zum Zentrum der allmählich sichtbaren Ost-West-Konfrontation, und das auch in den Augen der „einfachen Leute auf der Straße“. Politische Entwicklungen und Tauschalltag verschränkten sich nachhaltig. Die Berliner Zeitungen notierten den Dollar-Kurs und auch die neuesten Preisentwicklungen auf dem Schwarzmarkt.

Die beiden Währungsreformen im Juni 1948 – in den Westzonen und der Sowjetischen Besatzungszone – können in diesem Zusammenhang als Momente besonderer Verdichtung gelten. Dabei war die Währungsfrage in Berlin aufgeladen, weil hier das Schicksal der einzelnen Sektoren eng mit dem Währungsschnitt zusammenhing. Der Zeitfaktor spielte eine entscheidende Rolle. Die

Aufforderung der sowjetischen Militärregierung an die amtierende Oberbürgermeisterin Louise Schröder vom 22. Juni 1948, die Währung umzustellen, setzte die westlichen Alliierten unter Zugzwang. Wollten sie den Souveränitätsanspruch für die drei Sektoren behalten, mussten sie an einer eigenen Währung festhalten. Wie aber sollte ein währungspolitisch separiertes Westberlin versorgt, wie die Beschaffungs- und Absatzmärkte organisiert und abgesichert werden? Allen Unwägbarkeiten zum Trotz entschieden die westlichen Stadtkommandanten, dass die westdeutschen Währungsgesetze für Westberlin übernommen werden sollten. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür bot die am 24. Juni erlassene „Verordnung zur Neuordnung des Geldwesens“. Damit konnte die „Deutsche Mark der Bank deutscher Länder“ zur offiziellen Währung werden. Am Ende des damit einsetzenden Prozesses waren die beiden Stadthälften in das jeweilige Ordnungs- und Wirtschaftssystem integriert.

Dabei hatte die Erwartung des Währungsschnitts bereits ab dem Frühjahr zu Hortungen und einem Aufblühen des Schwarzmarkts geführt. Viele BewohnerInnen versuchten an Fremdwährungen zu gelangen und „flüchteten“ in Sachwerte. Ein Bericht des britischen Enforcement Departments, das unter anderem über die Durchsetzung der alliierten Preispolitik zu wachen hatte, stellte schon im April fest: „Das Vertrauen in das Geld ist erschöpft. Der Arbeiter möchte, wo immer es geht, neben seinem kargen Lohn vor allem in Sachleistungen bezahlt werden, damit er sich die Dinge des täglichen Bedarfs besorgen kann. Was die Unternehmer angeht, so lässt sie ihr Misstrauen in die Geldwährung entweder ihre Produkte zurückhalten – oder sie geben sie nur gegen Rohstoffe im Tausch heraus. Große Vorräte werden als das Allheilmittel angesehen, um die Währungsreform unbeschadet zu überstehen.“⁰⁵

Als der Währungsschnitt dann erfolgt war, nutzten viele die besondere Situation in der Stadt der zwei Währungen auf eigene Weise. Ein Berliner schilderte die Technik wie folgt: „Seit den ersten Tagen der Währungsreform steht die Berliner Bevölkerung unter ständiger Hochspannung (...). Aus den anfänglichen Schlangen, zunächst vor den Lebensmittelläden, um noch die alten Reichsmarkbeträge unterzubringen, wurden so-

⁰⁴ Vgl. hier und im Folgenden Zierenberg (Anm. 2), S. 289–298.

⁰⁵ Zit. nach ebd., S. 293.

dann die Schlangen auf den Geldumtauschstellen und schließlich die tollsten Schwarzmarktbörsen, wie sie in dieser Zusammenballung bisher in Berlin noch nicht in Erscheinung getreten waren“. Viele BerlinerInnen hoben jetzt gewissermaßen zwei Mal ab und nutzten nun „die Gelegenheit, um zunächst im Ostsektor die RM-70-Quote einzutauschen, da sie ja hier nur den Lebensmittelkartenabschnitt als Ausweis vorzulegen hatten, und holten sich sodann gegen Personalausweis die westliche Kopfquote von 60 DM. Als sich diese Möglichkeit herumgesprochen hatte, setzte ein wahrer Sturm aller Westberliner auf die östlichen Umtauschstellen ein, umso mehr, als nun sogar auch noch die Zeitungen auf diese Möglichkeit hinwiesen und die Berliner aufforderten, diese Chance für sich auszunutzen. Was sich hier vor den Umtauschstellen abgespielt hat, ist kaum zu beschreiben“.⁰⁶

Was in diesem Bericht als geschicktes Ausnutzen einer besonderen Situation in einer Stadt mit zwei gültigen Währungen erscheinen mochte, hatte eine Kehrseite, die von anderen BeobachterInnen zum Ausdruck gebracht wurde. Diese empfanden das Nebeneinander zweier Währungen als große Verunsicherung. So hielt eine Berlinerin fest: „Die neue Währung erschwert das Leben sehr, da wir sie uns aus dem Ostsektor holen müssen. Ich habe keine Kraft dazu. Dort stehen Tausende von Menschen an den Banken an. Es gibt Unglücksfälle und sogar Tote. Mit Ostgeld kann man Lebensmittel bezahlen. Für Textilien, Garn, Seife, Schuhe oder auch Obst wird Westgeld verlangt. Mieten und Renten werden in Ostmark ausbezahlt. Ein wüster Handel wird getrieben. Wo früher ‚Gold, Silber, Schokolade, Zigaretten‘ geflüstert wurde, wird jetzt nach Westgeld gefragt. Diese doppelte Währung bringt uns um“.⁰⁷

FOLGEN DER SCHWARZMARKTÖKONOMIE

Diese beiden Deutungen begleiteten die Auseinandersetzungen um das ökonomische Durcheinander, für das in den Augen der ZeitgenossInnen paradigmatisch der Schwarzmarkt stand, die gesamten 1940er Jahre hindurch. Die Klage über eine Überforderung durch die illegale Ökonomie

des Schwarzmarkts, der eine Folge der umfassenden Rationierung und Verknappung von Waren war, stand neben geschickten Anpassungsstrategien und entsprechenden Abenteuer- und Erfolgsgeschichten. Für manche waren jene, die sich auf dem Schwarzmarkt bewährten, nichts weiter als erfolgreiche MarktwirtschaftlerInnen, für sie hatte der Schwarzmarkt im Grunde genommen als eine „Schule der Marktwirtschaft“ funktioniert.

Diejenigen jedoch, und sie bildeten die überwältigende Mehrheit, die die Märkte vor allem als eine Zumutung wahrnahmen, brachten mit ihren Klagen eine Reihe von problematischen Verschiebungen im Feld alltäglicher Praktiken zum Ausdruck, die die Schwarzmarktzeit geprägt hatten. Das betraf *erstens* das Verhältnis von Ware und Geld: Mit dem Rationierungssystem war eine Form der Bewirtschaftung entstanden, die den Erhalt von immer mehr „Gegenständen des täglichen Bedarfs“ an ein starres System von Kartenzuteilungen und Versorgungsperioden band. Das Geld verlor seine Funktion als flexibles, individuelle Konsumentenscheidungen ermöglichendes Tauschmittel. Auf dem Schwarzmarkt wiederum herrschte ein unübersichtliches Nebeneinander von Geld und Waren. Während die Reichsmark während des Krieges als Zahlungsmittel noch eine Rolle spielte, traten bald immer mehr Ersatzwährungen und Warentauschgeschäfte an ihre Stelle. Damit verbunden war gewissermaßen eine Verknappung von Zukunft. Weil unter den Bedingungen der illegalen Ökonomie keine staatlich garantierte und vom Vertrauen aller Beteiligten getragene Währung mehr möglich war, hingen Kauf-, Spar- und Investitionsüberlegungen immer von sich ändernden Gelegenheiten und Entwicklungen ab. Die Zeitordnung des Schwarzmarkts blieb bei allen Regelmäßigkeiten, die die Märkte im Laufe der Zeit auszubilden in der Lage waren, relativ volatil und erforderte ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit und Knowhow.

Zu den wichtigsten Veränderungen, die die illegale Ökonomie der Schwarzmärkte mit sich brachte, gehörte *zweitens*, dass das Verhältnis der TauschpartnerInnen zueinander etablierte Rollen und Verhaltensmuster auf die Probe stellte. An die Stelle von normalen Kaufbeziehungen zwischen KundInnen und AnbieterInnen, waren vielfach komplizierte, durch keine staatliche Aufsicht abgesicherte Tauschbeziehungen

⁰⁶ Zit. nach ebd., S. 294.

⁰⁷ Zit. nach ebd., S. 294f.

entstanden: Die Rollen des Käufers und Verkäufers konnten wechseln, durch andere soziale Beziehungen überlagert werden oder aber ganz grundsätzlich infrage gestellt werden. Was bedeutete es, mit seinem Nachbarn zu tauschen? Welche Formen von Abhängigkeit entstanden dadurch? Wie veränderten sich die Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, wenn diese zu Tauschpartnern auf Augenhöhe aufstiegen? Kurz: Welche Belastungen brachte es mit sich, wenn man statt eine VerkäuferIn aus einem Ladengeschäft Bekannte, Verwandte oder KollegInnen zugleich als AnbieterIn wie als AbnehmerIn in sein alltägliches Wirtschaften integrieren musste?

Weil der Schwarzmarkt als illegaler Markt nicht in etablierten Konsumräumen stattfinden konnte, unterminierte die illegale Tauschpraxis zudem *drittens* bestehende Raumordnungen: Restaurants, Bahnhöfe, aber auch private Wohnungen wurden zu Orten, an denen SchwarzhändlerInnen ihren Geschäften nachgingen. Private Räume wurden zu Geschäftsräumen, öffentliche Orte zu Umschlagplätzen, an denen erst unter der Hand, später immer sichtbarer illegale Tauschhandlungen vollzogen wurden.

Und schließlich stellten die illegalen Märkte grundsätzlich die Leistungsfähigkeit und das Vertrauen in staatliches Handeln und seine Rechtmäßigkeit infrage. Mochte man die eigene „kleine“ Tauschpraxis auch für unbedeutend und nicht wirklich gravierend halten vor dem Hintergrund der überall beschworenen Schieberfigur – hinter der Ablehnung des Schwarzmarkts (bei gelegentlicher eigener Teilnahme) stand bei vielen auch eine Wahrnehmung der Märkte als Ausdruck der Krise staatlicher Ordnung und drohender weiterer Auflösungserscheinungen.

SCHLUSS

Die Rückkehr zu einer funktionierenden Währung bedeutete für die meisten ZeitgenossInnen mehr als die Chance auf wirtschaftliche Prosperität. Zu den bekanntesten Bildern, mit denen das „Wirtschaftswunder“ (bis in aktuelle Schulbücher und historische Darstellungen hinein) illustriert werden sollte, gehörten Aufnahmen von gefüllten Schaufenstern – mit und ohne potenzielle KundInnen, die die Auslage bestaunten. Diese Aufnahmen werden zumeist gelesen als Belege für die „über Nacht“ wieder verfügbaren Waren,

die in großen Mengen aus Hortungsbeständen wieder zugänglich gemacht wurden, weil die LadenbesitzerInnen in der D-Mark eine vertrauenswürdige Währung sahen, die sie als Zahlungsmittel akzeptierten.

Diese Deutung und diese Bilder haben vieles für sich: Sie sprechen auch von der wiedergewonnenen Stabilität vertrauter Skripte, Rollen und Konsumräume. Statt zu tauschen, so sagen sie sinngemäß, kann man jetzt wieder einkaufen. Die Währungsreform brachte den Schwarzmarkt nicht nur in dem Sinne an sein Ende, dass jetzt wieder angeblich für alle Waren zu erwerben waren. Sie bewirkte in dieser Lesart eben auch, dass man dies gefahrlos und auf vertraute Weise tun konnte, nämlich so, dass die Erfahrungen im alltäglichen Wirtschaften wieder durch stabile und bekannte Beziehungen zwischen Waren, Personen und Räumen gekennzeichnet waren.

MALTE ZIERENBERG

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Humboldt Universität zu Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind Stadt-, Medien- und Wirtschaftsgeschichte.

malte.zierenberg@geschichte.hu-berlin.de

ÄNGSTE UND SEHNSUCHT

Von der D-Mark zum Euro

Sebastian Teupe

Für die meisten Menschen in Deutschland beginnt die Geschichte des Euro mit der Bargeldeinführung am 1. Januar 2002. Seitdem ist der Euro Teil ihres Alltags. Aber die Geschichte der Einheitswährung reicht weit zurück. Eine europäische Währungsunion mit festen Wechselkursen existiert seit 1999. Erste Vorläufer zur Stabilisierung schwankender Wechselkurse zwischen D-Mark, Franc oder Lira gab es schon in den 1970er Jahren. Den Beginn des Euro zu datieren, ist daher nicht einfach. Denn seine Einführung war nicht das Ergebnis eines spontanen Einfalls sentimentaler Europapolitiker. Natürlich war der Euro auch ein „Friedensprojekt“, ein Symbol und Wegbereiter europäischer Integration. In erster Linie aber war er eine Antwort auf Probleme, mit denen wirtschaftlich verflochtene Nationen schon lange zu kämpfen hatten, auch wenn der Euro in seiner rund 20-jährigen Geschichte neue Probleme geschaffen hat.

In Deutschland sorgte die Einführung des Euro für eine Welle an Sentimentalität und Nostalgie. Die anfängliche Skepsis verflog rasch, als das neue Geld da war, und der Euro erwies sich hinsichtlich seiner Wertstabilität als zuverlässig. Die alten Sorgen vor Inflation, einst ebenso verbreitet wie Nostalgie für die D-Mark, sind wenig präsent. Dafür sind neue Ängste gekommen. Und ganz verflogen ist die Nostalgie nicht.

Als Helmut Kohl am 25. September 1992 im Bundestag den Vertrag von Maastricht verteidigte, der den Aufbruch in eine gemeinsame Währung besiegelte, begründete er den Euro so: Die Deutschen könnten ihre „wirtschaftliche und monetäre Stabilität“ nur dann bewahren, wenn sie in Zukunft enger mit den anderen Staaten in Europa zusammenarbeiteten – „mit dem Ziel einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik“. Keiner in Europa solle sich der Illusion hingeben, „dass er dazu noch allein in der Lage ist“.⁹¹ Das erste zentrale Thema in der Rede waren die unkontrolliert schwankenden Wechselkurse. Das

zweite Thema war die Geldwertstabilität, die vor dem Hintergrund der deutschen Inflationserfahrungen relevant war. Diese beiden Bezugspunkte – der Kontext internationaler Verflechtungen und die Frage eines stabilen Geldwerts – prägten die Geschichte des Euro in Deutschland.

VORGESCHICHTE UND VORBEREITUNGEN

Die internationale Abstimmung von Ländern mit jeweils nationalen Währungen, die im Zuge von grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen getauscht wurden, ist so alt wie die nationalen Währungen selbst. Noch vor der Gründung des Deutschen Reichs 1871 versuchten europäische Länder, den Wert ihrer Währungen aufeinander abzustimmen. Zu dieser Zeit war der Wert des Geldes in Europa durch eine bestimmte Menge an Edelmetall vorgegeben. Mit dem Entschluss des Deutschen Reichs, eine Goldwährung einzuführen, begann die Geschichte des „klassischen Goldstandards“. Jedes Land versprach, sein Geld gegen eine klar definierte Menge an Gold zu tauschen. Dadurch standen die Währungen untereinander in einem festen Wechselkursverhältnis. Die politischen Zerwürfnisse des 20. Jahrhunderts führten immer wieder zu einer Aufhebung des Goldstandards. Am Ziel fester Wechselkurse aber hielten sowohl ökonomische Experten als auch Politiker fest. Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs beschloss eine Gruppe von Ländern unter der Führung der USA das System von Bretton Woods. Auch dieses System sah feste Wechselkurse vor, erlaubte jedoch kleinere Anpassungen. In den frühen 1970er Jahren war Bretton Woods am Ende. Seitdem wird der Wechselkurs der meisten Währungen durch Angebot und Nachfrage ständig neu bestimmt. Deutsche Touristen in den USA machten nun die Erfahrung, dass sie für die gleiche Menge an D-Mark, die sie wäh-

rend ihres Aufenthalts tauschten, jedes Mal eine andere Menge an US-Dollar erhielten. Die gleiche Erfahrung machen sie heute mit Euro.

Noch während im internationalen Zahlungsverkehr das System fester Wechselkurse zusammenbrach, keimte in Europa der Gedanke einer gemeinsamen Währung. 1969 bekundeten die Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, und Luxemburg ihre Absicht, eine Währungsgemeinschaft anzustreben.⁰² Schon wenige Monate später begannen sie mit der Ausarbeitung eines „Stufenplans“, der aufgrund der Währungsturbulenzen allerdings kurz darauf stockte. Stattdessen führten die Länder im April 1972 die sogenannte Währungsschlange ein. Damit sorgten sie für wechselseitige Stabilität zwischen ihren Währungen. Wer als deutsches Unternehmen einen Vertrag mit einem französischen Unternehmen abschloss, sollte sicher sein, dass er am Ende nur so viele D-Mark in Franc umtauschen musste, wie bei dem Vertragsabschluss geplant war. Die enge Verflechtung der europäischen Wirtschaft ließ einen solchen Plan notwendig erscheinen. Es war der Beginn einer auf Europa beschränkten Währungspolitik mit gegenseitigen Absprachen.⁰³

Im März 1979 trat das Europäische Währungssystem (EWS) in Kraft. Es führte ein ausgeklügeltes System fester Wechselkurse mit geringen Schwankungsbreiten ein. Der unmittelbare Auslöser war, dass die Länder Europas auf sich allein gestellt den internationalen Währungsturbulenzen hilflos ausgeliefert waren. Seit dem EWS gab es in Europa eine fiktive Einheitswährung: ECU (European currency unit). Wie bei dem Bretton-Woods-System blieb jedoch ein Risiko bestehen. Arrangements mit festen Wechselkursen können Spekulanten auf den Plan rufen, sobald der Verdacht einer Auf- oder Abwertung im Raum steht. Die Möglichkeiten der Zentral-

banken, dagegen zu halten, sind gerade für kleinere Länder begrenzt. Die Währungen werden zum Spielball, mit weitreichenden Folgen. Ein vergleichbares Risiko besteht bei einer gemeinsamen Währung nicht.

Die Ausarbeitungen für eine vollständige Währungsunion begannen im Sommer 1988 unter Jacques Delors, damaliger Präsident der Europäischen Kommission. Das Gefühl, dem Dollar eine alternative Leitwährung entgegensetzen zu müssen, hatte sich in den 1980er Jahren verstärkt. Im Winter 1991 kamen die Teilnehmerstaaten in Maastricht zusammen und einigten sich auf einen festen Fahrplan. Der für die Entwicklung der EU grundlegende Vertrag trat am 1. November 1993 in Kraft. 1994 wurde das Europäische Währungsinstitut (EWI) gegründet, ein Vorläufer der Europäischen Zentralbank (EZB) und bereits mit Sitz in Frankfurt. Der Fahrplan zur Einführung des Euro wurde schließlich im Dezember 1995 in Madrid angenommen. Seitdem stand auch der Name der Währung fest.

Im Mai 1998 beschloss der Europäische Rat, welche Länder bei der Einführung dabei sein werden. Auch die Wechselkurse wurden festgelegt. Am 1. Januar 1999 begann die Währungsunion. Die Wechselkurse waren nun fest und unwiderruflich. Genau drei Jahre später ersetzten die Euroländer ihre Bargeldbestände durch die neue Währung. Für den Beginn der Geschichte des Euro lassen sich also viele Jahre nennen. Anders als die vertraglich unwiderruflichen Wechselkurse der nationalen Währungen gegenüber dem Euro war die europäische Gemeinschaftswährung allerdings durchaus widerruflich. Während die ersten Vorbereitungen in den 1970er und 1980er Jahren von der Öffentlichkeit kaum beachtet wurden, begann in den 1990er Jahren ein politischer Kampf um die Einführung, der die europäischen Gesellschaften spaltete. Mehr als einmal schien die Einführung gefährdet.

STREIT DER NATIONEN

Die durch zahlreiche Feste markierte Einführung verdeckte, dass der Euro in Europa keineswegs von großer Eintracht getragen war. Schon die Wahl des Zentralbankchefs, die am Ende auf den Niederländer Wim Duisenberg fiel, war umkämpft. Tiefgreifender jedoch war der Streit zwi-

01 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 25.9.1992, S. 9217–9221, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/12/12108.pdf>.

02 Vgl. Henry Krägenau/Wolfgang Wetter, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht, Baden-Baden 1993.

03 Vgl. Dieter Lindenlaub, Vom Wechselkursverbund zur gemeinsamen Währung. Stufen und Probleme der europäischen Währungsintegration seit dem Zerfall des Bretton Woods-Systems fester Wechselkurse Anfang der 1970er-Jahre, in: Rüdiger Hohls/Hartmut Kaelble (Hrsg.), Geschichte der europäischen Integration bis 1989, Stuttgart 2016, S. 246–262; David Marsh, Der Euro. Die geheime Geschichte der neuen Weltwährung, Hamburg 2009.

schen Frankreich und Deutschland: Die Franzosen waren wesentliche Impulsgeber für die gemeinsame Währung, da sie diese als Möglichkeit sahen, Deutschland wirtschaftlich zu integrieren. Zugrunde gelegen habe dem, so der deutsche Altkanzler Helmut Schmidt, „die französische Besorgnis vor einem übermächtigen Deutschland – genauer gesagt: vor einer übermächtigen D-Mark“.⁰⁴ In der öffentlichen Debatte, die sich Mitte der 1990er Jahre zuspitzte, stritten die beiden Länder vor allem um die Frage, wie unabhängig die Zentralbank sein sollte.⁰⁵

Die Perspektive auf nationale „Interessen“ oder „Kulturen“ prägte zwar den öffentlichen Diskurs, aber im transnationalen Projekt der Europawährung war sie nur ein Aspekt unter vielen. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft beispielsweise verliefen die Konfliktlinien keineswegs zwischen den Ländern. Mit ihrer Politik einer starken D-Mark hatte die Bundesbank Unternehmen und Arbeiterschaft immer wieder frustriert. Bankiers und Industrielle waren daher frühzeitig für den Euro. Innenpolitisch formierte sich in den späten 1990er Jahren dagegen parteiübergreifender Widerstand.⁰⁶ Skeptisch zeigte sich nicht nur SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder. Auch parteiintern hatte Kohl gegen Widerstand zu kämpfen, insbesondere gegen Edmund Stoiber und Kurt Biedenkopf, die ihre Sorge eines „weichen“ oder „labilen“ Euro äußerten. Auch die Ökonomen waren tief gespalten in eine kleine Zahl von Unterstützern und eine größere Zahl von Gegnern.⁰⁷ Viele der Argumente beruhten auf kaum belastbaren Prognosen. Der Euro war eben ein noch nie dagewesenes Experiment. Lange waren die Deutschen eine der euroskeptischsten Gruppen, auch wenn in den frühen 1970er Jahren noch eine Mehrheit die Ablösung der D-Mark durch ein „einheitliches europäisches Geld“ befürwor-

tet hatte.⁰⁸ Danach sanken die Zustimmungswerte kontinuierlich. Anfang der 1990er Jahre sprach sich gerade einmal ein knappes Drittel der Deutschen in Ost und West für den Euro aus.⁰⁹ Europäische Kommission und Bundesregierung hatten sich frühzeitig auf einen Mangel an Informationen und Verständnis seitens der europäischen Bevölkerung eingestellt.¹⁰ Viele Werbe- und Informationsaktionen – etwa ein Euro-Infomobil, das in die Ostseebäder geschickt wurde –, verpufften jedoch. Es war schwierig, eine Währung zu vermitteln, die nicht greifbar existierte. Kurz vor der Einführung 1999 konnte sich immerhin gut die Hälfte der Bevölkerung für die Einheitswährung erwärmen.

STABILITÄTSKRITERIEN UND EZB

Stabilität und Wohlstand waren offensichtlich keine rein „deutschen“ Tugenden, sondern auch Ziele der internationalen Experten der EZB. Sie hatten bei der Konstruktion der zukünftigen Währung nie einen Zweifel daran gelassen, dass die Geldwertstabilität ein primäres Ziel darstellen müsse.¹¹ Zwei Grundlagen sollten inflationäre Entwicklungen verhindern: erstens die Unabhängigkeit der Bank und zweitens die wirtschaftliche Stabilität der Beitrittsländer. Beides wurde bereits 1995 vereinbart, wobei die Unabhängigkeit der Zentralbank deutlich konsequenter umgesetzt wurde als die Einhaltung der Stabilitätskriterien.

Das institutionelle Gebilde des gemeinsamen Währungsraums war insofern einmalig, als die Entstehung moderner Nationalstaaten im 19. Jahrhundert immer eine eigene Währung mit sich gebracht hatte, sodass jede Nation ihre eigene Währungsgeschichte machte. Die Zentralbanken waren mit der Regierung häufig eng verknüpft und instrumentalisierbar. Die Deutschen machten diese Erfahrung zunächst während der Inflation von 1914 bis 1923, als die Reichsbank dem Geldbedarf des Staates durch die Notenpresse nachkam, später dann im Kontext der Schwarzmarktpreise der

04 Helmut Schmidt, Deutschland in und mit Europa, in: Dirk Meyer (Hrsg.), Die Zukunft der Währungsunion. Chancen und Risiken des Euros, Berlin 2012, S. 9–22, hier S. 12.

05 Vgl. Bernhard Löffler, „Eine Art Religionskrieg“. Argumentationsmuster, Diskursstrategien und politische Symbolik in den deutsch-französischen Debatten um die Einführung des Euro, in: ders. (Hrsg.), Die kulturelle Seite der Währung, S. 123–168; Markus Konrad Brunnermeier/Harold James/Jean-Pierre Landau, Euro. Der Kampf der Wirtschaftskulturen, München 2018.

06 Vgl. Jens Peter Paul, Zwangsumtausch. Wie Kohl und Lafontaine die D-Mark abschafften, Frankfurt/M. u. a. 2010.

07 Vgl. Ronald I. McKinnon, Mundell, the Euro and the World Dollar Standard, in: Journal of Policy Modeling 22/2000, S. 311–324.

08 Vgl. Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 8/1983, S. 603.

09 Vgl. Eurobarometer, ec.europa.eu/echo/eurobarometer_en.

10 Vgl. Pia Maria Froehlich, Das Problem der Politikvermittlung in der Demokratie. Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung bei der Einführung des Euro, Würzburg 2001.

11 Vgl. Harold James, Making the European Monetary Union. The Role of the Committee of Central Bank Governors and the Origins of the European Central Bank, Cambridge MA 2012.

1940er Jahre.¹² Das hatte bekanntermaßen traumatische Folgen, die auch nachfolgende Generationen prägten.¹³ Die Bundesbank hob daher stets das Ziel der Geldwertstabilität und ihre Unabhängigkeit hervor. In dem Wissen, dass es gerade mit zunehmender Demokratisierung wichtig geworden war, das Vertrauen der Bevölkerung durch symbolische Handlungen und Kommunikation zu sichern, trat sie zudem als „energischer öffentlichkeitspolitischer Agent“ hervor.¹⁴ Auch deshalb galt die Bundesbank in den öffentlichen Medien als eine „für Politiker uneinnehmbare Festung“,¹⁵ die von zwölf deutschen Schäferhunden bewacht wurde.¹⁶

Die D-Mark aber blieb ein nationales Gebilde. Und eben das war der Euro nicht mehr. Von ihren Grundstrukturen her entspricht die 1998 gegründete EZB der Bundesbank insofern, als es ein Direktorium gibt, in dem Präsident, Vizepräsident sowie eine Gruppe von vier Generaldirektoren sitzen. Die Aufgabe dieses Gremiums ist es, Weisungen an die Nationalbanken entsprechend der Geldpolitik des EZB-Rates zu erteilen. Der EZB-Rat wiederum setzt sich aus den Mitgliedern des Direktoriums sowie den Zentralbank-Präsidenten der beteiligten EU-Länder zusammen und ist das oberste Entscheidungsorgan. Als internationale Institution und von der Zusammensetzung ihrer Mitglieder her war die EZB jedoch ein Novum, auch wenn die Mitglieder explizit nicht als Vertreter ihres Landes in Rat und Direktorium sitzen.

Ganz wohl war den meisten Beteiligten bei diesem transnationalen Experiment nicht, sodass neben der Unabhängigkeit die zweite Grundlage als gegenseitiger Vertrauensbeweis dienen sollte: die Vereinbarung von Stabilitätskriterien. Die Kriterien waren unter anderem eine geringe Inflationsrate, ein öffentliches Defizit, das nicht höher als drei Prozent des BIP sein durfte, sowie ein öffentlicher Schuldenstand von unter 60 Prozent des BIP. Im Vordergrund stand in der zeitgenössischen Debatte die Frage der

Staatsschulden, die mit dem sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 zusätzliche Verbindlichkeit und Öffentlichkeit erhielt.

Die Realität der wirtschaftlichen Entwicklung in den 1990er Jahren ließ die am Reißbrett entworfenen Zahlen bald utopisch erscheinen. Ein Land nach dem anderen drohte aus dem Raster zu fallen. Am Ende erfüllten nur Luxemburg und Finnland die Kriterien. Eines der vieldiskutierten Sorgenkinder in den Jahren vor der Einführung war die Bundesrepublik, die lange Zeit sowohl an der 60-Prozent-Grenze (Schuldenstand) als auch an der 3,0-Prozent-Grenze (öffentliches Defizit) zu scheitern schien – auf den letzten Metern erfüllte sie zumindest letzteres Kriterium. Die genau festgelegten Grenzen erwiesen sich als Problem, weil sie in der öffentlichen Wahrnehmung als eine Art Damm betrachtet wurden. Einmal durchbrochen, müsste auch höher verschuldeten Ländern der Zugang gewährt werden. Das war an sich kein logischer Schluss. Klar war aber, dass sich Deutschland mit der Verschuldung in eine problematische Verhandlungsposition begab.

Dass die Bundesrepublik die Kriterien nicht erfüllen konnte, führte zu Buchungstricks, die alles andere als stabilitätstauglich waren. Einen Knalleffekt bewirkte die Forderung an die Bundesbank, ihren Goldschatz neu zu bewerten. Da der Goldwert seit der letzten Bewertung stark gestiegen war, ließ sich der Wert derselben Menge an Gold – in D-Mark berechnet – über Nacht vergrößern. Ein Teil des dadurch „gewonnenen“ Geldes sollte nach Bonn überwiesen werden, was als Rückgriff auf die Notenpresse interpretiert wurde. Eine solche Strategie war mit dem Trauma der Inflation belastet, das Kohl und Finanzminister Theo Waigel unterschätzt hatten. Die Regierung musste unter dem öffentlichen Druck einen Rückzieher machen. Hierbei handelte es sich primär um ein psychologisches und symbolisches Problem. Das wird dadurch deutlich, dass der Wert der D-Mark in keiner Weise vom Gold der Bundesbank abhängig war und stabile Länder wie Finnland und Luxemburg vergleichsweise geringe Goldbestände in ihren Zentralbanken hatten.

EURO ALS BUCHGELD

1. Januar 1999, der Euro wird offizielles Zahlungsmittel: Der Umrechnungskurs ist unwiderruflich festgelegt. Das Geld taucht auf den

12 Siehe hierzu auch den Beitrag von Malte Zierenberg in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

13 Vgl. Dieter Lindenlaub, Deutsches Stabilitätsbewußtsein. Wie kann man es fassen, wie kann man es erklären, welche Bedeutung hat es für die Geldpolitik?, in: Löffler (Anm. 5), S. 63–100.

14 Bernhard Löffler, Währungsgeschichte als Kulturgeschichte? Konzeptionelle Leitlinien und analytische Probleme kulturhistorischer Ansätze auf wirtschafts- und währungsgeschichtlichen Feld, in: ders. (Anm. 7), S. 3–35, hier S. 25.

15 Die Gold-Sucher, in: Der Spiegel, 2.6.1997, S. 28.

16 Siehe hierzu auch die Beiträge von Ulrike Herrmann und Ralph Michael Wrobel in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

Konten auf. Die Geschäfte zeichnen die Preise bereits doppelt aus. Was die europäische Bevölkerung vom Euro mitbekommt, sind aber zunächst nur vereinzelte Feiern mit jungen Menschen in merkwürdigen Euro-Kostümen. Ansonsten ist der Euro noch kaum Teil ihres Alltags. Verglichen mit dem Tag der Währungsreform von 1948 geht das Ereignis unter. Die meisten Steuern werden nach wie vor in D-Mark gezahlt. Auf den Tastaturen taucht das Euro-Zeichen nicht auf. Aus den Geldautomaten ziehen die Menschen Scheine, die immer noch Carl Friedrich Gauß und Annette von Droste-Hülshoff zeigen. Entsprechend kalkulieren die Deutschen in D-Mark. Nur vereinzelte Unternehmen stellen ihre Bilanzen auf die neue Währung um. Ansonsten machen nur Schauspieler, deren Filme nach 2002 erscheinen, erste Bekanntschaft mit dem neuen Geld.

In den drei Jahren des Übergangs vom offiziellen, aber virtuellen Buchgeld zum tatsächlichen Zahlungsmittel war der Euro vor allem ein Wechselkursphänomen. Mit der Einführung änderte sich der Fokus, der zuvor meist im Kontext widerstreitender nationaler Interessen gestanden hatte. Der Wechselkurs der Gemeinschaftswährung führte dazu, dass sich ein einheitliches Europa den USA gegenübergestellt sah. Um die Jahrtausendwende stand allerdings der schwache Kurs des Euro im Zentrum der Debatte. Innerhalb eines knappen Jahres war der Euro von 1,17 Dollar auf unter die magische Grenze von einem Dollar gesunken.

Auch im neuen Jahrtausend schien der Trend nicht zu stoppen. Die „Bild“ spottete über die „Weicheiwährung“. Der „Spiegel“ sah es nationalpatriotisch: „Was die Urlaubsweltmeister grämt, erfreut den Exportkönig – und der heißt ebenfalls Deutschland.“¹⁷ Ökonomisch hatte der „schwache“ Euro in der Tat durchaus Vorteile: Im Inland blieben die Preise trotz „Weicheiwährung“ stabil, und verglichen mit vorherigen Währungsturbulenzen verlief die Entwicklung moderat. Die dennoch große Aufmerksamkeit lässt sich vor allem dadurch erklären, dass niemand die Kontrollfähigkeit der noch jungen EZB einschätzen konnte. Das Wechselkursproblem verkehrte sich dank einer Erstarbung des Euro allerdings bald in sein Gegenteil, sodass nun vom Euro als der neuen glo-

balen „Leitwährung“ die Rede war.¹⁸ Zuvor aber wandelte sich der Euro erst einmal vom Buchgeld zum Bargeld.

EURO ALS BARGELD

Die Dimensionen der Einführung des Euro als Bargeld waren enorm. Allein in Deutschland standen die Behörden vor der Herausforderung, die Zahl von 2,6 Milliarden Euro-Geldscheinen in Umlauf zu bringen. Die 12,1 Milliarden Euro-Münzen mit einem Gewicht von 100 000 Tonnen hätten nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums rund 35 Güterzüge mit je 20 Waggons füllen können. Sicherheitsexperten befürchteten Überfälle und eine Falschgeldschwemme. Man dachte zwischenzeitlich sogar daran, UV-Lampen im Taschenformat auszuhändigen, um der Bevölkerung die Erkennung von Blüten zu ermöglichen. Am Tag der Notenausgabe war von der langjährigen Skepsis wenig zu spüren. Das neue Geld in den Händen der Menschen erzielte eine völlig andere Wirkung als das kryptische Buchgeld. Wie 1948 bildeten sich lange Schlangen vor den Bankschaltern.

In den Händen war der Euro angekommen; in den Köpfen war die Umstellung schwieriger. Noch über Jahre hinweg rechnete die große Mehrheit in der alten Währung. Ohne diese Rechenübung fehlte ihnen schlicht das Gefühl für die Preise, das heißt, ob das, was sie auf dem Preisschild sahen, auch ein gutes Angebot war. Die meisten Deutschen waren bald der Überzeugung, dass der Euro in Wahrheit ein „Teuro“ sei. Von einem Vertrauensverlust in die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, einer Krise im Einzelhandel und einer allgemeinen Lähmung war die Rede. Laut dem Institut für Demoskopie Allensbach hatten 70 Prozent der Befragten wenige Monate nach der Einführung „wenig oder kein Vertrauen in den Euro“.¹⁹ Interessant an der Debatte war zum einen, dass die Behörden den Einschätzungen der breiten Bevölkerung nie gefolgt sind. Die vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden berechnete Inflationsrate blieb niedrig. Das Preisniveau stieg in den 1990er Jahren in Deutschland sogar stärker als danach mit dem

¹⁷ Aufschwung dank Absturz, in: Der Spiegel, 1.5.2000, S. 88 ff.

¹⁸ Leitwährungen sind besonders stabil, sodass es ohne große Risiken möglich ist, sie zu horten und Verträge in ihr abzuschließen.

¹⁹ Paul (Anm. 6), S. 41.

Euro.²⁰ Von offizieller Seite fand die Wahrnehmung eines „Teuro“ also keine Unterstützung. In den Supermärkten standen dagegen die Leute und zeigten kopfschüttelnd auf die Preisschilder, die nicht so recht dem offiziellen Umrechnungskurs zu entsprechen schienen.

An diesem Punkt setzten Wirtschaftspsychologen an, um den „Teuro“ zu erklären: Es handle sich um einen systematischen Rechenfehler, der durch die Erwartungen, die öffentliche Debatte und die selektiven Berichte über tatsächlich vorhandene Preistreibereien begründet und verstärkt worden war. Um den Euro-Preis eines Angebots einschätzen zu können, rechneten die Deutschen diesen in D-Mark um. Dabei verrechneten sie sich sowohl nach oben als auch nach unten. Aber weil sie einen „Teuro“ erwarteten, korrigierten sie nur die Resultate, die ihnen zu günstig erschienen. Dadurch wurde der Eindruck einer Preissteigerung verstärkt. Die tatsächlichen und wahrgenommenen Preistreibereien blieben im Gedächtnis, während die ausgleichenden Preissenkungen nicht wahrgenommen wurden.²¹

NEUE SEHNSUCHT?

In langfristiger Betrachtung war der Euro zu keinem Zeitpunkt „weich“ oder „teuer“. Im Außenverhältnis zum Dollar war er stabiler als die D-Mark vor der Währungsreform. Im Inneren lag die Inflationsrate in Deutschland meist nah an den Zielvorgaben der EZB und führte die geldpolitische Tradition der Bundesbank in dieser Hinsicht nahtlos weiter. An den Kriterien der zeitgenössischen Kritik gemessen, war der Euro also erfolgreich. Die EZB hat unter der Führung eines Niederländers, eines Franzosen und eines Italieners nie Erinnerungen an die Instabilität der Lira erweckt. Auch in Deutschland erhält der Euro aktuell ansehnliche Zustimmungswerte von über 80 Prozent.²²

²⁰ Vgl. Berthold Busch/Manfred Jäger, Der Weg zum Euro, in: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Zehn Jahre Euro. Erfahrungen, Erfolge und Herausforderungen, Köln 2008, S. 10f.

²¹ Vgl. Eva Traut-Mattausch et al., Illusory Price Increases after the Euro Changeover in Germany. An Expectancy-Consistent Bias, in: Journal of Consumer Policy 30/2007, S. 421–434.

²² Eurobarometer (Anm. 9).

²³ Vgl. Barry J. Eichengreen, The Political Economy of European Monetary Unification, Boulder 2001².

²⁴ Vgl. Michael Kläsger, Die D-Mark ist unsterblich, 4.1.2016, www.sueddeutsche.de/wirtschaft/d-mark-unsterblich-1.2805026.

Gleichzeitig gibt es nach wie vor lautstarke Gegenstimmen. Um festzustellen, wie groß eine Währungsunion sein sollte, gibt es in der Ökonomie die Theorie des „optimalen Währungsraums“. Sie besagt, dass die Vorteilhaftigkeit einer gemeinsamen Währung durch die wirtschaftlichen Strukturen und Ähnlichkeiten innerhalb eines Raums definiert ist, sodass ökonomische Schocks nicht durch Änderungen der Wechselkurse ausgeglichen werden müssen. Voraussetzung dafür sind ein hohes Maß an Faktormobilität – das heißt, dass Arbeit und Kapital leicht den Ort wechseln können – sowie eine große Produktdifferenzierung. Demnach erfüllt die europäische Währungsunion das Kriterium eines optimalen Währungsraums nur bedingt.²³

Die Staatsschuldenkrise Griechenlands hat – wie schon im Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich – zu einer Gegenüberstellung vermeintlich nationaler Interessen und erneut zum Denken in nationalen Kategorien geführt. Sie hat eine neue Sehnsucht nach der D-Mark befeuert. So ganz verschwunden war diese allerdings nie. Ende des Jahres 2017 waren Schätzungen zu Folge noch fast 13 Milliarden D-Mark im Umlauf, 5,93 Milliarden in Form von Banknoten und 6,7 Milliarden in Form von Münzen. Der in der Geldtheorie geläufige Begriff des „Umlaufs“ ist in diesem Fall allerdings irreführend. Denn anders als die Münzen und Banknoten, die als Euro täglich Portemonnaies wechseln, bezahlt heute kaum noch jemand in D-Mark. Wo genau sich das alte Bargeld befindet, weiß niemand. Es könnte im Ausland versteckt, im Garten vergraben oder schlicht zerstört sein. Nur in vereinzelt Handelsketten, die nach wie vor D-Mark akzeptieren, taucht die alte Währung gelegentlich auf, bei der Modekette C&A im Wert von monatlich 50 000 bis 100 000 Mark. Danach wird sie aus dem Verkehr gezogen.²⁴ Als Zahlungsmittel existiert die D-Mark also noch, in den Erinnerungen der Menschen ohnehin. Insofern ist auch die Geschichte der D-Mark noch nicht ganz zu Ende. Doch mit jeder D-Mark, die in den Kassen der Kaufhäuser landet, wird sie ein bisschen kleiner.

SEBASTIAN TEUPE

ist Juniorprofessor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bayreuth. Sein Forschungsschwerpunkt ist die deutsche Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit.

sebastian.teupe@uni-bayreuth.de

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. Juni 2018

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne-Sophie Friedel
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
28-29/2018, 9. Juli 2018

RELIGIONS- POLITIK

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz